

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags- und Feiertagsausgabe 10 Pf. Sonntags- und Feiertagsausgabe 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf. für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Serbien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 Gebührt für die sechsgrößte Zeilenlänge oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Verhandlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 10 Pf. (zulässig festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Wahlerfolg der russischen Sozialdemokratie.

Wer nicht die Schönheiten des russischen Knutenregiments am eigenen Leibe verspürt hat, macht sich nur schwer einen Begriff, unter welchen unglaublichen Schwierigkeiten die Sozialdemokratie in Rußland bei den jetzt abgeschlossenen Duma-Wahlen, die so recht einen Filtrationsprozeß der zuverlässigsten Elemente darstellten, hat kämpfen müssen. Wurde der gewöhnliche Bürger, der im Geruch „progressiver“ oder „oppositioneller“ Meinung stand, mit Rußen geächtet, so wurden die der sozialdemokratischen Gesinnung Verdächtigen mit Hunderten von Skorpionen gequält. Wie beispielsweise die sozialdemokratische „Gefahr“ im Kaukasus bekämpft wurde, hat unser Genosse Tschaidse, der jetzt wieder in die Duma gewählt worden ist, auf den Petersburger Wähler-Verhandlungen recht anschaulich geschildert. Als vor etwa anderthalb Jahren ein bekannter Genosse in Tiflis verhaftet wurde, erklärte man ihm auf seine Frage nach der Ursache der Verhaftung, man habe ihm eigentlich nichts vorzuwerfen, es bestehe aber der Verdacht, er würde eventuell für die vierte Duma kandidieren! Man habe aus diesem Grunde beschlossen, ihn für alle Fälle aus dem Kaukasus auszuweisen und in einem entfernten Gouvernement anzusiedeln! Solche Fälle stehen nicht etwa vereinzelt da. Wer auch nur den entferntesten Verdacht einer „eventuellen“ Wahlbeteiligung zugunsten der „Roten“ erweckte, wurde für alle Fälle verhaftet, ausgewiesen oder mindestens unter eine politische Anklage gestellt, die seine Aufnahme in die Wählerlisten unmöglich machte. In den letzten Monaten vor den Wahlen wurden diese Praktiken natürlich en masse betrieben. Den demokratischen Wählern wurde einfach die Aufnahme in die Wählerlisten verweigert, anderen wurde durch unzählige Schikanen die Wahlbeteiligung von vornherein vereitelt; in diesen Fällen schiedren die offiziellen Wahlmacher vor den ärgsten Geheuligkeiten nicht zurück: so wurden schon im Sommer laufende jüdischer Wähler außerhalb des „Anfiedlungsraons“ durch einen Federstrich ihres Wahlrechts beraubt, und in Riga wurden zirka 1000 Arbeiterwähler aus den Listen gestrichen, um unmittelbar nach den Wahlen als stimmberechtigt erklärt zu werden — allerdings erst nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete infolge dieser Maßnahme dem „liberalen“ Kandidaten der vereinigten bürgerlichen Reaktion in der Stichwahl unterlegen war. Rechnet man zu alledem noch den fast völligen Mangel einer Arbeiterpresse, die ununterbrochenen Verfolgungen der einzelnen bestehenden Blätter, das Verbot von Versammlungen, die Unmöglichkeit eines öffentlichen sozialdemokratischen Wahlapparates usw., so erscheint es direkt als ein Wunder, daß die Sozialdemokratie nicht nur ihren bisherigen Bestand behauptet, sondern noch einige neue Mandate erobert hat. Endgültige Angaben darüber fehlen zurzeit noch; insgesamt dürfte sich die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten auf 16 belaufen — gegen 14 in der letzten Session der 3. Duma.

Die Sozialdemokratie konnte ihren Wahlkampf fast nur in zwei Kurien führen: in der Arbeiterkurie und in der zweiten städtischen Kurie, in der die Einwohner wählen, die in der betreffenden Stadt mindestens ein Jahr eine eigene Wohnung innegehabt haben. Ausgeschlossen hiervon sind die Arbeiter aller Großbetriebe, deren Bevollmächtigte sich eine bestimmte Anzahl von Wahlmännern in die Gouvernementsversammlung wählen. Die Zahl dieser Wahlmänner ist verschwindend klein — sie beträgt weniger als 3 Prozent der Gesamtzahl! — aber die Bestimmung des Gesetzes, daß in 6 Gouvernements je ein Arbeiter als Abgeordneter gewählt werden muß, sichert — unter der Voraussetzung, daß sämtliche Arbeiterwähler in den betr. Gouvernements Sozialdemokraten sind — der Sozialdemokratie mindestens 6 Mandate. In den übrigen Gouvernements können die Arbeiterwähler nur äußerst selten infolge einer besonders günstigen Konstellation auf der Gouvernementsversammlung einen Sieg davontragen. Abgesehen von den sieben größten Städten, die besondere Abgeordnete für die Duma wählen (Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa, Riga — direkt Warschau und Kozj — indirekt), und die ungeachtet des Wahlzensus und des Ausschlusses der Arbeiter aller Großbetriebe der sozialdemokratischen Agitation einen gewissen Spielraum geben, haben die Wahlen in den Städten keine entscheidende Bedeutung, da die Wahlmänner unter die einzelnen Kurien so verteilt sind, daß die absolute Majorität in den Gouvernementsversammlungen dem Großgrundbesitz, oder diesem im Bunde mit der städtischen Autokratie (1. Kurie) von vornherein gehört. Das Wahlgesetz beschränkte auf diese Weise die sozialdemokratische Wahlmöglichkeit auf ein Minimum, aber dessen unarachtet war die Beteiligung an den Wahlen für die Sozialdemokratie von enormer agitatorischer Bedeutung. Sämtliche Richtungen der Sozialdemokratie Rußlands waren bei den jetzt abgeschlossenen Wahlen untereinander einig, nicht so sehr die Eroberung von Mandaten, als die Entfaltung einer umfassenden sozialdemokratischen Agitation als die Aufgabe des Wahlkampfes zu betrachten.

Im Gegensatz zu der „sozialrevolutionären Partei“, die den Konflikt der Duma und des Wahlkampfes predigte, ging die Sozialdemokratie bei den Wahlen von der Ansicht aus,

daß eine energische Wahlbeteiligung die beste Antwort auf das Wahlrecht und die Wahlfälschungen sei. Die Propaganda hatte denn auch nur in einigen wenigen Orten unter den Arbeitern Erfolg. In allen anderen Städten des Reiches beteiligten sich die Arbeiter lebhaft an den Wahlen und wählten fast durchweg Sozialdemokraten. Es machte sich allerdings auch eine ziemlich starke Wahlenthaltung bei den Arbeitern bemerkbar, sie entsprang aber eher den Maßnahmen der Behörden, die den Arbeitern die Wahlen zu vereiteln suchten, und der politischen Gleichgültigkeit, die zum Teil noch unter den Arbeitern herrscht, als dem bewußten Boykottgedanken, der von den Sozialisten-Revolutionären gepredigt wird. Der beste Beweis dafür ist der einmütige Proteststreik der Petersburger Arbeiterkurie gegen den Versuch der Regierung, die Hälfte der Petersburger Großbetriebe ihres Wahlrechtes zu berauben.

Genauere Angaben über die Parteizusammensetzung der Arbeiterbevollmächtigten sind aus begrifflichen Gründen nicht zu beschaffen. Dit verheimlichen die Bevollmächtigten aus Furcht vor der Verhaftung oder Maßregelung ihre Parteiangehörigkeit und ziehen es vor, sich als „Linke“, „Progressivisten“ usw. zu bezeichnen. Die erste Stufe der Wahlen in der Arbeiterkurie ergibt hierbei folgendes Bild: Es wurden als Bevollmächtigte gewählt:

	Anhänger der Sozialdemokratie	in Proz.
	608	50,5
	330	28,4
	114	9,6
	122	10,2
	15	1,3

Im ganzen Reiche wurden also bloß 15 Arbeiterbevollmächtigte gewählt, die dem Programm der Regierung mehr oder minder ihre Zustimmung geben! Hinsichtlich der übrigen kann ohne Übertreibung behauptet werden, daß mindestens 80 Prozent von ihnen der Sozialdemokratie wohlwollend gegenüberstehen. Dies trat bei den Wahlmännerwahlen noch deutlicher zutage, die der Sozialdemokratie überall zum Siege verhalfen. Die Wahlen in der Arbeiterkurie ergaben denn auch ausnahmslos sozialdemokratische Abgeordnete für die Duma.

In der 2. städtischen Kurie wurde die bisher dort herrschende konstitutionell-demokratische Partei, die Repräsentantin des russischen Liberalismus, von der Sozialdemokratie aus zahlreichen Positionen geworfen. Nach annähernder Schätzung ist die Sozialdemokratie in 45 Städten als selbständige politische Kraft mit ihrer Plattform, ihren Kandidaten usw., aufgetreten; in sieben Städten hat sie mit anderen linken Parteien und Gruppen Wahlabmachungen geschlossen und in vier von der Aufstellung eigener Kandidaten Abstand genommen: in zwei — infolge der Verhaftung und „Kassierung“ ihrer Kandidaten, und in einer (Kiew) angesichts der Gefahr, durch die Aufstellung ihrer Kandidaten den Sieg eines Ultrareaktionären herbeizuführen. Insgesamt sind — abgesehen von den der Sozialdemokratie nahestehenden „Linken“ — gewählt worden: in der Arbeiterkurie 120 und in der zweiten städtischen Kurie zirka 110, insgesamt also etwa 230 sozialdemokratische Wahlmänner!

In den fünf größten Städten mit direkter Wahl ist der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie ziemlich bedeutend und übersteigt den Zuwachs aller anderen Parteien. So sind die sozialdemokratischen Stimmen in Moskau im Vergleich zu den Wahlen für die 3. Duma auf das Dreifache (von 9 auf 29 Prozent) und in Petersburg auf das Doppelte (von 9,4 auf 19,5 Prozent) gestiegen. Leider ist es der Sozialdemokratie noch nicht gelungen, die Rückzieher des Zensuswahlrechts, die „Kadetten“ in den Großstädten aus ihren Positionen zu werfen. (In Riga, wo bisher die Sozialdemokratie das Mandat inne hatte, ist es dem liberalen Kandidaten um den Preis des elendesten Wahlschachers mit den reaktionären deutschen Parteien sogar gelungen, unser Genossen Dr. Preedals in der Stichwahl zu schlagen.) Dennoch ist es der Sozialdemokratie selbst unter dem bestehenden Wahlrecht, das das Gros der sozialdemokratischen Wähler in der Arbeiterkurie isoliert, gelungen, in den beiden Hauptstädten zur zweitstärksten Partei emporzurücken. Dieses Ergebnis dokumentiert am deutlichsten den starken politischen und moralischen Erfolg, den die Sozialdemokratie allen inneren und äußeren Hindernissen zum Trotz über das Wahlgesetz des Staatsreiches davongetragen hat.

Von den württembergischen Landtagswahlen.

Genauere Zusammenstellungen auf Grund der amtlichen Wahlergebnisse der einzelnen Bezirke gewähren nunmehr eine vollständige Uebersicht vom Stärkeverhältnis der einzelnen Parteien. Die bürgerlichen Parteien vermögen allerdings eine klare Scheidung nicht mehr durchzuführen. Die Stimmen der Volkspartei und der Nationalliberalen sind infolge des Wahlbündnisses vollständig miteinander vermischt. Die nationalliberalen Stimmen wieder wurden in einem Bezirk ganz, in einem anderen teilweise den konservativen Landtagswählern zugeschiebt, wofür die letzteren in einem Bezirk den Nationalliberalen Hilfe gewährten. Ebenso fehlte es an einer klaren und genauen Ermittlung der Stimmen des Zentrums, die in einigen Bezirken sofort für die Konservativen ins Geld gegährt wurden. Nur die Sozialdemokratie hat infolge ihrer Selbst-

ständigkeit ihre Stärke genau ermittelt. Führt man die auf die einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen durchweg den betreffenden Parteien zu, so ergeben sich folgende mit den Stimmenzahlen von 1906 und 1900 in Vergleich gestellte Ziffern. Es erhielten Stimmen:

	1912	1906	1900	Proz.
Sozialdemokratie	119.785	29.914	48.249	58.666
Volkspartei	68.342	16.798	10.582	25,3
Nationalliberale	62.646	15.570	10.602	20,5
Zentrum	90.270	22.899	24.377	27,9
Kons. u. Bd. d. Landw.	65.459	16.249	13.430	39,9

Von 527.700 Wahlberechtigten stimmten 418.206 ab, das sind 78,31 Proz. Damit ist die bisher stärkste Wahlbeteiligung erzielt worden. Rund 40.500 Wähler erschienen mehr an der Wahlurne als 1906. Der Löwenanteil von dieser Vermehrung der Abstimmenden fiel der Sozialdemokratie zu, die 28.337 Stimmen ergewann. Die Nationalliberalen und die Volkspartei, die man zusammenfassen muß, hielten 5918 Stimmen ein, das Zentrum muß sich mit einem Gewinn von 1010 Stimmen begnügen, die Konservativen aber legten 16.447 zu, worin aber etwa 6000 Zentrumsstimmen enthalten sind. Das Zentrum hat längst aus der württembergischen Wählerschaft herausgehüpft, was bei der gegebenen konfessionellen Schichtung möglich ist. Die beiden liberalen Parteien befinden sich im unaufhaltsamen Rückgange. Nur das Wandertum vermag dank seiner draufgängerischen Agitation noch Kräfte zu gewinnen, aber natürlich nur auf Kosten der übrigen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokratie, die schon vor sechs Jahren auch bei der Landtagswahl die stärkste Partei des Landes wurde, die sie bei den Reichstagswahlen bereits seit 1898 war, kann von dieser Stelle nicht mehr verdrängt werden. Die Zahl ihrer Mandate aber wird wahrscheinlich im nächsten Landtage zu ihrer Stimmenzahl in noch stärkerem Mismverhältnis stehen als im letzten. Das Wahlkreisrecht, das durch die Wahl von einem Viertel der Mitglieder der Zweiten Kammer mittels Proporz nur zu einem kleinen Teile korrigiert wird, ist in Württemberg so groß wie bei den Reichstagswahlen, und eine der ersten Aufgaben des Landtages wird daher wohl sein, zur Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Jedenfalls werden es unsere Genossen nicht daran fehlen lassen, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Vielleicht leuchtet es allmählich auch der bürgerlichen Linken ein, wie notwendig eine derartige Reform ist. Denn es ist kein erträglicher Zustand, daß ein Land von einer schwarz-blauen Mehrheit bedroht wird, in dem 155.000 Wähler für 250.000 gegen eine solche Mehrheit votiert haben. Ist es den liberalen Parteien ernst mit der Verhütung einer schwarzen Herrschaft nach Hertingschem Muster in Württemberg, so gibt es kein sicheres Mittel als die Einführung der allgemeinen Verhältniswahl, die auch alle Wahlkompromisse überflüssig macht.

Wie die Dinge gegenwärtig stehen, legten sie eine Verständigung zwischen der Sozialdemokratie und der Volkspartei für den zweiten Wahlgang dringend nahe.

Um eine drohende Mehrheit aus Zentrum und Bauernbund im neuen Landtage zu verhindern, haben deshalb Sozialdemokratie und Volkspartei für die Nachwahlen am 29. November ein Wahlbündnis getroffen, das folgenden Inhalt hat:

Die Wahl wird ausgekämpft in 18 Wahlkreisen. Zurückgezogen werden die sozialdemokratischen Kandidaten in 6 Wahlkreisen. In 3 Wahlkreisen unterstützt die Sozialdemokratie die Volkspartei, in 2 Wahlkreisen tritt die Volkspartei für den Sozialdemokraten ein. Die Zurückziehung der 6 sozialdemokratischen Kandidaten erfolgt in jenen Bezirken, in denen eine Aufrechterhaltung der Kandidaturen einer Begünstigung des Zentrums oder des Bauernbundes gleichkommen würde. Zum Verständnis der Abmachungen sei noch bemerkt, daß im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit genügt, also alle Kandidaturen aufrecht erhalten werden können.

Ungewißheit.

Die Türkei hat die harten Bedingungen des Balkanbundes abgelehnt und der Armeeseileitung an der Tschatalbischaklinie Anweisung gegeben, den Kampf fortzusetzen. Trotzdem liegen heute noch keine Nachrichten über den Wiederbeginn des Massenmordes vor. Das kann daran liegen, daß die Bulgaren sich bei Beginn der Unterhandlungen soweit von der türkischen Linie zurückgezogen haben, daß erst einige Zeit vergeht, ehe die Gegner wieder handgemein werden, dann aber auch daran, daß beide Teile neue Bedingungen formulieren, die die Basis des Waffenstillstandes und des Friedens bilden können. Daß in einer solchen Zeit der Ungewißheit, in der alles in der Schwebe ist, die Kombinationen nur so aus dem Boden schießen, liegt klar auf der Hand. Es wäre kaum verwunderlich, wollte man auf sie näher eingehen.

Der den europäischen Frieden bedrohende österreichisch-serbische Konflikt ist zurzeit in das Stadium einer gewissen „Entspannung“ eingetreten. Den Fall des Konsuls Prochasfa, aus dem die österreichischen Kriegsflieger und ihre reichsdeutschen Helfer so gern einen casus belli gemacht hätten, hat durch das Entgegenkommen der serbischen Regierung seine Entzündung gefunden. Aber die Hafenfrage und die der albanischen Autonomie geben den diplomatischen Intrigen noch reichlich Stoff. Und wenn auch die österreichische und russische Regierung offiziell die Friedfertigen minnen, so wird doch in

beiden Ländern im geheimen geführt und gerüstet. In dieser gespannten Situation hat der Besuch des österreichischen Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Ferdinand am Hofe des deutschen Kaisers eine gewisse politische Bedeutung. Aber während das deutsche Bürgertum ehrfurchtsvoll auf diesen hoffischen Besuch blickt, und von ihm in untertäniger Ergebung wichtige Entscheidungen über Krieg und Frieden erwartet, sieht das internationale Proletariat nach Basel, wo seine Vertreter, unbekümmert um dynastische und kapitalistische Interessen, über Mittel und Wege gegen die Kriegsgefahr beraten werden. Und die Beschlüsse in Basel werden in Millionen von Arbeiterherzen und Arbeiterköpfen einen Widerhall finden, der stärker ist als der der Hofberichte und der Kammertreue liberaler Reumalweiser, die à la Raumann die Friedensgarantien in der „Technik der Politik, der Diplomatie und der Waffen“ erblicken.

Der politische Jagdbefehl.

Ein offizielles Telegramm der „Königlichen Zeitung“ aus Berlin meldet: „Wenn auch der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand aus einer Jagdeinladung herborgegangen ist, so geht unter den gegenwärtigen Umständen seine Bedeutung natürlich über die eines Jagdbesuches hinaus. Es wird zwischen dem Kaiser und dem Erzherzog eine politische Aussprache über die europäische Lage und besonders die Orientkrise nicht fehlen. Bei dem Frühstück, das heute mittag hier im Schlosse stattfindet, wird der Erzherzog auch den Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kiderlen-Waechter, treffen, der durch seine Dienstgeschäfte an der Teilnahme an der Hatzjagd selbst verhindert ist, der bekanntlich der Reichskanzler beizohnt. So wird der Erzherzog während seines Aufenthalts genügend Zeit haben, auch mit den verantwortlichen Leitern unserer auswärtigen Politik zusammenzukommen. Wenn man den politischen Charakter dieses Besuchs betont, so ist es nötig, dabei die Aufbaumversuche zurückzuweisen, wie sie in den Meldungen über angeblich bevorstehende militärische Schritte Oesterreich-Ungarns enthalten sind. Derartige Nachrichten, die man natürlich mit dem Besuch des Thronfolgers in Verbindung zu bringen versucht wird, sind mit aller Vorsicht aufzunehmen. Sie entsprechen weder dem Stand der Dinge, noch den Absichten Oesterreich-Ungarns. In diesem Zusammenhange ist es vielleicht von Nutzen, darauf hinzuweisen, daß, wenn die Serben wirklich in den nächsten Tagen bereits nach Durazzo gelangen, dies an und für sich noch keineswegs das Zeichen zu gewaltsamen Maßnahmen bedeuten würde. Diese Möglichkeit ist von den Mächten längst in ihre Besprechungen eingestellt, und die serbische Regierung ist von den Mächten darüber nicht im Zweifel gelassen worden, daß sie durch die Befehle Durazzos kein fait accompli schaffen wird. Auch auf türkischer Seite hat man die serbischen Bedingungen für den Waffenstillstand, daß Durazzo und Tzibra den Serben zu übergeben seien, rundweg abgelehnt. Unsere Vermutung, daß die Türken auch die bulgarischen Bedingungen des Waffenstillstandes glatt ablehnen und lieber weiter kämpfen würden als sich zu unterwerfen, hat sich bestätigt, und der Kampf geht nach der kurzen Unterbrechung weiter. Die Forderungen, die man den Türken stellte, waren ja hart, daß es vom türkischen Standpunkt keinen Gewinn darstellte, um diesen Preis den Kampf einzustellen. Die Situation hat sich für die Türken inzwischen nicht weiter verschlechtert. Es besteht die Möglichkeit, daß die Türken vielleicht doch noch länger Widerstand leisten können. Auch Adrianopel wird ja noch mit hervorragender Zähigkeit gehalten. So sind denn die Dinge wieder in der Schwebe und man muß weitere Entscheidungen abwarten, wie ja denn auch die österreichisch-serbische Hafenfrage durch die absichtlich schleppende Behandlung, die ihr die serbische Regierung angedeihen läßt, noch immer in der Schwebe gehalten wird.“

Die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen.

Konstantinopel, 22. November. (Werbung des Wiener S. A. Zelegr. Korresp. Duocaus.) Die Waffenstillstandsbedingungen der verbündeten Völkerverbände sind die Uebergabe von Janina an die Griechen, von Skutari an die Montenegriner, von Monastir an die Serben und von Adrianopel an die Bulgaren fest, ferner die Einstellung aller Truppen und Munitionsendungen nach der Tschataltscha-Linie und die Verpflichtung, in Tschataltscha keine neuen Befestigungen zu errichten. Außerdem sollen die aus Anatolien kommenden Truppen an jenen Punkten, wo sie sich im Augenblick des Abschlusses des Waffenstillstandes befinden, verbleiben. Die Kriegsschiffe an der Küste bei Derkos und Bijus Tschakmetsche sollen nach Konstantinopel fahren.

Die türkische Ablehnung.

Konstantinopel, 21. November. Der Ministerrat beriet seit heute früh über die Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedens, wie sie vom bulgarischen Ministerpräsidenten übermittelte und vom russischen Vorkämpfer der Worte mitgeteilt worden waren. Nach dem Ministerrat veröffentlichte die Presse ein Communiqué, das besagt: In Anbetracht dessen, daß die vorgeschlagenen Bedingungen unannehmbar befunden worden sind, und daß der türkische Generalstabschef beauftragt ist, über die Bedingungen eines Waffenstillstandes zu verhandeln, wurde diesem die Weisung erteilt, daß er, wenn die Delegierten der kriegsführenden Staaten ermächtigt sind, die Bedingungen abzuändern, mit ihnen verhandeln, annehmbare Bedingungen festsetzen und sie hierher berichten können. Bis zur Vorlegung angemessener und entgegenkommender Bedingungen wird der Krieg fortgesetzt werden müssen.

Verständlichere Haltung Bulgariens?

London, 22. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Sofia: Der Ministerrat hält eine besondere Sitzung ab, um über die türkische Mitteilung zu beraten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß die Feindseligkeiten sofort wieder aufgenommen werden. Nach gewissen Andeutungen wird Bulgarien eine verständlichere Haltung einnehmen und die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen abändern.

Ernennung bulgarischer Unterhändler.

Sofia, 22. November. Der Präsident der Sobranje Danew, der Chef des Generalstabs Samow, der Chef des Generalstabs Ditschew wurden von seinen Bulgariens mit den Waffenstillstandsverhandlungen betraut und werden unverzüglich nach Tschataltscha abreisen, um sich mit den türkischen Delegierten zu besprechen. Ferner werden Tschaproschilow, Sekretär des politischen Kabinetts des Königs, und Stancow, Rat im Ministerium des Innern, die bulgarischen Delegierten unter dem Titel von Sekretären begleiten.

Oesterreich und Serbien.

Serbisches Entgegenkommen bei der Konsulatsuntersuchung.

Belgrad, 22. November. Der österreichisch-ungarische Konsul Edl. der gestern nachmittag eingetroffen ist, hatte unmittelbar nach seiner Ankunft eine lange Konferenz mit dem Befandten v. Ugron. Der Konsul reiste heute zunächst nach Leskib, von wo er sich nach Brizgend und Mitrovitza begeben wird. Um dem Konsul seine Mission zu erleichtern, und damit ihm auf der Reise keine Schwierigkeiten bereitet werden, wurde ihm ein höherer Beamter des serbischen Ministeriums des Innern beigegeben.

Die österreichischen und russischen Mobilisierungsmassnahmen.

Wien, 22. November. Während aus Belgrad über eine ruhigere Auffassung der Adriafrage gemeldet wird, wird hier offiziell zugegeben, daß Rußland militärische Vorbereitungen treffe. Die verbreiteten Gerüchte über eine österreichische Mobilisierung bleiben ohne Bestätigung. Die getroffenen Maßnahmen bleiben weit hinter dem zurück, was man als Mobilisierung bezeichnen könnte. Inspirierte Äußerungen über die allgemeine Lage verhalten sich reserviert.

Wien, 22. November. Heute wird bekannt, daß sämtliche drei galizischen Armeekorps auf Kriegsfuß gebracht werden. Auch der Wiener Magistrat hat heute mit der Einberufung der Reservisten begonnen. Es werden zunächst die drei jüngsten Jahrgänge der Reservisten einberufen.

Gestern haben hier im Wiener Zentral-Telegraphenamts Generalkaboffiziere zahlreiche differenzierte Depeschen nach allen Richtungen des Reiches abgehen lassen, die unter ihrer Kontrolle und Aufsicht von den Beamten des Telegraphenamts abtelegraphiert wurden. Soweit bekannt wird, handelt es sich vorläufig um die Mobilisation von acht Armeekorps, denen jedoch eventuell die anderen in kürzester Frist folgen werden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Türkische Darstellung der Kämpfe an der Tschataltscha-Linie.

Konstantinopel, 22. November. Türkische Offiziere, die gestern mit dienstlichen Aufträgen vorübergehend hierher zurückkehrten, schildern übereinstimmend die Situationen auf der Tschataltscha-Linie sehr hoffnungsvoll. Der Adjutant Izzet Pascha, des Chefs des Großen Generalstabs, gab folgenden Überblick über die Kampftage seit Sonntag: Am Sonntag rückten die Bulgaren über Logardis vor, um durch Verrenken des rechten türkischen Flügels die türkische Gesamtposition aufzurollen, sie wurden aber zurückgeworfen. Es gelang sogar einer türkischen Abteilung in der Nacht zum Dienstag bis Bagarlibi vorzustoßen und dem Feinde zwei Maschinengewehre wegzunehmen. Bei diesem Nachtsgefecht allein verloren die Bulgaren 20 Tote, darunter 20 Offiziere. Sonst waren am Montag nur unbedeutende Kämpfe auf der ganzen Linie. Dienstag versuchten die Bulgaren, nachdem sie anscheinend vom linken Flügel starke Verstärkungen herangezogen hatten, das türkische Zentrum zu durchbrechen. Der Versuch scheiterte jedoch, abgesehen die Bulgaren bis auf 800 Meter an die Infanteriestellungen vor den Forts Hamidie und Mahaudie heranzukommen. Gleich nach dem Einbruch der Nacht wurden die Bulgaren wieder aus diesen 800 Meter-Stellungen durch Bajonettangriffe herausgeworfen und verfolgt. Sie verloren 200 Gewehre und anderes Kriegsmaterial. Am Mittwoch fanden nur unbedeutende Artilleriekämpfe statt. In diesem und am folgenden Tage gelang es einem selbständigen Detachement, einem Regiment unter dem deutschen Kommandeur v. Lossau, zehn Kilometer vor Derkos in die Hände der Bulgaren vorzubringen und diese zu werfen. Die Bulgaren stehen also jetzt anscheinend auf der Linie Tschakmetsche-Kalkafsoj-Subaschi-Indschegig-Tschataltscha und auf den Höhen nach Kalkib. Die bulgarischen Gefangenen erzählen von schweren Verlusten auf bulgarischer Seite. Dort herrsche viel Mangel und Cholera und Mangel an Lebensmitteln und Offizieren. Bei den Türken ist die Cholera in den letzten zwei Tagen zurückgegangen. Verpflegung und Munitionserwerb sind gut. Die Moral ist durch das Eintreffen vorzüglicher Truppen des Korps von Ensignian sehr gehoben. Izzet Pascha's Einfluss dominiert.

Ein bulgarisches Dementi.

Sofia, 22. November. Die „Agence Bulgare“ tritt den Meldungen entgegen, nach welchen die bulgarischen Truppen in dem oder jenem Kampfe enorme Verluste erlitten hätten, die Cholera unter den Reihen der bulgarischen Armee anrichtete und bulgarische Soldaten gegen türkische Verbündete Grausamkeiten verübt hätten. Diese und ähnliche Erzählungen seien von gewissen ausländischen Berichterstattern erfunden worden, die infolge strenger Bestimmungen des Reglements über den Informationsdienst oder wegen Verletzung militärischer Vorschriften von Rußas Pascha zurückgehalten wurden und enttäuscht waren, weil sie keinen Informationsdienst im großen Stile machen konnten. Die „Agence Bulgare“ legt Verwahrung dagegen ein, daß gewisse Korrespondenten, obwohl sie in Sofia tätig sind, ihre Depeschen aus dem Hauptquartier datieren, um ihnen den Anschein einer kompetenten Quelle zu geben.

Türkische Verstärkungen.

Konstantinopel, 22. November. Die türkische Kavallerie und diejenige aus Hamidie, welche gestern in Ysmid eintrafen, sollen bereits per Schiff an die gegenüberliegende Küste des Marmarameeres übergeführt und gelandet sein. Auch andere anatolische und syrische Truppen sind in Ysmid eingetroffen und sollen nach der europäischen Küste überseht werden, um die Tschataltschatruppen zu verstärken.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die serbische Verfolgung nach der Schlacht bei Monastir.

Belgrad, 22. November. In den Kämpfen bei Monastir gaben die Befehlshaber der Türken selbst das Beispiel zur Flucht, als sie sahen, daß ihre Truppen ermatteten. Drei Tage vor der entscheidenden Schlacht rückten sich mehrere Bagchas. Es wurde behauptet, Fejzi Pascha habe Selbstmord begangen, doch ist sicher, daß er sich verkleidet geflüchtet hat. Nur Dschawid Pascha wandte sich an der Spitze türkischer Detachements gegen das Beristergebirge, fand es indessen unpassierbar. Die serbische Kavallerie stieß am mittag auf der Straße von Monastir nach Florina auf eine türkische Abteilung von sieben bis zehn Bataillonen mit zehn Kanonen und Kavallerie. Die Türken flüchteten in wilder Panik, ließen ihre Artillerie im Stich und warfen ihre Waffen weg. Die serbische Kavallerie rückte dann in Florina ein, wo sie mit großer Begeisterung empfangen wurde. Die Morava-Division, verstärkt durch Landwehr unter dem Befehl von Renditsch, besetzte am Morgen Resna, wo sie einige Zeit bleiben wird. Die fliegenden Kolonnen unter dem Befehl von Milanowitsch sind nach der Säuberung der Gegend von Krushevo und Debra in Debra angekommen.

Die Einnahme von Alessio.

Belgrad, 22. November. Der Kommandant der nach Alessio entsandten Division telegraphierte: Ich bin in Alessio angekommen.

In dem Kampfe habe ich acht Tote und elf Verwundete gehabt. Die Verluste der Türken sind bedeutend. Ich habe 1000 Gefangene gemacht und zwei Kanonen, 2500 Gewehre und eine Fahne erbeutet. Ein Detachement dieser Division ist am Morgen in San Giovanni di Rebuca eingerückt.

Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

Die Belagerung von Skutari.

Rijeka, 22. November. Die montenegrinische Artillerie legt das Bombardement von Skutari fort, wenn auch weniger heftig als sonst. Heute wurde das Feuer sogar einige Stunden ausgesetzt. Man erwartet das baldige Eintreffen des Befehls zur Einstellung der Feindseligkeiten. In den Kreisen der fremden Staatsangehörigen verlautet, daß unter den Bedingungen für einen Waffenstillstand vor Skutari von montenegrinischer Seite auch verlangt wurde, daß die Stadt sich ergebe und die türkische Garnison die Waffen strecke, dagegen würde ihr freier Abzug nach Istanbul gewährt werden. Weiter soll verlangt sein, daß General Martinowitsch an der Spitze seiner Truppen in Skutari einmarschiere.

Der Seekrieg.

Kampf zwischen einem türkischen Kreuzer und bulgarischen Torpedobooten.

Konstantinopel, 22. November. Der Kreuzer „Samidie“, der auf der Höhe von Derkos von sechs bulgarischen Torpedobooten angegriffen wurde, ist am Vorderende beschädigt worden und soll bereits in den Bosporus eingelaufen sein. — Ein offizielles Telegramm des Kommandanten des Kreuzers besagt: Nach dem Bericht unserer Batterieoffiziere wurden zwei bulgarische Torpedoboote durch das Feuer unserer Artillerie zum Sinken gebracht, ein drittes beschädigt, konnte aber entfliehen und feuerte aus einer Entfernung von zwei Meilen zwei Torpedos auf uns ab.

Die bulgarische Darstellung.

Sofia, 22. November. Meldung der Agence Bulgare. Die aus Konstantinopel stammenden Meldungen, nach denen zwei bulgarische Torpedoboote durch den Kreuzer „Samidie“ in den Grund gebohrt worden seien, entbehren jeder Begründung. Von vier Torpedobooten haben zwei leichte Sabotagen erlitten, die jedoch ohne jede Bedeutung sind.

Die Insel Rhilene von den Griechen besetzt.

Athen, 22. November. Das Marineministerium teilt mit: Ein griechisches Geschwader ist gestern nachmittag vor Rhilene erschienen. Admiral Countouriotis forderte die Stadt zur sofortigen Uebergabe auf. Die fremden Konsuln rieten, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, zur Räumung der Stadt durch die 700 Mann starke türkische Garnison. Der Admiral ließ 1500 Mann an Land gehen, von denen 400 die Stadt besetzten, und 1100 die Verfolgung des Feindes aufnahmen. Die Landung fand unter dem Schutz des griechischen Geschwaders statt, die hierauf nach Lemnos weiterfuhr.

Friedensdemonstrationen.

In Dielefeld protestierten 8000 Arbeiter in zwei Versammlungen gegen den Krieg. Daran schloß sich ein Demonstrationzug durch die Stadt. An der Spitze des Zuges wurden Plakate getragen mit der Aufschrift: „Gegen Krieg und Kriegshetze für Volkswohlfahrt und Völkerverbrüderung.“

Im Kieler Wahlkreis fanden zwei imposante Versammlungen statt mit dem Thema: „Der Balkankrieg und die Gefahr eines europäischen Krieges“. Die Versammlung in Neumünster am Mittwochnachmittag war von 2000 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Breconer-Kiel. Die Versammlung in Kiel am Donnerstagabend füllte den größten Kieler Saal, die Waldwiese; es waren über 8000 Personen anwesend. Als Referent war Genosse Densch-Weipzig erschienen. In beiden glänzend verlaufenen Versammlungen wurde einstimmig eine dem Thema entsprechende Resolution angenommen.

Klarheit und Wahrheit im „Berl. Tageblatt“.

Dem „Berl. Tageblatt“ hat die Feststellung, daß es die militärische und dynastische Prestigepolitik Oesterreichs in der Balkanfrage begünstigt, recht weh getan. Es schimpft in dem uns gegenüber so gern beschriebenen Schulmeister-ton über uns „unklare Wirkstoffe“, die die ach so kristallklare Politik des „Tageblatts“ nicht verstehen wollen. Entweder weiß die eine Leuchte der Tageblattpolitik nicht, was die andere über die Balkankrise geschrieben hat oder aber sie wollen eine unangenehme Wahrheit durch Reizen und Verdrehen aus der Welt schaffen. Ist das etwa keine Begünstigung der österreichischen Prestigepolitik, wenn in der Morgennummer vom Montag der Chefredakteur des „Tageblatts“ u. a. schreibt, bei der österreichisch-serbischen Frage „muß unsere Sympathie ungeschränkt auf der Seite Oesterreich-Ungarns sein“. Ferner: „Wir wünschen Oesterreich-Ungarn in der Hafenfrage einen unabweisbaren Erfolg“. Ist das kein Eintreten für die den europäischen Frieden bedrohende Politik der schwarz-gelben Kriegshetze? Die Wiener „Reichspost“, das Organ der Thronfolgerpartei, hat die Sympathien der klaren Köpfe des „Berliner Tageblatts“ mit gleicher Sympathie erwidert. Sie stellte ihnen ihre eigenen Kriegstelegramme zum gleichzeitigen, ja sogar früheren Abdruck zur Verfügung. Denn eine Liebe ist der anderen wert.

Geradezu absurd und töricht klingt es, wenn das „B. Z.“ ausgerechnet uns vorwirft, daß wir „die Geschäfte der türkischen Reaktionäre und der panslawistischen Kriegstreiber besorgen“. Die klaren Köpfe des „B. Z.“ haben keine Ahnung davon, daß es keine schärferen und nüchternen Gegner der russischen verlogenen Diplomatie und der zaristischen Gewaltpolitik gibt als uns und die übrige sozialdemokratische Presse, die darob oft genug mit der boruschischen Julius in Konflikt gerieten. Wir haben die Intrigen und die Schandthaten des offiziellen Rußlands in unzähligen Fällen geoffenbart, in denen die liberalen Helden sein müßten schwiegen. Wir hatten und haben keine Rücksichten zu nehmen auf kapitalistische Streife, die mit Rußland Geschäfte machen und deren Gnadensonne auch über die Rossische Interentenplantage leuchtet.

Wir machen weder panslawistische noch schwarz-gelbe Politik, sondern die Politik des arbeitenden Volkes, die Politik des Weltfriedens. Wir treten den Kriegstreibern entgegen, wo wir sie finden, ohne uns von „Sympathien“ oder Vorurteilen und Industrieinteressen beeinflussen zu lassen. Doch wir wollen uns keinen Illusionen hingeben: Verstehen werden die wasserklaren Köpfe des „B. Z.“ unsere Haltung nie und nimmermehr, sie wären sonst keine liberalen Zeitungsverleger, die sogar von Kerikalen Dipseln Rosen pflücken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. November 1912.

Der Reichsetat für 1913.

Nachdem diverse Blätter schon seit mehreren Tagen Mitteilungen über den Reichsetat bringen konnten — die vielverspottete Verhößerung des Etats hat also auch diesmal stattgefunden — veröffentlicht am Freitag abend endlich auch der „Reichsanzeiger“ den Etat. Wir werden demnächst eine zusammenfassende kritische Betrachtung des Etats bringen und verziehen deshalb für heute auf die reine mechanische Wiedergabe der Ziffernkolummen, die ja doch nicht einmal für den Fachmann, geschweige den Laien etwas besagen. Einige Bemerkungen seien jedoch heute schon vorweggenommen.

Da hat die Zentrumspreffe ein so großes Geschrei von den für das Jahr 1911 zu erwartenden Ueberschüssen gemacht. Gott weiß, welche Schulden sollten mit diesen Ueberschüssen getilgt werden können. Die Ueberschüsse betragen denn auch 249 131 174 M. Trotzdem können Schulden dadurch nicht getilgt werden, wie wir längst voraussetzten und wie auch das der Ex-Reichsschatzsekretär Wermuth denn auch bestätigt. Von dem Ueberschuss sollen vielmehr 106 196 878 Mark zur Abdienung der Vorschüsse der Heeresverwaltung sowie zur Bereitstellung von Betriebsmitteln für die Marinebelieferungsämter und 81 006 088 M. zur Deckung einmaliger Ausgaben für militärische Zwecke verwendet werden. Mit der Schuldentilgung hat es also gute Wege!

Natürlich fehlt aus diesmal die „Schuldentilgung“ nicht im Etat für 1913. Es sollen dafür 81 751 188 M. verwendet werden. Erfolgt also diese Schuldentilgung durch den Verkauf von Schuldverschreibungen, so erhöht sich der Anleihebedarf von 33 408 476 M. dadurch auf 114 504 664 M. Eine nette Sorte Schuldentilgung!

Natürlich sind auch diesmal wieder die Ausgaben für Militarismus und Militarismus enorm gewachsen. Die laufenden, einmaligen und außerordentlichen Ausgaben für die Marine betragen rund 477 000 014 M., d. h. mehr 5,2 Millionen. Die Ausgaben für das stehende Heer sind gar um mehr als 52 Millionen gewachsen und haben damit die Höhe von mehr als 900 Millionen erreicht. Heer und Marine kosten uns also 1913 allein mehr als 1377 Millionen! Rechnen wir dazu noch die 178 Millionen Schuldzinsen, die 142 Millionen des allgemeinen Pensionsfonds, die 25 Millionen Kolonialzuschuß, so ergibt sich, daß uns allein unser Militarismus 1913 weit über 1700 Millionen kostet!

Inhaltlichere Redensarten.

Das Blatt einer christlichen Gewerkschaft, des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, der „Bergknappe“ hat endlich nach langem Erwägen und Bestimmen die nötige Dosis Courage gefunden, einen sorgfältig temperierten halbversteiften Protest gegen die schöne antigewerkschaftliche Enzyklika „Singulari quadam“ des „Arbeiterpapstes“ Pius X. zu erheben. Vorsichtigerweise vermeidet das genannte gewerkschaftliche Blatt jedoch ängstlich, sich direkt gegen die Enzyklika, den Papst und den Episkopat zu wenden; es beschwert sich lediglich über die Ausführung der päpstlichen Enzyklika durch die Berliner Richtung und den für diese kämpfenden niederen Klerus — und verleiht nur zum Schluss pathetisch, daß die Führer des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter weder daran dächten, die Werbung für ihren Verein einzustellen, noch die mit vielen Opfern hochgebrachten christlich-gewerkschaftlichen Organisationen zertrennen zu lassen.

Der „Bergknappe“ bemüht zur Anbringung seines Protestes denn auch einen im ganzen recht nebensächlichen Vorfall, nämlich die Tatsache, daß in Jüdingen an der Saar, einem kleinen zur Diözese des Bischofs von Trier gehörenden Dörfchen von noch nicht 4000 Einwohnern, die päpstliche Enzyklika bereits von der Kanzel herab gegen den Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter ausgelegt worden ist. In dieses Vorkommnis anknüpfend, sagt das christliche Gewerkschaftsblatt:

Wir sind wegen dieser Auslegung der Enzyklika gezwungen, auch unsere Stellung zu der Sache zu präzisieren. Es muß auch Klarheit herrschen. Deshalb stellen wir fest: Unsere Bewegung bleibt, was sie bisher war. Es wird nichts geändert. Wir richten uns auch in Zukunft nach den von unseren Generalversammlungen und den christlichen Gewerkschaftskongressen festgelegten Grundsätzen.

Insondere bleibt der interkonfessionelle Charakter unserer Bewegung gewahrt. Nach wie vor steht sie Angehörigen beider Konfessionen offen. Alle Mitglieder haben ohne Rücksicht auf ihre Konfession gleiche Rechte.

Auch bleibt unser Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter eine Zentralorganisation. Wir suchen in allen deutschen Bergrevieren unsere weitere Ausbreitung. Wollen wir die uns obliegenden Aufgaben erfüllen, müssen wir das. Wir werden deshalb in allen Orten, ganz gleich, ob mit katholischer oder konfessionell gemischter oder evangelischer Bevölkerung weiter agitieren. Alle Berliner Auslegungen der Enzyklika, alle Angriffe gegen uns und alle Widerstände bei der Agitation werden daran nichts ändern. Ferner bleibt unser Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter eine selbständige Organisation. Auch in dieser Beziehung wird durch die Enzyklika und ihre Auslegung nichts geändert.

Mitglieder des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter! Unserer Bewegung steht ein neuer Sturm bevor. Die Anhänger der Berliner wollen die Enzyklika benutzen, um unsere Bewegung zu verderben. Kameraden, der Schlag darf keinen Erfolg haben! Unsere Bewegung ist notwendig, ja in Zukunft sogar notwendiger wie je! Deshalb gilt es, den Sturm abzuwehren. Gewerkschaftsmitglieder, Vertrauensleute, Beamte! Denkt jetzt an die Notwendigkeit und Bedeutung unserer Bewegung. Denkt daran, was von ihrer Existenz in wirtschaftlicher und ideeller Beziehung abhängt. Denkt an all das, was sie schon für unseren Stand und die Allgemeinheit geleistet hat. Denkt an all die Opfer, die für die Bewegung gebracht wurden, an alle finanziellen und persönlichen Opfer, Zanleide haben für die Bewegung Opfer gebracht, viele sich aufgegeben. Sollen all diese Opfer umsonst gebracht sein? Sollen unsere Organisation zertrennt werden? Sollen die Kapitalisten trotz der geleisteten Arbeit in Zukunft länger den Kapital gegenüberstehen? Sollen die christlich-nationalen Arbeiter sozialdemokratischem Terrorismus ausgeliefert und um die Freiheit gebracht werden, sie als religiös gestimmte und national führende Männer betätigen zu dürfen? Nein und nochmals nein! Das darf nicht geschehen, das können wir nicht wollen, das müssen wir verhindern! Stehen wir deshalb fest bei dem heran-

rückenden Sturm. Lasse sich keiner mitreißen, werde keiner unserer Bewegung untreu! Aber nicht nur das! Es gilt auch daran zu denken und neuen Boden, neue Mitglieder zu gewinnen. Stelle auch hier jeder seinen Mann. Der neue Kampf gegen uns muß eine Stärkung unserer Bewegung im Gefolge haben. Kameraden des Saarreviers und des Siegerlandes! Ihr steht im Kampf mit den Berlinern in der ersten Reihe. Zeigt, daß ihr jedem Angriff gewachsen seid. Beantwortet ihn mit einem kräftigen Gegenstoß. Ehrensache für einen jeden von euch muß es sein, dem Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter in den nächsten Wochen neue Mitglieder zuzuführen.

So wortgewaltig dieser Redeschwall ist, so inhaltslos ist er. Was heißt das, der interkonfessionelle Charakter der christlichen Gewerkschaftsbewegung bleibe gewahrt. Der Papst hat ja die interkonfessionellen Gewerkschaften gar nicht verboten; er verlangt nur, daß die katholischen Führer und Mitglieder sich unter die Leitung des Klerus stellen und dessen Weisungen folgen. Lehnen die Führer des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter diese Aufficht unumwunden ab? Davon steht kein Wort in der ganzen Erklärung. Wohlbedacht hüten sich die Herren, diese Frage auch nur zu streifen. Was soll ferner der Satz besagen: „Unser Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter eine selbständige Organisation!“ Schon bisher war doch diese Organisation gar nicht selbständig, sondern fügte sich, wenn auch manchmal mit einem gewissen Widerstreben den Befehlen des Klerus. Oder haben die Führer nicht willig Gehorsam geleistet, als der Klerus die Nichtbeteiligung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter am letzten Bergarbeiterstreik verlangte? Und wozu denn der „Bergknappe“, als im Ruhrrevier der Klerus bei den letzten Reichstagswahlen die Stimmabgabe der katholischen Bergarbeiter für nationalliberale Reichstagskandidaten forderte? Er wagte nicht den geringsten Widerspruch, sondern gehorchte demütig dem hohen Befehl!

Und schließlich, was soll die Aufforderung besagen, kein christlicher Bergarbeiter dürfe dem Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter untreu werden! Will der „Bergknappe“ damit die katholischen Bergarbeiter auffordern, auch dann, wenn ihr Bischof von ihnen den Austritt aus dem Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zu verlangen, also dem bischöflichen Befehl entgegenzuhandeln? Will er damit sagen: „Quält Euch nicht um die Anordnungen und Befehle des Klerus, des niederen wie des höheren, bleibt in jedem Fall treue Mitglieder Eures Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter!“ Wenn der „Bergknappe“ mit seinen Hintermännern dazu den Mut hat, dann möge er offen, frank und frei Aufforderungen an seine Leser richten. Dazu fehlt ihm aber die Courage. Feige und verlogen flüchten sich die Herren hinter leere Redensarten, die nach Belieben so und so gedeutet werden können.

Das Talglicht von Buttenhausen.

Der schwäbische Bergrevier, der Buttenhauser Hans Dampf auf allen Gassen, ist insbesondere von den Blättern der Oppenborfer-Koerren-Richtung wiederholt in nahezu verächtlicher Weise moralisiert worden. Man nannte ihn einen Mann, der über alles redet und über alles schreibt, und doch von nichts etwas Grundsätzliches weiß. Die bekannte „Kölnische Korrespondenz“ sprach von der „notorischen Oberflächlichkeit dieses Amateurphilosophen“; es fehlte ihm „an logischen Denken und geistigen Reichtum“; er sei ein „positiver Dilettant gefährlicher Sorte“. Zuletzt noch wurde ihm geraten, endlich aufzuhören, über Dinge zu schreiben, von denen er nichts versteht. Dieser Tage hat Herr Matthias Graberger abermals gezeigt, daß seine Widerlächer von der antihademitschen Gruppe ihn fast noch zu gelinde beurteilen. Man lese, was Herr Graberger am 17. November dieses Jahres im „Swarischen Tag“ über die deutsche Diplomatie geschrieben hat und was er über den gleichen Gegenstand seinerzeit in der Zeitschrift „Nord und Süd“ zum besten gab.

Erzberger in Nr. 371 des „Tag“ vom 17. November 1912: Erzberger in „Nord und Süd“ im März 1909:

Es gehört heute im Reich zum guten Ton, sich über die Unfähigkeit der deutschen Diplomatie zu enträsten — auch jetzt wieder angelehnt an die legendären Ueberrückungen auf dem Balkan. „Sie haben wieder einmal nicht gewußt, im Auswärtigen Amt!“ In solche es durchs Land. Frage: Haben denn andere Diplomaten etwas gewußt? Zweite Frage: Hat denn unsere Vorkriegszeit etwas gewußt? Dritte Frage: Was unsere Diplomatie so toplos wie unsere Vorkriegszeit? Antworten kann sich jedes Schulkind geben; aber es der Wahrheit sich wieder einmal der alte Satz vom Kritizieren und Weiser machen. Im allgemeinen ist doch unsere diplomatische Vertretung nicht schlechter als die anderer Länder; auch wenn man (!) dies oft behauptet, wird es doch nicht wahr. Zumal in den vielgestaltigen Fragen des Balkanbundes war man in Berlin mindestens so gut unterrichtet, wie in allen anderen Hauptstädten; ich wage sogar zu sagen; man war hier bei uns besser und zeitiger unterrichtet als anderwärts. Aber man kann doch diese erste Kenntnis nicht in alle Welt hinausprojizieren, sondern man muß nach ihr handeln. Und es ist hiernach gehandelt worden, sehr zeitig sogar.

Erzberger, wie er leidet und lebt! Der vollendete politische Schmod, der jemals dagewesen ist! Wenn bei den bürgerlichen Parteien die Lächerlichkeit wirklich tödlich tödlich!

Die heftische Regierung und das Besoldungsgesetz.

Der heftische Landtag tritt am 10. Dezember zu einer kürzeren Tagung zusammen. Aber Voraussetzt nach dürfte es hierbei zu einem scharfen Konflikt zwischen der Regierung und den beiden Kammern kommen, wenn die Regierung nicht bereit ist einzulassen. Die Regierung hat nämlich einen Teil der im Juni verabschiedeten Besoldungsordnung der Beamten, soweit sie die Gehaltsverhältnisse der Kammerbeamten zum Gegenstand hat, trotz ihrer Zustimmung in den Kammern, nicht vollzogen. Das Vorgehen der Regierung wird umso mehr als Provokation

empfunden, als die Besoldungszulage der Parlamentsbeamten einem in beiden Kammern einstimmig angenommenen Initiativantrag entspricht, der sich an die Verhältnisse der Kammerbeamten in Bayern, Württemberg und Baden anlehnt. Abg. Weising hat nun mit Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion und einiger Fortschrittler einen dringlichen Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, unverzüglich das mit ihrer Zustimmung beschlossene Gesetz zu vollziehen. Da auch die bürgerlichen Parteien sich diesem Antrag anschließen mußten, so ist die Regierung in einer misslichen Lage. Sollte sie auf ihrer Weigerung beharren, so wird der Landtag konsequenterweise zunächst die Erledigung einer jeden Vorlage der Regierung ablehnen müssen. Der Umstand, daß die Erste Kammer nachdrücklich auf die Durchführung ihres Beschlusses drängt, gibt manchen „staatsverhaltenden“ Volksvertretern in der Zweiten Kammer den Mut, für die Rechte des Parlaments einzutreten, die er sonst so leicht verleugnet. Man darf auf den Ausgang des Konflikts gespannt sein.

Klerikale Revolventen.

In Oberschlesien bekämpfen die Klerikalen namentlich die Freidenker-Bewegung mit den erbärmlichsten Mitteln und finden dabei die volle Unterstützung der Polizei. In Königshütte sollte am Montag eine von den Freidenkern arrangierte öffentliche Versammlung abgehalten werden, in der der freireligiöse Prediger Tschirn über das Thema: „Kirchlichkeit und Sittlichkeit“ sprechen sollte. Das Thema mußte es den Schwarzen angehen haben, deshalb versuchten sie, die Versammlung unter allen Umständen zu verhindern. Zunächst wurde den Freidenkern das größte Lokal von den Klerikalen abgetrieben, so daß die Versammlung in dem bedeutend kleineren Saal des Hotels „Zur Königshütte“ abgehalten werden sollte. Reichlich 1200 Personen hatten sich eingefunden. Raum war aber die Versammlung eröffnet und das Thema des Vortrages bekanntgegeben worden, da setzte ein so ehrenbetäubender Sturm ein, daß sich der Leiter genötigt sah, die Versammlung zu verlassen, um einige der Klerikalen Störenfriede, die, wie sich später herausstellte, aus dem ganzen Industriegebiet gegen die Zahlung der Zehnten und Eisenbahnschaffarten zusammengeführt waren, an die Luft zu setzen. Noch bevor dies geschehen war, löste jedoch der Ueberwache die verlegte Versammlung auf. Dieser ebenso unverständlichen wie ungeheulichen Maßnahme mußte Folge gegeben werden. Eine neue Versammlung wurde einberufen. Als die zweite Versammlung eröffnet wurde, setzte abermals ein grenzenloser Raub der unter Führung eines katholischen Arbeitersekretärs stehenden katholischen Kolonne ein, worauf der Ueberwache Beamte abermals die inzwischen wieder verlegte Versammlung auflöste. Nun schien Genen ein, die jeder Beschreibung spotten. Vor dem Ausgang des Saales wurde von den klerikalen Raubräubern Schwefeläther ausgegossen und angezündet. Durch die meterhoch schlagenden Flammen entstand eine Panik. Nur mit Mühe gelang es, die Flammen zu löschen und eine schwere Katastrophe zu verhindern. In dem Saal wurden von der klerikalen Sprengkolonne Stinkbomben geworfen. Einem von dieser Bande wurde der Revolver aus der Hand geschlagen in dem Augenblick, als er damit einen Schuß abgeben wollte. Einigen anderen wurden Knäppl und Gummischläuche abgenommen. Nach langer Zeit gelang es endlich, die Ruhe wiederherzustellen, nachdem die klerikalen Brandstifter den Schauplatz ihrer Tätigkeit verlassen hatten.

Und die Polizei, vor deren Augen sich alles abspielte, sah ruhig zu, obwohl sie mit Leichtigkeit hätte der Situation Herr werden können, denn 40—50 Beamte waren in der Nähe postiert — die selbe Polizei, die kürzlich in einer klerikalen Versammlung die Personalien von jedem einzelnen feststellte, der sich einen Zwischenruf erlaubte.

So sehen die „geistigen“ Waffen der Zentrums in Oberschlesien aus.

Rein agrarische Auslegung.

Unter den Städten, die zur Forderung der Fleischnot lebendes Hindfleisch aus den Niederlanden einführen wollen, befindet sich auch Koburg. Obgleich es keine große Stadt, entspricht es doch insofern der Forderung für die Regierungsbürgerschaft, als es das ganze Herzogtum Koburg und auch den größten Teil des Thüringer Waldes mit Vieh und Fleisch versorgt. Der Reichsanwalt hat indessen auf Grund einer Auslegung des preussischen Landwirtschaftsministeriums die nachgesuchte Genehmigung verweigert. Der Magistrat schreibt dazu:

Es herrscht in der Bevölkerung über diese Ablehnung große Erregung, die nicht unberechtigt erscheint, zumal auch die herzogliche Staatsministerien in Gotha und Koburg die Stadt Koburg ausdrücklich als unter die Bestimmungen des Gesetzes fallend bezeichnet haben. Der Magistrat Koburg beabsichtigt, gegen diese Ablehnung, durch welche die von Reich wegen in Aussicht gestellten Vergünstigungen zweifellos wieder illusorisch gemacht werden, weitere Schritte zu unternehmen.

Das seltsamste ist, daß, nachdem diese Ablehnung am 9. d. Mis. erfolgt ist, am 15. d. Mis. eine Anfrage des Reichsanwalts des Innern mit Rücksicht auf die im Reichstag zu verwertende Unterstützung der Fleischsteuerung an die Gemeindevorstände, so auch an den Magistrat gekommen ist, in welchem Umfang die Stadt Koburg von der (nicht erteilten) Erlaubnis zur Einfuhr von Vieh Gebrauch gemacht hat.

So bekämpft die preussisch-agrarische Regierung die Teuerung!

Ein vielversprechender Rekutenerzieher.

Am 26. Juli hatte der Unteroffizier Alfred Braun vom Grenadier-Regiment Nr. 11 in Breslau dem Grenadier Raballa, weil dieser zum Appell seine Drillschuhe nicht gerollt vorgelegt, mit dem oberen, mit Knöpfen besetzten Teil der Hose mehrere Male um den Kopf geschlagen. Da M. sich die Hände vor das Gesicht hielt, befahl Braun: „Hände herunter!“ und hief schließlich anderen Grenadieren, ihm die Hände festhalten, worauf er ihn nochmals mit der Hose ins Gesicht schlug. Dann befahl er Raballa, sich selbstmarmäßig den Tornister zu packen mit einer Drillschuh, Luchshose und drei paar Schürschuhen. Damit ließ der Unteroffizier den Mann fünfzehn Minuten auf dem Platz hin und her laufen, aufsitzen, hinlegen, schmeißen dem Mann den schamigen Hals mit einer Schrubberbürste usw. Die Stubenmannschaften lachten dazu. Raballa will darauf Kopfschmerzen und Seitenstechen gehabt haben. Das Kriegsgericht beurteilte den Unteroffizier wegen Mißhandlung und vorchriftswidriger Behandlung zu 44 Tagen Gefängnis unter Annahme eines schweren Falles, weil Braun schon vorbestraft sei wegen vorchriftswidriger Behandlung und Verleumdung mit fünf Tagen Gefängnis. Braun legte Berufung ein, Raballa habe als schwerfälliger, unordentlicher, unsauberer Soldat, durch Lügen und freches Benehmen ihn gereizt. Vor dem Oberkriegsgericht in Breslau beantragte Rechtsanwalt Bid, da Raballa wohl übertreibe, nur Bestrafung wegen vorchriftswidriger Behandlung. Kriegsgerichtsrat Eisebeurteilte, ein Unteroffizier, der so gemein vorgehe, seine Dienstpflicht so mißbrauche, verdiene keine Miße. Er beantrage Verurteilung der Berufung. Das Oberkriegsgericht nahm zwar noch einen minder schweren Fall an, begnadigte aber das Benehmen durchaus verwerflich und erkannte auf sechs Wochen Mittelarrest.

Reederproft und Menschenschuß.

Die 14. Hauptversammlung der Schiffbauindustriellen Gesellschaft bewies wieder einmal, wie sehr das Bestreben, auf Kosten von Menschenleben möglichst hohen Profit herauszuschlagen, mit den Geboten der elementarsten Humanität kollidiert. In der Sitzung sprach am Freitag Geh. Regierungsrat Professor Dr. Flamm-Charlottenburg über: „Die Uninfsbarkeit moderner Seeschiffe“. Der Vortragende gab zunächst einen Ueberblick über die Entwicklung der Uninfsbarkeitsfrage in der Vergangenheit, besonders für England. Immer wieder hätten die technischen Kreise dieses Landes, insbesondere die englische Admiralität, eine auf sorgfältiger Rechnung aufgebaute Unterteilung der Seeschiffe durch wasserdichte Schotten verlangt. Am Widerstand der Reeder seien diese Bemühungen lange Zeit gescheitert. Auch „Board of Trade“ und der britische Lloyd hätten der Sache nicht fördernd gegenübergestanden. Im Jahre 1883 hätten noch Angaben der damaligen Schiffbauindustriellen nur 300 Schiffe der englischen Handelsmarine eine genügende Schottenanordnung gehabt, über 4000 aber nicht. Um den Reedern eine vernünftige Schottenanordnung nahelegen, habe 1888 das englische Handelsministerium die unheilvolle Bestimmung getroffen, daß derartig gebaute Schiffe nur die Hälfte der sonst vorschrittsmäßigen Zahl an Rettungsbooten mit sich zu führen brauchten, eine Bestimmung, die sich beim Untergang der „Titanic“ schwer gerächt habe. Auf Drängen der technischen Kreise Englands habe dann im Jahre 1890 eine Kommission erster englischer Hochseeschiffbauingenieure herausgegeben, d. h. Vorschriften, die für Passagierschiffe und für Frachtschiffe die Anzahl und Stellung der Schotten mit Hilfe sogenannter Schottkurven festlegten. Diese Vorschriften aber seien wegen des ihnen entgegengebrachten Widerstandes der interessierten Kreise niemals Gesetz geworden. Redner ging dann zu einer Betrachtung der Verhältnisse in Deutschland über. In Deutschland lagen die Verhältnisse so, daß bis zum Untergang der „Elbe“ im Jahre 1896 so gut wie gar keine Fürsorge des Staates für die Sicherheit der Seeschiffe, insbesondere der Passagierdampfer, bestand. Der große Menschenverlust beim Untergang der „Elbe“ hatte nun im Reichstag sehr erregte Erörterungen über die Sicherheitsverhältnisse auf deutschen Passagierdampfern zur Folge. Es folgten im Jahre 1896 generelle Vorschriften über wasserdichte Schotten, die heute noch bestehen. Diese 16 Jahre alten Vorschriften passen aber nicht mehr auf die heutigen Schiffe. Auf die individuellen Eigenschaften der Schiffe nehmen sie keine Rücksicht, sie berücksichtigen auch nicht die Stabilität beim See und beziehen sich nur auf Passagierdampfer, nicht aber auf Frachtdampfer.

Der Vortragende verlangte demgegenüber für jedes größere Schiff, ganz gleich, ob Passagierdampfer oder Frachtdampfer, den rechnerischen Nachweis der Uninfsbarkeit unter Berücksichtigung der Stabilität, ferner eine Prüfung dieses Nachweises durch eine unabhängige, auf der Höhe der modernen Wissenschaft stehende Behörde, eine Vermessung des Bootsrumpfes nicht nach dem Tonnageinhalt des Schiffes, sondern nach der an Bord befindlichen Personenzahl und schließlich Anpassung aller derartigen Vorschriften nicht an das Niveau eines ungebildeten Zeichners, sondern an das des modernen gebildeten Ingenieurs.

In der Debatte wandte sich der Direktor des germanischen Lloyd, Professor Bagel-Berlin, gegen die Forderung des Referenten auf Änderung der Schottenvorschriften und auf Ausdehnung dieser Vorschriften auf Frachtschiffe. Die neuen großen Frachtschiffe seien hinsichtlich der Schotten so gebaut, daß sie in Bezug auf die Uninfsbarkeit hinter den Passagierdampfern gleicher Größe nicht zurückstehen. Die Frage der Uninfsbarkeit der Frachtschiffe sei ein Problem, das sich nur auf internationalem Wege lösen lasse, aber auch da werde es nicht sehr einfach sein. Wir würden dann Schiffe bekommen, die im Vergleich zu den heutigen Frachtschiffen wirtschaftlich unrentabel und für gewisse Zwecke überhaupt unbrauchbar seien. Direktor Walter-Bremen vom Norddeutschen Lloyd ist mit dem Referenten in allen Punkten einverstanden. Die Forderungen des Referenten Flamm gehen zu weit. Die von ihm aufgestellte Forderung einer unabhängigen Behörde würde von uns zurückgewiesen werden, wenn unter dieser Behörde nicht der Germanische Lloyd oder die Seeverkehrsvereinschaft verstanden werden sollte. Diese Behörden haben Fühlung mit der Praxis. Bei einer neuen Behörde aber besteht die Gefahr, daß eine Fühlung mit der Praxis nicht vorhanden ist.

Geheimrat Flamm erklärte im Schlußwort, er habe nicht der deutschen Industrie und dem deutschen Schiffbau Vorwürfe machen, sondern gerade zeigen wollen, daß Industrie und Schiffbau selbst schon viel weiter gegangen wären, als die bestehenden Vorschriften es erfordern. Und er habe gerade deshalb verlangt, daß diese Vorschriften in Einklang gebracht werden mit dem, was Industrie und Schiffbau heute bereits praktisch durchführen.

Professor Flamm ist viel zu sehr Optimist, wenn er glaubt, von den Vorrednern mißverstanden worden zu sein. Die Herren hätten ihn im Gegenteil viel zu gut verstanden. Sie wollen eben nicht Sicherheitsmaßnahmen geschaffen wissen, die zwar zum Schutze des Lebens von Hunderttausenden von Passagieren und Schiffsmannschaften absolut notwendig und technisch auch durchaus möglich sind, wenn diese Maßnahmen etwa den Profit des Reederkapitals schmälern! Die heutigen Schutzmahregeln genügen aber bei weitem nicht, und es ist deshalb dringende Pflicht der Gesetzgebung, für strengste Durchführung jener Schutzmahregeln zu sorgen, die eine wirkliche, nicht bloß hypothetische Uninfsbarkeit sowohl der Passagier- wie der Frachtschiffe garantieren. Deshalb muß auch die Kontrollinstanz absolut unabhängig, nicht aber mit den Reedern und Reederinteressen irgendwie verquält sein!

Militärjustiz.

Der Grenadier Valentin Dudel vom Regiment 11 in Breslau erhält von dem Grenadier Landsmann in dessen Eigenschaft als Stubenältester den Befehl, vier Schemel zu scheuern. Dudel, erst zehn Tage Rekrut und noch unbereidigt, antwortete: „Das mach ich nicht, das muß mir ein anderer sagen“. Auf Befehl des herbeigerufenen Korporalschaftsführers, Unteroffizier Stark, vernichte er die Schemel. Die weiteren Befehle des Stubenältesten, seine Wafschüssel zu reinigen, seine Hände zu waschen, führte Dudel aus. Der Stubenälteste befahl Dudel, Schreibwendungen zu machen. Weil er sie nicht recht machte, hieß er ihn aus der Stube marschieren und tief ihn wieder zurück. Als Dudel das sechste Mal solchen Befehl erhielt, wurde er wütend, fürzte auf den Stubenältesten zu, packte ihn an der Gurgel und gab ihm eine Ohrfeige. Dudel wurde vor dem Kriegsgericht angeklagt des tätlichen Angriffs und Ungehorsams. Seine Vorgesetzten konnten über ihn nicht klagen, er sei redlich willig gewesen. Dudel gibt an, alle Leute haben gesagt, in der Nacht würde zu ihm

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neustolln. Inzeratenteil verantw.: H. Glase, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Buchdr. u. Verlagsanstalt

auf die Stube der heilige Geist mit der Kloppfeitsche kommen. Kriegsgerichtsrat Schubert plädiert, den Fall möglichst milde aufzufassen. Der Stubenälteste habe unbedingt versagt. Er dürfe den Mann nicht marschieren lassen, habe ihn dadurch vorchriftswidrig behandelt. Dudel fühlte sich mit Recht schikaniert, drangaliert und gereizt. Er beantragte sechs Monate ein Jahr Gefängnis. Der Verteidiger, Oberleutnant Gaulski beantragte Einreihung eines Gnaden-gesuches. Das Gericht nahm nur einen minderschweren Fall an, weil Dudel gereizt worden und erkannte wegen des tätlichen Angriffs auf ein Jahr Gefängnis, wegen des Ungehorsams auf einen Tag.

Spanien.

Sozialistenhebe.

Madrid, 21. November. (W. Z. B.) In der Deputiertenkammer begründete der Abgeordnete Senante eine Interpellation über die Ermordung des Ministerpräsidenten Canalejas und forderte die Regierung auf, die anarchistischen Verbrechen im Lande energisch zu unterdrücken. Er glaube, der Mord sei auf einen politischen Feldzug zurückzuführen, in dem Ausländer die Anführer seien. Hier im Parlament seien Abgeordnete, die von der öffentlichen Meinung als moralisch verantwortlich für die Tat bezeichnet würden. Ministerpräsident Graf Romanones erwiderte, die Regierung werde alle gesetzlichen Mittel anwenden, um die Wiederkehr solcher Mordtaten zu verhindern; es sei unnötig, zu Ausnahmemaßregeln zu greifen. Senante verlangte darauf Maßnahmen gegen die Deputierten, die solche Mordanschläge billigten. Die Anarchisten seien offensichtlich organisiert, und in der Kammer befänden sich Männer, von denen sie inspiriert würden. Graf Romanones antwortete, die Regierung werde nicht ungeschiechlich handeln. Abdann erhob sich unter großer Bewegung des Hauses Pablo Iglesias, auf den die Beschuldigungen Senantes persönlich gemünzt waren, und erklärte, die Konservativen suchten eine Tat, für die er nicht verantwortlich sei, zu einer politischen Waffe umzumachen. Er habe das Attentat gegen politische Persönlichkeiten nie gelehrt. Senante zitierte darauf eine Stelle, die diese Behauptung widerlegen sollte. Pablo Iglesias verurteilte dann den Mordanschlag gegen Canalejas, der ein Opfer seines Ehrgeizes geworden sei. Er habe niemals einen Anschlag gegen Canalejas oder seine Parteigänger inspiriert. Schließlich erklärte auch Azcarate, der Führer der Republikaner, daß seine Partei den politischen Mord verdamme. Graf Romanones stellte darauf fest, daß alle Parteien einig seien in dem Abscheu vor der Mordtat. Die Regierung werde die Befehle mit Nachdruck anwenden. (Beifall.)

England.

Vernünftige Worte über die deutsch-englischen Beziehungen.

London, 22. November. Auf der diesjährigen Tagung des Liberalen Landesverbandes (National Liberal Federation), die gestern in Nottingham stattfand, sprach der Vorsitzende des Verbandes Sir John Brunner über die deutsch-englischen Beziehungen. Frankreich, sagte er, ist geographisch unser nächster Nachbar. Aber nach Klasse, Intelligenz und Moral steht England Deutschland viel näher als Frankreich. Die Deutschen sind ein kräftiges, männliches Volk wie die Engländer. Er wünsche, daß beide Nationen zusammengehen. Politisch sei das große Ziel Deutschlands die offene Tür für den Handel auf der ganzen Welt. Das sei auch die britische Politik. Weshalb aber sollten die beiden Nationen nicht von Herzen zusammenarbeiten können? Alle verständigen Kaufleute und Reeder und alle intelligenten Arbeiter in England und Deutschland wüßten, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland Verluste oder vielmehr Ruin, Arbeitslosigkeit und Verarmung in fürchterlichem Maße bedeuten würde. Die Jingos trösteten sich damit, daß sie sagen, daß der kommerzielle Ruin von London, Hull, Newcastle, Aberdeen durch den kommerziellen Ruin von Hamburg, Bremen und Berlin ausgeglichen würde. Das sei kein Trost. (Beifall.) Wirtschaftliches Gedeihen in England könnte schwerlich neben einer schlechten Lage in Deutschland und sicherlich nicht zugleich mit der Vernichtung des Nordseehandels bestehen. Der Reeder befürwortete als einen Schritt zu besseren Beziehungen zu Deutschland die Sicherung der Handelsmarine vor dem Seebeuterecht.

China.

Bewegung gegen die russische Mongolei-Intrige.

Peking, 20. November. (Melbung der „Agence d'Extrême-Orient“.) Alle Parteien der gesetzgebenden Versammlung haben die nationale Einigkeit zugunsten eines energischen Vorgehens sowohl in diplomatischer als auch in militärischer Beziehung auf ihre Fahne geschrieben, um die Rechte Chinas in der Mongolei zu wahren. Der Präsident Juanschikai, der zuerst gezögert hatte, ein derartiges Vorgehen zu erlauben, das zum Rücktritt des Ministers des Äußern Linang-Ren-Ting und zur Ernennung Lou-Tien-Chiangs geführt hätte, konnte von der Notwendigkeit überzeugt werden, ohne Aufschub zu handeln. Die Provinzen sowie Peking richten täglich dringende Bitten zugunsten einer mannhaften Politik an die Regierung. Der Präsident hat sie aufgefordert, Geldmittel zu übersenden. Eine in Peking zusammengetretene Konferenz von 100 Bringen, Herzögen und Führern der inneren und der äußeren Mongolei hat eine Resolution angenommen, in der sie gegen das russisch-mongolische Abkommen protestieren und es für null und nichtig erklären. Augenblicklich sind 10 000 Mann Truppen in Kalgan konzentriert, und unaufhörlich gehen neue Truppen dahin an. Man weiß nicht, wohin diese Truppe alle gehen werden, ob sie nach Urga marschieren werden, um die mongolische Regierung an der Unabhängigkeitserklärung der äußeren Mongolei zu hindern, oder ob sie an der Grenze der inneren Mongolei Halt machen werden, um diese zu beschützen.

Aus der Partei.

Polkzelliges, Gerichtliches usw.

Eine Richter-Belaidigung.

Im Juli dieses Jahres wurde Genosse Osterroth-Waldenburg vom dortigen Schöffengericht wegen angeblicher Belaidigung eines Arbeitswilligen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil gegen Osterroth erregte wegen seiner Härte und der Umstände, unter denen es erlassen wurde, damals großes Aufsehen. Das Waldenburger Schöffengericht erkannte auf die hohe Strafe, trotzdem der einzige Belastungszeuge, nämlich jener belaidigte Arbeitswillige, nur die fragliche Belaidigung gehört haben will, während fünf andere Zeugen eidlich erklärten, nichts davon gehört zu haben, obwohl sie ganz in der Nähe standen. Da sich der einzige Belastungszeuge zudem noch in große Widersprüche verwickelte, beantragte der

Staatsanwalt gegen Osterroth selbst die Freisprechung.

Das Gericht erkannte aber auf zwei Monate Gefängnis. In der Kritik über dieses Urteil sagte die „Breslauer Volksmacht“, die Waldenburger Richter hätten sich ohne weiteres auf die Seite des belaidigten Arbeitswilligen gestellt und das Urteil sei haarsträubend. Durch diese Kritik fühlte sich der Vorsitzende des Waldenburger Schöffengerichts belaidigt. Er stellte Straf Antrag gegen den Verantwortlichen, Genossen Karl Olonsky. Die Breslauer Berufskollegen des Waldenburger Schöffengerichtes erwiderten in der Kritik den Vorwurf der grob-fahrlässigen Klassenjustiz und erkannten auf 200 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt wollte den Genossen Olonsky sogar auf 3 Wochen wieder in das Gefängnis schicken, das er erst am 6. dieses Monats nach dreimonatigem Aufenthalt verlassen hat.

Jugendbewegung.

Dem Kampf gegen die arbeitende Jugend.

Gegen die Vorstandsmitglieder der freien Jugendorganisation in Kopenick waren Strafurteile seitens des Schöffengerichts und des Landgerichts ergangen, durch die die Jugendorganisation zugleich zum politischen Verein gestempelt worden war. Darauf veranlaßte einer der Beurteilten, der Genosse Schüler, eine öffentliche Versammlung. Zu dieser lud er auf einem Plakat ein, das ohne politische Erlaubnis an verschiedenen Stellen der Stadt angeheftet wurde. Unter Verweisung auf die Strafurteile hieß es auf dem Plakat u. a.: „Arbeitende Jugend: Gegen diesen Raub des Vereinigungsrechts gilt es energisch Protest zu erheben. Erscheint in Kopenick!“

Der Genosse Schüler wurde demnach vom Landgericht als der Verursacher der Verletzung des § 5 des Reichsvereinsgesetzes verurteilt, weil er als Veranstalter einer politischen Versammlung nicht die für solche Versammlungen vorgeschriebene Anzeige bei der Polizei gemacht, beziehungsweise keine, diese ergebende rechtzeitige öffentliche Bekanntmachung erlassen habe. Außerdem wurde Schüler gemeinschaftlich mit den Genossen Manzi und Weder wegen Verletzung der §§ 9 und 10 des preussischen Preßgesetzes verurteilt. Es wurde als festgestellt erachtet, daß die drei Angeklagten Exemplare des von Schüler herausgegebenen Plakats an öffentlichen Orten angeheftet hätten, ohne im Besitze einer politischen Erlaubnis dazu zu sein. (§ 10 des preussischen Preßgesetzes.) Da nach § 9 dieses Gesetzes Anzeigen über gefehlich verbotene Versammlungen überhaupt nicht öffentlich angeschlagen werden dürfen, so nahm das Landgericht auch eine Verletzung des § 9 an, indem es meinte, eine gefehlich verbotene Versammlung sei auch eine politische Versammlung, die ohne Anzeige (oder entsprechende Bekanntmachung) abgehalten werde.

In Bezug auf den Charakter der Versammlung führte das Landgericht aus: „Allerdings habe der für die Versammlung bestimmte besondere Referent die früheren Gerichtsurteile, die im Plakat Schülers erwähnt waren, nicht berührt und nicht erörtert. Er habe vielmehr allgemein über die Jugendbestrebungen gesprochen. Es wäre indessen ganz gleichgültig, ob sich die Versammlung tatsächlich zu einer politischen gehalten habe. Es komme auf die Absicht des Veranstalters an. Diese gehe aus dem fraglichen Plakat hervor. Danach habe nach dem Willen des Veranstalters in der öffentlichen Versammlung die angebliche Unrechtmäßigkeit der früheren gerichtlichen Urteile erörtert werden sollen. Es habe so hingestellt werden sollen, als ob durch das Eingreifen der Behörden die arbeitende Jugend rechtswidrig in ihren Rechten verkrüppelt worden sei. Das würde eine Erörterung politischer Angelegenheiten sein. Somit hätte der Veranstalter die Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes über die Anzeige usw. von öffentlichen politischen Versammlungen beachten müssen.“

Schüler legte Revision ein und rügte namentlich Verletzung des Vereinsgesetzes durch unrichtige Anwendung seitens des Vorderrichters. Aber auch die Plakatsvorschriften seien verletzt. Das Kammergericht gab der Revision nur insoweit statt, als auch § 9 des preussischen Preßgesetzes angewendet worden ist. Mit der Wahgabe, daß § 9 ausseide, wurde die Revision verworfen. Begründung wurde ausgeführt:

Mit Recht sei § 9 des Vereinsgesetzes angewendet worden. Dieser sage: „Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten veranstalten will, bedarf usw.“ Es sei deshalb zutreffend, wenn das Landgericht davon ausgehe, daß es auf die Absicht des Einberufers ankomme. Und daß dieser die Absicht gehabt habe, politische Angelegenheiten erörtern zu lassen, habe das Landgericht zutreffend aus seinem Plakat entnommen, das von einem Raube des Vereinsrechts spreche, gegen den protestiert werden müsse. Darüber und über die früheren Gerichtsurteile habe nach Absicht des Veranstalters verhandelt und gesprochen werden sollen. Das seien politische Angelegenheiten.

Die Verstrafung aus § 10 des preussischen Preßgesetzes sei ebenfalls gerechtfertigt. Dagegen nicht die aus § 9 dieses Gesetzes. In sich erlaube Versammlungen, die nur rechtswidrig nicht angezeigt seien, seien keine verboten.

Der Balkankrieg.

Korruption in der türkischen Armee.

Konstantinopel, 22. November. (W. Z. B.) Blättermeldungen zufolge sind drei Offiziere und 5 Beamte der Generalintendant der Armee wegen Mißbrauch ihrer Amtsbefugnisse verhaftet worden.

Verfolgungen der Jungtürken.

Konstantinopel, 22. November. (W. Z. B.) Die früheren jungtürkischen Minister Sadiki Adil, Redshan Eddin und Galadshian, der frühere Gouverneur von Ismid Ragim, der Chefsekretär des Senats Ruschpa, sowie der Vorsitzende des jungtürkischen Klubs in Smyrna wurden verhaftet. Dem früheren Minister Talalat ist es gelungen, zu entkommen.

Eine Rede Asquiths.

London, 22. November. (W. Z. B.) Bei einer Rede, die Premierminister Asquith heute in Nottingham hielt, sagte er: Die Haltung unseres Landes und der Großmacht in bezug auf den Krieg hat sich, so viel ich weiß, in keiner Weise geändert. Wir sind bemüht, ein weiteres Blutvergießen zwischen den Kämpfenden zu verhindern, und noch mehr bemüht, das Feld eines möglichen Konfliktes zu begrenzen. Auf dieses Ziel arbeiten alle Mächte hin.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Die Stadtverordnetenwahlen in Neustolln.

Die Stichwahlen zur zweiten Abteilung gingen gestern unter sehr harter Wahlbeteiligung vor sich. Infolge der überaus starken Anstrengungen, welche das Bürgerium machte, gelang es unseren Genossen nicht, in den drei zur Wahl stehenden Bezirken ihre Kandidaten durchzubringen. Im 1. Bezirk erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 506, die bürgerlichen 588 Stimmen. Im 2. Bezirk erhielt der sozialdemokratische Kandidat 478, der bürgerliche 578 Stimmen und im 6. Bezirk siegten die bürgerlichen Kandidaten mit 682 über die sozialdemokratischen, welche 512 Stimmen auf sich vereinigten.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Das Urteil über den Hausknechtsparagrafen.

Das schriftliche, am 28. September gegen die Abgeordneten Genossen Vorchardt und Veinert von der Strafkammer gefällte Urteil liegt jetzt vor.

Ein wichtiges Wort meint, die schriftliche Begründung enthalte die Entschuldigungsgründe für das mündlich verkündete fehsame Urteil. Die Entschuldigungsgründe des uns vorliegenden Urteils sind trotz ihrer außerordentlichen Weitschichtigkeit — das Urteil umfaßt 37 Seiten — recht mager und völlig ungenügend.

Der Inhalt der Begründung geht kurz zusammengefaßt dahin: Die Frage, ob der Hausknechtsparagraf in der Geschäftsordnung der preussischen Duma — der dem Präsidenten das Recht gibt, im Falle besonders grober, der Würde des Hauses schädigender Verletzung der Ordnung für den Rest des Tages einen Abgeordneten von der Sitzung auszuschließen und seinen Wiedereintritt zu verhindern — zu Recht besteht, sei aus folgenden Gründen zu bejahen. Allerdings gemäß dem Verfassung und insbesondere § 78 derselben dem Abgeordneten sein Mitgliedsrecht. Aber die zeitweilige Ausschließung, wie sie der berichtigte § 64 der Geschäftsordnung vorsehe, lasse das Mitgliedschaftsrecht ja unberührt, er — schränke nur die Ausübung desselben für gewisse Zeit ein. Daß diese Behauptung im Gegensatz zu dem Rechtsgrund steht: wenn die Gesetze ein Recht geben, geben ihm auch die Mittel, das Recht auszuüben, fñhlt das Gericht und fügt deshalb besondere Gründe an, die das Ausschließungsrecht rechtfertigen sollen. Es übertrage die Verfassung selbst dem Abgeordneten die „Regelung seines Geschäftsganges und seiner Disziplin“ durch eine Geschäftsordnung. Rñthin habe das Haus auch das Recht, die Entfernung eines Abgeordneten durch die Geschäftsordnung im Interesse des Geschäftsganges und der Disziplin zuzulassen. Aber! aber! Dem regelrechten Geschäftsgang gehört ja gerade die Möglichkeit der Anwesenheit aller Abgeordneten, und ein Disziplinarmittel ist begrifflich stets nur ein Mittel, jemanden zur Pflicht anzuhalten: also z. B. einem schwöngenden Abgeordneten zum Einnehmen seines Sitzes anzuhalten, nicht umgekehrt einen Abgeordneten an der Erfüllung seiner Pflicht zu hindern, den sich einzunehmen. Doch, was findet sich nicht alles an Entschuldigungsgründen. Das Urteil meint, eine solche Entfernung erweise sich auch als „praktisch notwendig“, um die Geschäfte des Hauses wahrzunehmen. Zunächst ist doch noch nicht Gesetz, was irgend jemand für „praktisch notwendig“ hält. Hält man entgegen dem klaren Verfassungsinhalt dies etwa für praktisch notwendig, so mag die Verfassung geändert werden. Aber solange sie der praktischen Notwendigkeit widerspricht, ist das vermeintlich praktische Notwendige eben nicht Gesetz. Und ist in der Tat der Hauswurf „praktisch notwendig“? Das Urteil hñtet sich, auszusprechen, daß die Polizeibñttelei im Falle Vorchardt „praktisch notwendig“ war. Ist es der Ueberzeugung, eine Versammlung erwachsener Männer lasse sich ohne das Recht zum Hinauswerfen eines oder mehrerer der Mitglieder nicht abhalten, dies Recht „praktisch notwendig“, so gilt die Auffassung des Gerichts für alle Versammlungen, z. B. auch für den Bundesrat und für das Reichstag. Glauben die Urteilsrichter in der Tat, es sei „praktisch notwendig“, daß der Reichskanzler das Recht habe, etwa die bayerischen oder sächsischen Bundesratsabgeordneten rauszumerfen, oder daß ein Gerichtsdirektor das Recht habe, einen seiner Kollegen aus dem Beratungszimmer zu weisen? Nein, „praktisch notwendig“ ins brave Deutsch ùbersetzt, heißt: eine solche Vorschrift erscheint zweckmäßig, um die Vertreter des Volkes, die Sozialdemokraten, mundtot zu machen.

Das Urteil beruft sich zur Unterstñtzung seiner Ansicht auf einen Kommissionsbericht des Landtags von 1849. Danach sei in der Kommission einstimmig die Ansicht vertreten gewesen, in der Disziplinargewalt der Kammer liege eine vorübergehende Exkursion eines Abgeordneten. Dieser schon vom Oberstaatsanwalt in der mündlichen Verhandlung angezogene Hergang be-

weist aber nichts, weil er in der Verfassung selbst keinen Ausdruck gefunden hat, diese vielmehr in hartem Widerspruch zu der Ansicht der Kommissionsmitglieder steht.

Mit keinem Wort erwñhnen die Urteilsgründe die von der Verteilung angeführten Darlegungen in dem Urteil, das das österreichische Reichsgericht in einem ähnlichen Fall unter dem Vorsitz des berühmten Juristen Inger fällte. Dort heißt es klar und bestimmt: „Jeder mit dem Wahlzertifikat versehene Abgeordnete hat sich und Stimme im Hause, solange das Haus die Wahl nicht für ungültig erklärt. Der Kläger war daher als Abgeordneter zu sich und Stimme im Abgeordnetenhaus bezogen. Im Reichstag bei seiner Anwesenheit berechtigt und verpflichtet.“

Gespannt war man auf die Darlegung in den Gründen, weshalb im Fall Vorchardt „eine besonders grobe, die Würde des Hauses schädigende Weise“ Verletzung der Ordnung gelegen habe. Eine Beweisaufnahme über den Vorfall hatte stattgefunden und hatte unzweifelhaft dargelegt, daß diese Voraussetzung zur Entfernung eines Abgeordneten nach § 64 der Geschäftsordnung nicht vorlag. Was sagt nun das Gericht hierüber? Es drñkt sich um die Frage mit der Bemerkung „ob das Verhalten tatsächlich ein derartiges war, daß es im Sinne des § 64 in besonders grober, die Würde des Hauses schädigender Weise die Ordnung verletzte, hatte das Gericht nicht nachzuprüfen. Die Entscheidung hierüber liegt lediglich dem Ermessen des Präsidenten ob.“ Für eine Rechtfertigung des willkürlichen Verhaltens des Präsidenten vermochte das Gericht also nicht einmal Scheinentschuldigungsgründe herauszufinden.

Wie findet sich das Gericht mit den §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuchs ab, die die gewaltsame Hinderung eines Abgeordneten mit Zuchthaus bedrohen? Nichtig, meint es, sei, daß alle objektiven Tatbestandsmerkmale dieser Paragrafen vorgelegen haben. Aber es liege der Strafausschließungsgrund vor, daß der Präsident als Vertreter der Versammlung berechtigt war, die Entfernung zu verlangen. Also: die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuchs bedrohen unzweifelhaft die gewaltsame Entfernung eines Abgeordneten oder die gewaltsame Hinderung eines solchen an der gesetzgebenden Versammlung teilzunehmen, mit Zuchthausstrafe und Konfiszierung hierdurch den Reichsgerichtsgrundsatz, daß niemand einen Abgeordneten an der Teilnahme an der Sitzung hindern darf. Reichsrecht geht vor Landesrecht, sagt die Reichsverfassung. Aber wie kann man die Reichsverfassung respektieren, wenn man die gewaltsame Entfernung billigen will?

Um die Maßnahmen der Polizei zu rechtmäßigen zu machen, avanciert der Polizeileutnant Kolb im Gegensatz zur Kabinettsorder von 1890 und im Gegensatz zur Rechtsprechung des Reichsgerichts zu einer Behörde. Seine Ausführung des rechtswidrigen präsidialen Erlasses wird zu einer polizeilichen „Anordnung“ gemacht und der Polizei eine nach weit über den berñhmten Polizeiparagrafen des Allgemeinen Landrechts hinausgehende Befugnis zugesprochen.

Vorchardt handelte in der zutreffenden Ueberzeugung, er habe ein Recht im Saal zu sein, die Verletzung dieses Rechts sei ein Verbrechen. Dieser Ueberzeugung hat er auch, wie das Urteil erwähnt, gegenüber dem Präsidenten und dem Leutnant Ausdruck gegeben. Er hatte also im Bewußtsein seines Rechts gehandelt. Wie soll das das an einer Verurteilung erforderliche Bewußtsein der Rechtswidrigkeit konstruiert werden? Da muß der Eventualdolus in einer kñstlichen Weise herbeigefñhrt werden. Vorchardt, heißt es, habe mit der Möglichkeit gerechnet und rechnen müssen, daß seine Rechtsaufstellung falsch, sein Verweilen im Saale also rechtswidrig war. Trñfft diese Auffassung über einen Eventualdolus zu, so müßten ja alle Strafrichter ständig im Gefängnis sitzen. Denn sie alle wissen, daß sie sich irren können und den Angeklagten zu Unrecht verurteilen haben. Die türkischen Kadi sehen deshalb unter ihr Urteil stets ein „Allah weiß es besser“. Dennoch verurteilen sie Unschuldige stets mit dem Eventualdolus.

Um die Verurteilung Veinerts zu rechtfertigen, konstruiert das Gericht eine Hilfspflicht des Abgeordneten gegenüber Anordnungen der Polizei. Dieser Stern am juristischen Begriffshimmel des

Entschuldigungsdokuments wirkt durch seine Ursomit verhöhnd.

Bürger hätten die Urteilsgründe etwa so lauten können: Vorchardt hat seine Pflicht, an der Sitzung teilzunehmen, ausüben wollen. Das bejahte dem Präsidenten nicht. Deshalb ist Vorchardt strafbar. Veinert hat trotz Aufforderung des Polizeileutnants nicht dazu beitragen wollen, seinen Kollegen an seiner Pflichterfüllung zu hindern. Auch das muß bestraft werden. Denn lämen wir nicht zu diesem Ergebnis, so müßten wir den Präsidenten und den Polizeileutnant für strafbar erklären.

Wird das Reichsgericht den Gründen des österreichischen Reichsgerichts oder diesen Entschuldigungsgründen folgen, die in ihrer Konsequenz jede Gewalttat gegen die Rechte des Volkes justifizieren?

Soziales.

Ein Genossenschaftstag unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Am 25. November soll in Hamburg ein außerordentlicher Genossenschaftstag stattfinden. Die Beratungsgegenstände sind recht wichtige. Sie betreffen organisatorische Fragen von weittragender Bedeutung. Die Satzungen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sollen erheblich verändert, eine Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung errichtet und die „Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Cie.“ von der neu zu gründenden Gesellschaft übernommen werden. Mit diesen Plänen in Zusammenhang stehen Festsetzungen von Beiträgen zu den Kosten des Zentralverbandes und die Wahl von Vorstandsmitgliedern.

Unserem Berichterstatter ist vom Zentralverband deutscher Konsumvereine mitgeteilt, daß „zu der Tagung die Presse nicht zugelassen“ wird. Und weshalb? Weil der Genossenschaftstag „rein geschäftliche Angelegenheiten des Zentralverbandes und der Verlagsgesellschaft behandelt, die für die Öffentlichkeit kein Interesse haben.“

Eine fadenscheinigere Begründung für die Ungeheuerlichkeit des Ausschlusses der Öffentlichkeit für eine Tagung, die der modernen Arbeiterbewegung dienen soll, kann schwerlich gefunden werden. Liegen Dinge vor, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben? Plant man etwa, die demokratische Organisation der Konsumvereine in eine antidemokratische, von einem Kñngel beherrschte Organisation umzuwandeln? Oder was liegt sonst vor, das die Kontrolle durch die Öffentlichkeit und durch die in den Konsumvereinen organisierten Genossen zu scheuen hat? „Geschäftliche Angelegenheiten.“ Sind nicht alle Angelegenheiten der Konsumvereine „geschäftliche Angelegenheiten“? Wir bedauern lebhaft, daß ein Ausschluss der Öffentlichkeit geplant ist, und erwarten vom Genossenschaftstag, daß er die Aufhebung des Ausschlusses der Öffentlichkeit anordnet und Vorkehrungen trifft, daß auch tatsächlich die Presse an den freilich dann zu verlegenden Verhandlungen teilnimmt. Eine Arbeiterorganisation darf sich nicht vor der Öffentlichkeit scheuen. Bis in den kleinsten Winkel hinein müssen und können ihre Handlungen öffentlich beleuchtet werden. Der Ausschluss der Öffentlichkeit vom Genossenschaftstage ùbersteigt bei weitem alles, was auf dem Gebiete des Ausschlusses der Öffentlichkeit wegen „Gefährdung der Staatsinteressen“ von bürgerlichen Bureaufakten gefñhrt ist.

Der Ausschluss der Öffentlichkeit ist gerade bei dieser Tagung um so verwerflicher, als die Arbeiter ein Recht haben, endlich klaren Wein über das Geschäftsgebaren der Firma „Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann u. Cie.“ zu erhalten. Diese Firma gehört nämlich, nach uns gewordenen absolut zuverlässigen Informationen, dem Deutschen Buchdruckerverein (Prinzipalverein) an. Und das, wiewohl dieser Verein einen „Fonds für besondere Zwecke“, das heißt einen Fonds zur Bekämpfung der Arbeiter und des Rechts der Arbeiter auf Streik, gebildet hat. Zu diesem Fonds hat jedes Mitglied

Form des Tanzes, die anmutige Natürlichkeit und weiter nichts als Schönheit der bewegten Form erstrahlt, wechselt mit der hohen Schule der Weintriller, der steifen Stelzler auf den Fußspitzen usw. Aber alles hat doch Rhythmus und Leichtigkeit. Am Donnerstag gab es bei Kroll ein neues Märchenballett „Der Feuervogel“ von R. Joffe mit einer farbenprächtigen, in Klängeffekten schwebender Musik von J. Stravinsky. Das Ganze trug in Dekoration, Handlung, Musik den einheitlichen Charakter des Zauberhaft-Phantastischen und verlegte wirklich in selbstame Märchenstimmung. Ueber dem bravourhaft vollendeten Tanze der Karfaria und ihres Partners Wolim sah man liebliche Weigen und wilde Dregien tollender Tanzbeseffenseit. Die bösen Mächte waren so bizarr und grotesk gestaltet, daß man in den Traumgefilben von „Tausend und einer Nacht“ zu weilen glaubte. Da der Haupttänzer Rjinsky erkrankt war, wurden zwei hier bekannte Balletts wiederholt: die raffigen Solowey Tånze, die ethnologisch-interessante Vorbilder mit prachtvollem Schwung benutzen, und die mehr ins Ausstattungsgenre gehörende Alcopatra.

Notizen.

— Ein Kirchenverbot. Wir haben alle möglichen Verbote, aber diese Art Kirchenverbot, die dem Christendrama des Pfarres Rithard-Stahn widerfuhr, hat den Vorzug der Neuheit. Dieses Drama sollte in der Berliner „Neuen Kirche“ vorgelesen werden. Der Gemeindevorstand hatte bereits im Einverständnis mit den Geistlichen der Kirche seine Genehmigung dazu erteilt. In zwölfter Stunde kam aber ein Verbot des Konsistoriums der Provinz Brandenburg, das diese Vorlesung untersagt, weil sie als Vortrag in einer Kirche ungeeignet sei. Selbstverständlich! Denn die Kirche ist ein Instrument, das den Zwecken der herrschenden Orthodogrie zu dienen hat.

— Prof. Heinrich Herzer soll als Nachfolger Schmöllers, der wegen hohen Alters die Sozialphilosophie des Einzelnen — Andererseits nicht länger lehren will, an die Berliner Universität kommen. Herzer, der mit einer guten und mutigen deskriptiven Arbeit über die obersteifische Baumstoffindustrie seine wissenschaftliche Laufbahn begann, hat in den ersten Anfängen seiner „Arbeiterfrage“ Anläufe zu einer freieren Auffassung der Sozialpolitik gemacht, ohne freilich zu einem tieferen Verständnis des Sozialismus durchzudringen. Später ist er dann in das National-laster deutscher Professoren, der Materialanhäufung und der Selbstverwässerung, verfallen.

— Eine neuartige Eisbahn ist nach der „Umschau“ in Düsseldorf gebaut worden. Zur Herstellung des glatten Bodens wird eine bestimmte Gemische Masse verwendet, die erwärmt, in flüssigem Zustande auf glatten Steinboden in einer Dicke von 1 Zentimeter gegossen wird. Nach dem Erkalten bildet sie eine vollkommen glatte, von Naturis kann zu unterschiedende Fläche. Die Benutzung dieser künstlichen Eisbahn ist bei jeder Temperatur möglich.

Kleines feuilleton.

Waffentechnik und Kriegssopfer. Die Waffentechnik liefert ständig verbesserte, schneller feuernde Feuerwaffen von immer größerer Tragweite. Wegen die gesteigerte Waffengewalt erkunnt die Technik neue Schutzmittel und die Taktik neue Geschichtsformationen. Die Verluste der früheren und jetzigen Schlachten des letzten Jahrhunderts sind daher annähernd dieselben durchführbar. So verlor das deutsche 3. Korps am 18. August 1870 25 Proz., das 10. Korps am gleichen Tage 16 Proz., das Gardekorps am 18. August 23 Proz. der Effektivestärke. Die gleichen Verluste erlitten russische Korps im letzten japanischen Kriege. So verlor das erste sibirische Korps bei Sandepu 23, bei Liaojang 16 Proz., das dritte sibirische Korps bei Wusien 23 Proz. der Gefechtsstärke.

Die bedeutendsten Verluste erleidet naturgemäß die Infanterie, die die Hauptlast des Kampfes trägt. Dafür sind es aber auch die Infanteriegeschosse, die wiederum die meisten Verluste herbeubringen. Im französischen Kriege verloren die deutschen Truppen 90 Proz. aller Abgänge durch Gewehrfeuer, 8 Proz. durch Artilleriefeuer und 2 Proz. durch die Handwaffe. Französischerseits verlor sich das Verhältnis etwas durch unsere bessere Artilleriewirkung und durch das dem Zündnadel-überlegene Chassepotgewehr. Im russisch-japanischen Kriege betragen die Verluste der Russen durch Infanteriefeuer 78, durch Artillerie 20 und durch Handwaffen 2 Proz. Die Resultate waren für die Statistik infomeren interessant, als sich bei diesen Kriegen zum ersten Male die Wirkung moderner Gewehre auf den menschlichen Körper genau nachprüfen ließ. Das ellu Meinfelbrige Gewehr der Japaner hat seine Kriegstauglichkeit nicht erwiesen; denn die verursachten Wunden waren nicht gefährlich genug: 10 bis 33 Proz. der Verwundeten konnten noch während des Feldzuges wieder geheilt zur Truppe abgehen.

Der Wundschmerz, der durch ein Meinfelbriges Gewehr verursacht wird, soll im ersten Moment kaum fñhlsbar sein und von den meisten nur als leichter Schlag empfunden werden. Nur wenn große Wunden entstanden sind, tritt sofortige Schmerzempfindung auf. Anders ist es natürlich bei Querschlägern, die dadurch entstehen, daß das Geschöß die Richtung der Seelenoge verliert oder vom Boden abprallend den Körper trifft. Diese Wunden sind die gefährlichsten und schmerzhaftesten, denn das Projektil bleibt im Körper stecken und zerstört oft lebenswichtige Organe oder Adern, ähnlich wie Artilleriegeschosse. Auf weite und mittlere Entfernungen sind Ein- und Auswurf kaum zu unterscheiden: sie sehen aus, als hätte man mit einem dünnen Bleistift ein Loch gestochen. Anders auf nahe Entfernungen; hier ist der Auswurf trichterförmig erweitert, besonders wenn wasserige Teile, wie Hirn, Nase oder große Blutgefäße, getroffen sind.

Das Gesamtergebnis der Statistik ergab auf 100 Getroffene 15 Tote und 3 später in den Lazareten Gestorbene. Bei Nahkämpfen war die Zahl der Toten im Verhältnis größer als beim Fernkampf. Im Jahre 1870 waren diese Zahlenverhältnisse infomeren ungünstiger, als weit mehr Leute in den Lazareten verstarben,

da die Kriegschirurgie damals noch nicht auf der heutigen Höhe stand. Von den Verlusten der Türken und Balkanstaaten verläutet bis jetzt infolge der unfñhigen Zensur noch gar nichts Gewisses. Es ist daher noch nicht festzustellen, ob die Verhältniszahlen sich ungefähr im gleichen Rahmen halten.

Theater.

Theater Groß-Berlin (am Zoo). Wichtig, so fing der „Hummel an: währenddem jemand, als Pritus - August kostümiert, vor die Kampe trat, um in wohlgestelzten Versen zu prologem, trñhten hinterm Vorhang mindestens eine halbe Duzend leidhaftiger Söhne. Alferik! Kultur! Kultur! Einige darunter erwiesen sich als stimmbegabte Caruso; andere machten Treffungen; noch andere grñhlten wie Schusterbäffe. Die Hühnerfamilie produzierte sich hernach in Alkoholistischen, ohne gewürdigt zu werden. Der Saal ist eben viel zu groß für solche Mimaturkñstler; fern Sitzende sehen nichts, wie sehr sie die Hñlle reden, und hören nichts, ob sie auch noch so krampfhaft die Löffel spigen. Aber Varieteeinnehmer zwei brachte die Hurra- und Progenpatrioten von ganz W.-W.-Berlin in Bewegung. „Der Krieg: Schlachtenbilder vom Balkan“, hieß die Chose. Es ist wahr: diese Orceustruppen waren „schön“ theatremäßig gestellt und bengalisch hellleucht; dazu intonierte die Kapelle alle gangbaren Militärsmusiken balantischer Vaterländer.

Doch zum zweiten Teil des Programms: „So hummeln wir...“ Es wäre ganz unsonst gewesen, zu erwarten, daß den Zeit- und Musikverfallern Kadelburg-Weipziger-Gilbert was Neues eingefallen wäre. Bewahre! Sie machten fleißig Anleihen bei sich selber und überließen im übrigen den Firmen Gerson, Diez und Co weiter die schöne Gelegenheit zu einer Vorfñhrung ihrer allerneuesten Damenmoden. Wer Augen für durchscheinende Schleiergewänder, dekorierte Ober- und Unter-gestelle hat, der komme und sehe! Auch sonst im Raume herrschte Halbaktualismus und Toilettenluxus vor. Die „Gesellschaft“ vom Kurfürstendam, von der Kant- und Lauenhagenstraße „hummet“ hier, weniger, um zu sehen, als gesehen zu werden... In den Korridoren lagen mächtige Stapel kostbarsten Vorbeers- und Blumengemisches, das bei weitem nicht Platz fand auf der Bühne. Fast jeder der Mitwirkenden schenkte sich davon sein Teil oder ließ es sich schenken. Mit Fritz! Bahary, Dag Ballenberg, Karl Bachmann und diversen solistischen Ballettenselbenden wurde natürlich auch das Verfassertrio gerufen — mit einer Gtaste, die an verrückt grenzte.

Das russische Ballett, das sich seit Jahren in Berlin zu zeigen pflegt, ist wieder zu einem Gastspiel bei und eingelehrt. Die Künstler schwärmen dafür und sind entzñdt davon, daß hier der alte Glanz der Ballettröckchen und die allmählich verfeßerte Zuckerkabotage durch geschmackvollere ersetzt ist. In der Tat sind die Russen in der Inszenierung im Kostüm, in der ganzen Aufmachung Reister, die veränderter dem modernen Farbenempfinden gerecht werden und zeigen, daß eine künstlerisch abgemessene Ausstellung auch im Ballett möglich ist. Die Reform der Tänze ist freilich weniger resolut. Hier ist es vorläufig nur zu einem Kompromiß gekommen: die freiere

des Deutschen Buchdruckervereins für jede Woche und für den Kopf jedes von ihm beschäftigten Arbeiters 10 Pfennige abzuführen. Diesen Antistreibfonds speist die Verlagsgesellschaft Heinrich Kaufmann u. Cie.

Und da mutet man den Konsumvereinen zu, diese Verlagsanstalt zu unterstützen und gar auf eigene Rechnung zu übernehmen! Man mutet den Arbeitern zu, daß ihr sauer erpartes Geld durch Beschlüsse, die hinter verschlossenen Türen gefaßt werden sollen, einem Fonds zur Bekämpfung der Arbeiter und ihrer gesetzlichen Rechte auf Besserung ihrer Lage zugeführt wird? Das ist denn doch eine Zumutung, die die der allergrößten Scharfmacher übersteigt. Alljährlich werden von jedem Konsumverein große Summen für die in der Kaufmannischen Offizin hergestellten Druckfachen verausgabt. Ohne die Unterstützung durch die Arbeiterkonsumvereine viele die Kaufmannische Firma zusammen. Und dennoch führt die Firma Gelder zur Bekämpfung der Arbeiter und ihres Menschenrechts ab. Kann es einen ärgeren Widerspruch geben? Die Kaufmannische Heberneutralität treibt nette Blüten, die vor der Öffentlichkeit zu verhüllen freilich Anlaß für den vorliegenden Fall, der die Empfindungen der Arbeiter zu fürchten hat. Die Konsumvereine sollten, solange diese Unterstützung der Scharfmacherei durch die Kaufmannische Offizin besteht, mit ihr jede Beziehung abbrechen, Rechnungen über die zum Antistreibfonds gezahlten Gelder und Rückzahlung der Gelder verlangen. Das zu tun ist Pflicht auch der Teilnehmer an dem außerordentlichen Genossenschaftstag. Die sozialistisch fühlenden Mitglieder der Konsumvereine sollten ein wachsameres Auge darauf haben, daß die demokratische Organisation nicht von einer kleinen Gruppe überrannt wird, die glaubt als Oberbormund der Arbeiter sich aufstun zu können. Laugungen, bei denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist, verdienen kein Vertrauen. Der kommende Genossenschaftstag erweckt durch den Ausschluß der Öffentlichkeit und durch den von uns angeführten Punkt das allerbegründetste Mißtrauen.

Gerichts-Zeitung.

Ueber einen Akt der Polizeivöllerei

wurde gestern vor dem Bezirksausfchuh Berlin verhandelt. Der Händler Kaufinger hatte beim Berliner Polizeipräsidenten beantragt, ihn für das Jahr 1912 den Wandergewerbeschein zu erteilen. Der Polizeipräsident lehnte jedoch dies ab mit der Begründung, der Händler habe keinen festen Wohnsitz in Berlin, obwohl er seit circa sechs Jahren in Berlin in verschiedenen Wohnungen gewohnt hat und auch stets ordnungsmäßig polizeilich gemeldet war. Zur Begründung seiner sonderbaren Ansicht gibt der Polizeipräsident an, daß der Kläger Bienenzucht sei und mit einem Bienenwagen im Lande herumziehe. Außerdem habe er — zu wenige Möbel, nur die allernotwendigsten. Ueber diese Behauptungen hat eine umfangreiche Beweisaufnahme stattgefunden. Der Vertreter des Klägers, H. A. Dr. Th. Lieblschütz, beantragte, den Polizeipräsidenten zur Erteilung des Wandergewerbescheines zu verurteilen. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Bienenwagen stets verschlossen auf dem Hofe gestanden habe und daß der Kläger nur im Sommer einmal ein paar Tage mit dem Wagen fortgezogen sei. Das sei jedoch kein Beweis dafür, daß der Kläger keinen festen Wohnsitz habe oder ihn dadurch etwa verloren habe. Mehrere Zeugen haben bekundet, daß der Kläger seit etwa vier Jahren in Berlin und Umgegend sein Geschäft betrieben habe. Die Wohnungseinrichtung habe überhaupt nichts mit dem festen Wohnsitz zu tun, trotzdem sei aber die Behauptung, er hätte nur die allernotwendigsten Möbel, unrichtig. Der Kläger hat sich seinerzeit allerdings nur wenige Möbelstücke angeschafft, weil es keine Mittel nicht anders erlaubten. Er hat aber stets, sobald er etwas erübrigen konnte, sich weitere Möbel angeschafft. Der Bezirksausfchuh trat der Auffassung des Klägers bei und verurteilte den Polizeipräsidenten zur Erteilung des Wandergewerbescheines für 1912.

Heute, wo der November bald zu Ende geht, wird der Kläger mit dem Wandergewerbeschein für 1912 nicht mehr viel anfangen können. Es bleibt ihm kaum mehr als eine Schadenersatzklage wegen des durch die verweigerte Ausstellung erlittenen Schadens.

Ein beleidigter Fabrikdirektor.

Ein Jahr Gefängnis wegen Beleidigung eines Fabrikdirektors beantragte vor dem Landgericht in Görlitz der Staatsanwalt gegen den Genossen Arns Reichard aus Weishwasser. Im August 1911 hatten in Weishwasser Gemeinderatswahlen stattgefunden. Der Direktor der Vereinigten Lausitzer Glaswerke, Krebs, hatte vorher in öffentlicher Versammlung den Vertrauensmann der Glasarbeiter einen „Salz“ und „Trauerloch“ geschimpft und vor der Fabrik waren sozialdemokratische Flugblattverteiler mit

Naude begossen und aus Schandstreifen bespritzt worden. In einer Gemeindevollversammlung hatte nun Reichard diese Tatsachen kritisiert und gleichzeitig über den brutalen Terrorismus gesprochen, der in den vereinigten Lausitzer Glaswerken den organisierten Arbeitern gegenüber geübt wird. Bei dieser Gelegenheit hatte er die Bestimmung und den Charakter des Generaldirektors mit derben Ausdrücken gezeichnet. Vor dem Schöffengericht in Weishwasser war Reichard deshalb zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden, während der Generaldirektor Krebs für seine Beschimpfungen des Glasarbeitervertrauensmannes mit — 10 M. Geldstrafe davon kam.

Wegen das Urteil hatte Genosse Reichard und der Staatsanwalt Berufung eingelegt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß sich der Generaldirektor die Beschimpfungen zuschulden kommen ließ. Es wurde von ihm auch zugegeben, daß er einen alten Arbeiter gemahregelt, weil sein Sohn Sozialdemokrat ist, einen anderen, weil seine Frau Austrägerin der „Görlitzer Volkszeitung“ war und andere Arbeiter zum Austritt aus dem Glasarbeiterverbande und sogar aus dem Konsumverein veranlaßt hatte. Dennoch beantragte der Staatsanwalt die horrenden Strafe von einem Jahre Gefängnis mit Rücksicht auf 9 Beleidigungsvorfälle, deren schwersten 16 und 17 Jahre zurüdliegen und die sich Reichard als verantwortlicher Redakteur eines Parteiblattes zuzug. Der Staatsanwalt vertieg sich sogar dazu, den Genossen Reichard als gewerbmäßigen Ehrabschneider zu bezeichnen, obgleich die schriftliche Begründung des erstinstanzlichen Urteils ausdrücklich sagte, daß er nicht als gewerbmäßiger Ehrabschneider gelten könne, da die Vorstrafen im heißen politischen Kampf erfolgt seien. Der Staatsanwalt mußte sich auch schließlich dazu bequemen, die Beschimpfung des Angeklagten in öffentlicher Verhandlung zurückzunehmen. Das Gericht verwarf die Berufung des Staatsanwaltes, aber auch die des Angeklagten, so daß es bei den 3 Monaten Gefängnis bleibt.

Der Ruf der Vereinigten Glaswerke dürfte sich durch die gerichtlichen Feststellungen nicht gehoben haben.

Folgen einer Schülermißhandlung.

Die Erinnerung an einen vor mehreren Jahren verhandelten Prozeß wegen einer Schülermißhandlung, der sich gegen den Gymnasiallehrer Prof. Dr. Walter Willemsweber richtete, ist durch eine Verhandlung wieder aufgerollt, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Vahr die 1. Strafkammer des Landgerichts III bestrafte.

Wegen einer großen Anzahl verschiedener Betrügereien war der 23-jährige Kaufmann Julius Breez aus Charlottenburg angeklagt. Der bisher unbestrafte Angeklagte wurde beschuldigt, in zahlreichen Fällen sich Bücher und Musikinstrumente auf Abzahlung verschafft und dann sofort wieder veräußert oder verkauft zu haben. So hatte er u. a. von der Firma Rudolf Joch u. Sohn vier Klaviere zum Preise von 3650 M. entnommen und sodann weiter veräußert.

Der Angeklagte machte vor Gericht ein direkt kindisches Einverständnis, der, wie behauptet wird, die Folge einer Mißhandlung ist, die er als Schüler erlitten hat. Von Rechtsanwalt Alfred Ballin wurde der Antrag gestellt, den Angeklagten erst auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Angeklagte sei auf der Schule von dem jetzigen Direktor Prof. Dr. Walter Willemsweber durch Schläge auf den Kopf mißhandelt worden, so daß ihm das Blut aus Mund und Nase geflossen sei. Prof. Willemsweber sei damals zwar freigesprochen worden, da das Gericht angenommen habe, daß eine Ueberstreichung des Büchertisches nicht stattgefunden habe. Die damalige Annahme des Gerichts, daß dem mißhandelten Knaben gesundheitsschädliche Folgen nicht enthanden seien, sei, wie die spätere Zeit gezeigt habe, nicht zutreffend gewesen. Denn der Angeklagte, der früher ein aufgeweckter Junge war, habe nach jenen Schlägen viel über Kopfschmerzen geklagt und habe stundenlang vor sich hingestarrt und Selbstgespräche geführt. Offenbar sei dieser Zustand eine Folge jener Schläge, durch welche namentlich ein Gehirnschaden zum Ausdruck gekommen sei. Da der dringende Verdacht vorliege, daß der Angeklagte die ihm jetzt zur Last gelegten Straftaten in einem Zustande geistiger Verwirrtheit begangen habe, sei eine Beobachtung unbedingt notwendig. — Das Gericht gab diesem Antrage statt. Der Angeklagte soll dementsprechend erst auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Wenn endlich wird jeder Schlag gegen den Kopf eines Kindes als strafbare Mißhandlung anerkannt werden? Wer zu solchen Schlägen als Erziehungsmittel greift, ist unfähig zu erziehen und kann, insbesondere wenn der Schlag in Aufregung erfolgt, das Glück eines Menschenlebens vernichten.

Naub gegen einen Provinzialen.

Ein Gewalttätiger gegen einen eben erst nach Berlin gekommenen Provinzialen lag einer Anklage wegen Strafenraubes zugrunde, die gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts I verhandelt wurde. Die Anklage richtete sich gegen den 30-jährigen, noch unbestraften Arbeiter Willy Krudt und den schon mehrfach vorbestraften 21-jährigen Schlosser Willy Kemlich.

Am 3. August abends traf der Meister Röhlig auf dem Anhalter Bahnhof ein, um Stellung zu suchen. Sein Gepäck gab er auf der Aufbewahrungsstelle am Potsdamer Bahnhof ab und steckte den Gepäckhinterlegungschein in die Tasche. Er begleitete einen anderen Meister nach dem Steffiner Bahnhof und wollte wegen der vorgerückten Stunde nicht zu Bett gehen. Er hummelte die Straßen entlang und gelangte gegen 4 Uhr auch in die Eßener Straße. Dort kam er an einer Gruppe dort stehender junger Männer vorbei. Aus dieser Gruppe lösten sich die beiden Angeklagten los und gingen auf Röhlig zu, der stehen bleiben mußte, weil ihm der Weg verriet. Krudt forderte ihn auf, zusammen mit ihnen ein Glas Bier zu trinken. Röhlig lehnte dies ab. Dann fragte ihn Krudt aus, ob er Gepäck und einen Schein darüber habe; er wollte ihm das Gepäck vom Bahnhof holen. Dem R. kam diese Liebenswürdigkeit doch verdächtig vor und er hielt es für ratsam, den Gepäckhinterlegungschein aus der Tasche zu nehmen und in der geschlossenen Hand zu halten. Röhlig umschaltete der Angeklagte Kemlich den R. von hinten, so daß dieser wie in einem Schraubstock saß und sich nicht rühren konnte. Krudt bog dann dem R. mit Gewalt die Finger auseinander und entriß den völlig perplex dastehenden R. den Gepäckhinterlegungschein. Beide Angeklagte stürmten davon. Sie wurden bei dem Verzuge, am Potsdamer Bahnhof auf den geraubten Schein das Gepäck abzugeben, verhaftet. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten des Strafenraubes unter Jubelung widerlicher Umstände schuldig. Das Gericht verhängte sehr milde Strafen. Es verurteilte Krudt zu 2 Monaten, Kemlich zu 3 Monaten Gefängnis und je 5 Jahren Ehrverlust. Beiden Angeklagten wurde je 1 Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Ein netter Jugenderzieher.

Vor der Strafkammer in Stolp stand der 25 Jahre alte Lehrer Max Schenk aus H. Bomeiste, der sich wegen Sittlichkeitsverbrechen zu verantworten hatte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Sie endete mit Verurteilung des Angeklagten zu 5 Jahren Gefängnis, weil er an 7 schulpflichtigen Mädchen im Alter von 8 bis 11 Jahren unzüchtige Handlungen, vorgenommen hatte. Als Kronmüßler wurde eine krankhafte sexuelle Veranlagung des Lehrers berücksichtigt.

Der Leutnant und seine Brillantenklippe.

Der noch jugendliche Leutnant Herbert Mehl vom Königsberger Infanterieregiment lebte als Offizier weit über seine Verhältnisse. Er wohnte hochlegant, hielt sich Rennpferde, reiste oft nach Berlin und knüpfte dort mit einer „Acquaintin“, genannt die Brillantenklippe, ein ganzes Verhältnis an. Als seine Schuldlast die Höhe von etwa 40 000 M. erreicht hatte, mußte er als Zweilundzwanzigjähriger die Offizierslaufbahn quittieren. Er wurde dann „Journalist“, verschaffte sich bei der Deutschen Bank in Potsdam durch Einzahlung von 100 M. ein Scheckbuch und beging dann damit Verirrungen und Urkundenfälschungen. Zunächst reiste er mit Lilli nach Magdeburg, legte dort eine Dragonerleutnantsuniform an und kaufte in zwei Juwelengeschäften ein Halsband für 1380 M. und ein Paar Ohringe für 780 M. In beiden Geschäften zahlte er mit Schecks, die er mit „Graf Verhuysen“ unterzeichnete. Dann kam er nach Halle o. S. und erschwindelte dort in derselben Weise für Lilli in einem Juwelergeschäft als „Graf V. H.“ einen Ring im Preise von 1060 M. Nach seiner Festnahme boten seine Verwandten alles mögliche auf, um den Gefallenen als unzurechnungsfähig erscheinen zu lassen. Die vor der Halleischen Strafkammer ausgetretenen drei Ärzte konnten als Begutachter aber nur bekunden, daß der Angeklagte nur stark geistig minderwertig ist. Mehl wurde zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Beantragt war ein Jahr.

Briefkasten der Redaktion.

H. B. 30. 1. Der Verfasser kann frei verfügen. 2. Das genügt, falls mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehen. — H. B. 31. — G. N. 1889. Ja — H. B. 100. Die Frage unterliegt der Landesgesetzgebung und der ortspolizeilichen Regelung. Sie müssen sich dann an dem in Frage kommenden sachlichen Ort erkundigen. — H. B. 999. 1. Weibchen Sie unter Angabe Ihrer Personalien und Ihrer Religionszugehörigkeit Ihre Absicht beim Amtsgericht Berlin-Mitte an. Sie erhalten dann eine Bescheinigung, welcher Sie Folge leisten müssen. Wird Ihnen eine solche nichtgestellt, so können Sie den Austritt aus der Landesbestirzung zu Protokoll des Gerichts nach Ablauf von vier Wochen vom Tage des Eintrags der Anmeldung ab gerechnet, jedoch spätestens innerhalb sechs Wochen, abgeben. Erfolgt die Erklärung zu Protokoll noch in diesem Jahre, so erbitte Ihre Steuerpflicht mit Ende des Kalenderjahres 1913. Es ist also Eile geboten. 2. Nein. Sie können nur dem Vormundschaftsgericht berichten. — H. B. 86 551. 1. u. 2. Die Sachen können wohl gepfändet werden, die Frau kann aber mit Rücksicht auf Erfolg intervenieren. 3. 3 bis 4 J.

Stiller

Gegr.
1867



Jerusalemmer Str. 32-35
Ecke Leipziger Straße, am Dönhofsplatz

Potsdamer Str. 2	Oranien-Straße 161
Tauntzienstr. 19a	Gr. Frankfurter Str. 123
Tauntzienstr. 7b	Chaussee-Straße 114
Friedrich-Str. 75	Neukölln: Bergstr. 25
Königstr. 25 u. 26	:: Schöneberg: ::
Rosenthaler Str. 5	Hauptstraße 146

Charlottenburg: Wilmersdorter Straße 45
Man achte genau auf die alte Stiller-Firma!

Stiefel mit Doppelsohlen

und mit Korkzwischensohlen

Stiefel mit Wollfutter | Stiefel mit Katzenfell

Stiefel mit Plüschfutter | Stiefel mit Lammfell

Praktische Stiefel für die Straße

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁰⁰

Haus- und Morgenschuhe

in Leder, warmgefüttert, Kamelhaarstoff, Melton

in vielen Farben, Filz und vielen anderen Ausführungen

1⁹⁵ 2⁹⁰ 3⁸⁰ 4⁵⁰

Warmgefüttert Schnallen-Stiefel

Aparte Abendschuhe • Feine Frack-Stiefel • Einsatz-Stiefel

Todes-Anzeigen

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
Durch den Tod ist uns eines unserer Mitglieder, der Kollege **Alfred Bauer** welcher im Betriebe der Stadt Richtenberg beschäftigt war, entrissen worden.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Pargahn aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler **Franz Klewitz** Köpener Str. 5 am 17. d. Mts. an Herzschlag gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landdörger Allee, aus statt.
Ferner starb am 18. d. Mts. infolge Unfalls unser Mitglied, der Klempner **Franz Kaminski** Kaugestr. 107.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Blasius-Kirchhofes in Köpenick-Schönhausen aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet.
183/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Dachstuhlführer **Albert Polzin** am 19. November im Alter von 68 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Christuskirche, Mariendorf, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
64/18 Die Bezirksverwaltung.

Nachruf.
Ferner den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer **Adolf Paeschke** am 19. November im Alter von 83 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
64/18 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband. Zweigverein Berlin.
Am 21. November starb unser Mitglied, der Hilfsarbeiter **Karl Bäck** (Bergstr. 100/101).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Jakob-Kirchhofes in der Hermannstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
147/9 Der Vorstand.

Am 20. November verschied unser langjähriger Meister **Herr Emil Thiele.**
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 23. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes (Wollankstraße) aus statt.
Das Personal der Firma Küstermann u. Co.

Berichtigung.
Die Beerdigung des Gastwirts **Wilhelm Otto** findet heute Sonntag, den 23. Novbr., nachmittags 4 Uhr, auf dem Pargahn-Kirchhofe statt.

Danfagung.
Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Fritz Lowski** lagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Higarrenhändler Herrn Reuß und seinen Kollegen unseren herzlichsten Dank. Für Namen der Hinterbliebenen 12606 Wwe. Lowski geb. Zein.

Freireligiöse Gemeinde.
Am Sonntag, den 24. November 1912, nachmittags 4 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
in unserer Halle, Pappel-Allee 15-17.
Vortrag des Lehrers Herrn H. Schabon: 55/18
Wahre Unsterblichkeit.
Eintrittspreis 10 Pf. Der Einbußer: A. Harndt, Pappel-Allee 15.

Orts-Krankenkasse der Hutmacher, Kullturnieren u. Filzwarenverfertiger zu Berlin.
Montag, 2. Dezember 1912, im Gewerkschaftshaus, Ungelerstr. 15, Saal 5:
Ordentliche General-Versammlung
wogu die Delegierten höflich eingeladen werden.
Tagesordnung:
a) In getrennter Versammlung:
1. Neuwahl des Vorstandes: 4 Arbeitgeber und 8 Arbeitnehmer.
Die Wahl der Arbeitgeber findet von 8-9^{1/2} Uhr statt. Die der Arbeitnehmer von 9^{1/2}-9 Uhr.
Darau anschließend in demselben Saale:
b) In gemeinschaftlicher Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer:
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnungen pro 1912 - § 46 des Statuts.
3. Antrag des Vorstandes auf Zulassung unserer Kasse nach den Bestimmungen des Artikel 18 der Reichsversicherungsordnung.
4. Berichterstattung über die Krankenkassenkongresse zu Frankfurt a. O. und Köln a. Rh.
5. Verschiedenes.
Eintritt nur durch Vorzeigung der Einladung gestattet.
Der Vorstand:
E. Danneuser, Vorsitzender, 953/14 Wte Jakobstr. 90/21.

Orts-Krankenkasse der Gürtler zu Berlin.
Am Mittwoch, den 27. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße 18c, stattfindenden ordentlichen
General-Versammlung
werden die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Kassenmitglieder hiermit ergebenst eingeladen.
Eine Vertretung ist unzulässig.
Tagesordnung:
In getrennter Versammlung:
1. Neuwahl des Vorstandes.
In gemeinsamer Versammlung:
2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres.
3. Beschlußfassung über den Antrag auf Zulassung der Kasse als besondere Ortskrankenkasse gemäß Artikel 17 des Einführungsgeleges zur R.V.D.
4. Beschlußfassung über das Vorschlagsregulativ für die Angehörigen der Kasse.
5. Verschiedenes.
Anfragen und Beschwerden, zu denen die Ansicht der Geschäftsführer erforderlich ist, sind dem Vorstande bis zum 26. d. M. schriftlich zu unterbreiten.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Berlin, den 23. November 1912.
Der Vorstand:
Ewald Lissack, Vorsitzender.

Invaliden-Unterstützungskasse der Gürtler zu Berlin.
Am Mittwoch, den 27. Nov. 1912, abends 8 Uhr.
findet im Lokal „Märkischer Hof“, Ullmstraße 18a, die
Ordentliche General-Versammlung
mit folgender Tagesordnung statt:
1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. 3. Festlegung der Anwaldelemente für das Jahr 1913. 4. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. 129/06
Der Vorstand:
J. A.: Adolf Heller.
Achtung!
Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.
Unsere Bekanntmachung vom 16. November 1912 betreffend die Mitgliedsverammlung zur Wahl der Delegierten am 25. November 1912 wird dahin geändert, daß die Wahl der Arbeitnehmer-Delegierten von 4 bis 8^{1/2} Uhr stattfindet. 253/15
Der Vorstand:
R. Appoldt, Vorsitzender.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge, Smoking auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 9-4

Monats-Garderobe!
Die besten Ulster-Paletots und 4-500 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kasellieren getragene, fast neue Sachen (a. S. S.), für jede Figur passend, in größter Auswahl, unübertroffen billigen Preisen.
1 Tr., deshalbbilliger wie in Laden.
Wassertor-Mirsch Kleiderhaus, Straße 12/13 1

Westmann
Mohrenstr. 37 a. Gr. Frankfurterstr. 115
Vor Beginn des grossen Inventur-Verkaufs soll mein Lager in Höhe von ca. 300-400 M. nach Möglichkeit **bedeutend verkleinert** werden. Ich verkaufe daher mit Preisermäßigung von **5, 15, 25, 30** bei Modellen sogar bis 65 Proz. unt. mein. 1. Uh. Verkaufspreisen
Fischmäntel, kurz und lang 27, 30, 35, 45 bis 250
Ulster 8, 75, 11, 15, 18 bis 90
Kostüme 15, 20, 25, 30 bis 145
Wollschmähnel/10 Jahre Garantie 48, 55, 63 bis 45
Abendmäntel (s. l. a. Markt Fig.) 14, 25, 33 bis 120
Kraummer-Jackotts und Mäntel 30, 65 bis 90
Kleider, Röcke, Blusen, Modelle u. einfache Genres bis 50 Prozent Ermäßigung.
Zu jedem annehmbaren Preise wegen Aufgabe: Palzmäntel, Patjaschells, Stöben, Persischer, Elvatic aus our echten Fellen!
Sonntag geöffnet von 12-6.

Kredit Garderobe Möbel Kredit
Zur **Herbst- und Winter-Saison** unvergleichlich große Auswahl in **Herren-, Damen- u. Kinder-Bekleidung** auf bequeme Teilzahlung - geringe Anzahlung.
Möbel. Komplette Wohnungs-Einrichtungen. Auch einzelne Ersatzteile.
Schuhwaren Pelzwaren
C. Wachsmann & Co.
Reinickendorfer Straße 15 neben der Feuerwache Aufgang Ravenstraße.
Jedermann erhält Kredit

Zweiter Kreis, Westend
Heute Sonnabend, in Nidles Festsaal, Dennewitzstraße 10
Unterhaltungs-Abend Konzert, Theater.
Eintrittskarte einschl. Tanz 30 Pf. [309/2] Anfang pünktlich 8 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.

Maschinenarbeiter.
Montag, den 25. November, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:
Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Vertrag. 91/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Köpenerstr. 5. Arbeitnachweis: Köpenerstr. 5. Amt Norden 1230, 9714.
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1230, 9714.

Montag, den 25. November 1912, abends 8 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der **Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins**
in den Musiker-Festsaal, gr. Saal, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Cohen: „Ist für die Elektromonteur Berlin die Schaffung eines Tarifs möglich und notwendig?“ 2. Diskussion.
Wir machen darauf aufmerksam, daß die Versammlung pünktlich eröffnet wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 25. November 1912, abends 5^{1/2} Uhr:
Versammlung
sämtlicher in der Möbelschloß-Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen im Lokal von Merkowksi, Andreasstraße 26.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Fritz Karl. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 129/12
Da der Besuch der letzten Branchenversammlung zu wünschen übrig ließ, wird erwartet, daß alle unsere Kollegen sich wegzum die Branche bekümmern und erscheinen.

Montag, den 25. November 1912, abends 6 Uhr:
Versammlung
der in den

Metallgießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen
in der „Urania“, Brangelstraße 10:
Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Branchenvertreter. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission und des Branchenvertreter. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Metallarbeiter-Motivkalendar pro Stück 60 Pf. sind im Bureau und bei den Bezugsfirmen zu haben. Die Ortsverwaltung.

Eile zu Weile
Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S. 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz, Hochbahn Kottbusser Tor.
1000 Pelzstolas
Schals, Collars, Muffen nur prima - felle - offeriere ich infolge günstiger Abschlässe zu **hervorrag. billig. Preisen.**
Echt Skunks-Stola von 35 M. an.
Nerzmurmel-Stola von 13,50 M. an mit Köpfen und Schwoffen.
Alaska-Fuchs-imitation 7,50 M.
Marder, Nerz, Persianer, Oppossum, Biber, Iltis etc. in allen modernen Formen stets am Lager.
Bitte Eile zu Weile genau auf die Firma
Dresdener Str. 119 zu achten!
Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort - für den bezuöhmten Preis -
Eigene Kürschnerel.
Reparaturen gut, schnell, billigst. Sonntags 12-2 geöffnet.

Achtung!
III. Etage **Reisemuster** III. Etage
Ulster, Paletots, Anzüge und Hosen
gebe an Private zu Fabrikpreisen ab.
Herrenkleider-Fabrik
J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl
(neben der Alexander-Kaserne)
Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntags von 12-3 Uhr.

ca. 30.000 Meter Hemdentuch

für Leib- oder Bettwäsche 36 Pf. Meter

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancestr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Wurstwaren

Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	60 Pf.
Sülzwurst	Pfund	70 Pf.
Landleber od. Rotwurst I	Pfund	98 Pf.
Rouladenwurst	Pfund	1.05
Mortadella (gefüllter Schinken)	Pfund	1.10
ff. Leberwurst	Pfund	1.10
Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.30
Thüringer Landbratwurst	Pfund	1.40
Schinkenwurst	Pfund	1.40
Schinkenspeck	Pfund	1.25
Fetter Speck	Pfund	95 Pf.

Butter und Käse

Tafelbutter	1/2 Pfund-Paket	66 Pf.
Molkereibutter	1/2 Pfund-Paket	70 Pf.
Schweizer Käse	Pfund	85 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	85 Pf.
Brie-Käse	Pfund	55 Pf.
Limburger Käse	Pfund	58 Pf.
Romatour Käse	Schick	29 Pf.
Kuh- oder Landkäse	2 Stück	35 Pf.
Spitz- oder Faustkäse	3 Stück	25 Pf.

Bratenschmalz ... Pfund 68 Pf.

Almeria-Trauben	Pfund	28 Pf.
Amerik. Aepfel	Pfund	15, 25 Pf.
Kochbirnen	Pfund	7 Pf.

Spittelmarkt

Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat

*Kassler	Pfund	88 Pf.
*Fettgänse	Pfund	68, 75 Pf.
*Suppenhühner		1.45, 1.95, 2.45

Frisches Fleisch

Hammelkeule	Pfund	80 Pf.
Dicke Rippe	Pfund	75 Pf.
Hammeldünnung	Pfund	65 Pf.
Kalbskeule im Ganzen	Pfund	80 Pf.
Kalbskamm oder Bug	Pfund	80 Pf.
Schweine-Schinken im Ganzen	Pfund	85 Pf.
Bauch	Pfund	85 Pf.
Rückenfett od. Liesen	Pfund	78 Pf.
Schmorfleisch m. Knochen	Pfund	85 Pf.
Suppenfleisch m. Knochen	Pfund	75 Pf.

*Hasen gestreift	Stück	2.85, 3.90
*Kaninchen gestreift	Stück	85, 1.15
*Rehblätter	Stück	1.75, 2.25

Kochäpfel	Pfund	7 Pf.
Spinat	3 Pfund	20 Pf.
Grünkohl	Pfund	5 Pf.
Mohrrüben	4 Pfund	10 Pf.
Rotkohl	Kopf	5, 10 Pf.
Weisskohl	Kopf	5, 10 Pf.

Belle-Alliancestr.

Grosse Frankfurterstr.

Brunnenstr.

Kottbuser Damm

Gemüse-Konserven

Brech- od. Schnittbohnen	35 Pf.	—
Kohlrabi in Scheiben	30 Pf.	—
Spinat	40 Pf.	26 Pf.
Suppenschoten	38 Pf.	24 Pf.
Junge Schoten	45 Pf.	28 Pf.
Feine jg. Schoten	55 Pf.	33 Pf.
Gem. Gemüse III	48 Pf.	29 Pf.
Gem. Gemüse II	70 Pf.	40 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	88 Pf.	49 Pf.
Bruchspargel mit Kopf	1.00	55 Pf.
Stangenspargel	1.25	68 Pf.
Stangenspargel	1.45	78 Pf.
Stangenspargel	1.70	90 Pf.

Fischkonserven

Sardinen in Öl	Dose	38, 48, 68 Pf.
Bismarck-od. Bratheringe	Dose	45 Pf.
Bismarck-od. Kräuterheringe	ca. 2 Lit. Dose	95 Pf.
Gewürzgerken	ca. 2 Liter-Dose	95 Pf.
Appetit-Sild	Dose	28, 38, 48 Pf.
Sardinen oder Anchovis	Glas	24 Pf.
Heringe in Gelee	ca. 1 Pfund-Dose	35 Pf.

Wirsingkohl	Kopf	5, 10 Pf.
Blumenkohl	Kopf	15, 20 Pf.
Kohlrüben	Pfund	3 Pf.

Grosse Posten

Woll-Blusen

aus einfarbigen Stoffen in aparter Verarbeitung

2.95 4.95 6.95

Waldorf-Astoria Cigarettes

Hockey 3 Pf.
Clío 5 Pf.

Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz

2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 15.- an

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 5.- an

Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben.

Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr.

Qualitäts-Cigarette

Joseffi

JUNO GOLD 2 Pfg.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
L.: Neue Friedrichstr. 35 an der Zentral-Wartthalle
II.: Tarnstr. 67, I. Etage.
Belegt an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.
Aufnähererei, Besatz im Hause.
Auf Wunsch Besuch des Reisenden mit neuesten Stoffmustern.
Besondere Abteilung für fertige Garderobe.
Sonntags geöffnet.

Greift zu!
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2.50, 5.00 M. Ulster, sehr billig.
Große Abteilung neuer Garderobe.
Moldauer Gr. Frankfurter Str. 98 (Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Aufruf.

Heute Sonnabend, den 29., abends 8 Uhr, halte ich eine Ansprache zwecks Gründung eines Vereins zur Beschaffung von 193 M.

Herren-Moden zum Selbstkostenpreise
in Henkes Restaurant, Christburger Str. 12, und erwarde zahlreichen Besuch in Anbetracht der nützlichen Sache.
H. Riens, langjähriger leitender Aufnäherer.

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.
Kaufen Sie von Kavaliern getrag. Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Große Auswahl in eleganter neuer Garderobe. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjackets, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 15-75 M. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten. enorm billig.
Moritzplatz 58a.

Gewerkschaftliches.

Ein englischer Gewerkschaftsführer über die deutsche Arbeiterbewegung.

London, 21. November 1912. (Fig. Ver.)

Der Genosse Robert Williams, Sekretär des englischen Transportarbeiterverbandes, der unlängst in Deutschland gewesen ist, um die deutschen Arbeiterorganisationen zu studieren, hat über seine Erfahrungen einen Bericht herausgegeben, dem wir folgende bemerkenswerte Stellen entnehmen:

Auf allen Seiten drängt sich einem die Lächerlichkeit des deutschen Systems auf. Zentralisation und Lächerlichkeit, dies sind die Grundtöne. Die deutschen Gewerkschafter haben mit vielen der Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, die uns in diesem Lande umringen; aber anstatt sich damit mit bedauerndem Ergebnis abzufinden, wie wir es zu tun scheinen, arbeiteten sie schwer zu allen Zeiten, um die schlimmsten Fehler zu beseitigen. Jedes Jahr bringt eine gewaltige Zunahme von Mitgliedern der deutschen Gewerkschaften und eine Abnahme der einzelnen Verbände. Im Jahre 1910 beschloßen die Gewerkschaften, die Mitglieder im Transportgewerbe hatten (wie Fuhrleute aller Art, Straßenbahnangestellte, Eisenbahner, Dockarbeiter, Seelente und Flußschiffer), ihre Kräfte zu vereinigen. Dies geschah nicht in der Eile und Ueberstürzung, sondern erst nachdem die gewaltigen und weitreichenden Folgen dieses Schrittes reiflich überlegt worden waren.

Man muß sich nicht einbilden, daß die Zentralisation zur Bureaukratie und Untätigkeit führt. Welt entfernt davon. Im Jahre 1910, dem letzten, wofür die Ziffern vorliegen, gaben die deutschen Gewerkschaften an Streikunterstützung 1 078 077 Pfd. Sterl. aus, während die englischen Gewerkschaften für denselben Zweck 154 991 Pfd. Sterl. auslegten. Nichts kann irriger sein, als die Idee, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften in einer Industrie und die Zentralisation Syndikalismus bedeuten. Im Gegenteil, die unpolitischen Syndikalisten Frankreichs widersprechen sich der Verschmelzung; sie treten für die losen Bünde der Föderation ein, die jede mögliche Freiheit der Initiative läßt. Das ist in Deutschland anders. Während man keinen Versuch macht, die Propaganda und Agitation zu ersticken — man ermutigt sie vielmehr —, sagt man, daß Streikbewegungen nur durch eine Zentralautorität beschloßen werden sollten. Aber welche Ueberlegung bei der Schaffung einer solchen Zentralbehörde! Nicht eine Truppe lederner Bureaukraten, die zur Vorsicht raten, um sich für ihr Nichtstun zu entschuldigen, sondern ein Ausschuß von 15 wachsamem, gut unterrichteten Männern, der aus sieben Beamten und acht Mitgliedern aus den Reihen besteht.

Dann heißt es weiter:

Ihre Presse verdient unsere Hochachtung. Alles, was möglich ist, wird getan, um die Arbeiter bis zur höchsten Vollkommenheit zu erziehen. Alle Gewerkschaften haben Bibliotheken damit die Mitglieder jede Gelegenheit haben, die Literatur der Bewegung und die meisten der besten Werke allgemeiner Natur zu lesen. Die „Arbeiterjugend“ wird besonders im Interesse und zur Aufklärung der Jugend herausgegeben. Vorträge und Kinematographenvorstellungen werden von den Arbeiterorganisationen veranstaltet, um den Geist der jungen Leute auf ihre Pflichten als Gewerkschafter und Bürger vorzubereiten. Wissenschaftliche Vorträge und Spaziergänge ins Freie werden im warmen Winter arrangiert, um den verderblichen militärischen Tendenzen der bürgerlichen Jugend entgegenzuwirken. Alle diese Dinge werden mit einer Gründlichkeit erledigt, von der man sich in diesem Lande nicht träumen läßt.

Wer kann sich vorstellen, daß die Führer der englischen Gewerkschaften den Vorschlag machten, Tausende von Pfunden dazu zu verwenden, um die mehr zurückgebliebenen Teile der Arbeiterschaft zu organisieren? Im Gegenteil, die „gelernten“ Gewerkschafter rümpften mißbilligend die Nase über die ersten Versuche, Gewerkschaften ungelerner Arbeiter zu bilden. Und selbst heute würde es ein Maschinenbauer als eine Impertinenz empfinden, wenn man vorschlagen würde, daß ein Hilfsarbeiter derselben Gewerkschaft als er angehören sollte. In Deutschland jedoch nicht. Dort gibt es keinen Platz für die zahlreichen Gewerkschaften ungelerner Arbeiter, die wir in unserem Lande haben. Man ist nicht nur darum besorgt, die ungelerten Arbeiter in derselben Gewerkschaft wie die „gelernten“ zu organisieren, sondern die Zentralkommission gibt auch große Summen aus, um die Landarbeiter zu organisieren. Man beachte die Welttätigkeit dieser Politik! Die in die Stadt kommenden Landarbeiter neigen stets dazu, niedrige Löhne im Vergleich zu der städtischen Lebenshaltung anzunehmen und in ihrer Unwissenheit lassen sie sich häufig als Streikbrecher benutzen.

Wenn die leitenden Körperschaften unserer Gewerkschaften so viel Zeit und Mühe auf die Beratung eines Verschmelzungsplanes verwendeten, wie sie der Befolgung der Bestimmungen des Versicherungsgesetzes gewidmet haben, würden wir in einer besseren

Lage sein, neun Schilling — und nicht neun Pence — für vier Pence zu erhalten. (Williams spielt hier auf das Schlagwort des Schlaganzlers an, der den Arbeitern für jeden Beitrag von vier Pence neun Pence Unterstützung verspricht.) Wir müssen einen ernsthaften Versuch machen, die Arbeiterklasse zu organisieren; sie ist heute nicht organisiert. Anstatt daß die Arbeiter ihren Posten in einer bestimmten Gewerkschaft einnehmen, treten sie einer häufig oft durch Zufall bestimmten Gewerkschaft bei. In England haben wir mehr Organisationen im Transportgewerbe, als es in Deutschland überhaupt Verbände gibt. Dort gibt es 47 gewerkschaftliche Verbände. Bei uns übersteigt ihre Zahl 1700. Ein zwischen den deutschen Gewerkschaften und unseren eigenen gezogenen Vergleich fällt entschieden zu unseren Ungunsten aus. Wir sind augenblicklich verwickelt und gebunden durch ein System, das getaugt haben mag, ehe die kapitalistische Entwicklung die Arbeitgeber zwang, sich gegen uns zu verbinden, das heute jedoch erweislich veraltet ist.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schwerefuhrwerksfahrer bei dem Fuhrerern Wilhelm Buchwald ist noch nicht beendet. Der Unternehmer gibt sich alle erdenkliche Mühe, seinen Betrieb mit Arbeitswilligen aufrecht zu erhalten. Die angeworbenen Arbeitskräfte sind aber keineswegs instande, die erforderlichen Arbeiten zu bewerkstelligen. Nach kurzer Dauer verlassen die Leute den Betrieb wieder. Auch am gestrigen Tage kehrten sechs Kutscher, die sich am Dienstag als Arbeitswillige hatten anwerben lassen, dem Betriebe wieder den Rücken. Der Stand des Streiks ist somit für die Beteiligten außerordentlich günstig.

Als am gestrigen Tage ein Sohn des alten Herrn Buchwald, der Zigarrenhändler Herr Max Buchwald, der sich der Streikleitung als Vermittler angeboten hatte, mit einem Verbandsvertreter gemeinsam auf dem Fuhrhof erschien, um über die Beilegung der Differenzen zu verhandeln, fand auch dieser vor seinem Vater kein Gehör. Frau Buchwald und deren beide Schwiegerkinder sowie die Frau des Inspektors haben nunmehr in dem Betriebe an Stelle der Kutscher die Pflege der Pferde und die Veranftaltung der Ställe übernommen.

Wenn Herr Buchwald weiter hartnäckig bleibt, muß er schließlich seine Gespanne auch noch durch die weiblichen Arbeitskräfte kontrollieren lassen, welche ihm jetzt in der Stellung zur Verfügung stehen.

Der Betrieb gilt nach wie vor als gelperrt zu betrachten.

Transportarbeiter-Verband.

Deutsches Reich.

Der Streik der Papierwarenarbeiter in Aischersleben ist beendet. Nach 7 Wochen Kampf ist der Streik abgebrochen worden, nachdem die beiden in Betracht kommenden kleineren Firmen nach Wiederaufnahme der Arbeit Lohnzulagen in Aussicht gestellt hatten und ein weiterer Erfolg auch bei längerer Dauer des Streiks nicht zu erwarten war. Die Firma H. C. Weisehorn lehnte nicht nur jedes Entgegenkommen ab, obgleich bei ihr die Löhne am meisten der Aufbesserung bedürftig, sondern wies auch die von den Arbeitern gewählte Kommission, die sich nach den Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit erkundigen sollte, zurück, indem sie erklärte, die Kommission möge ihre Wünsche schriftlich einreichen. Als dies darauf geschah, gab die Firma keine Antwort auf das Schreiben, erwiderte aber, daß sich am Montag früh alles zur Arbeit melden würde. Doch darin hatte sie sich getäuscht. Es kam niemand, und die Beauftragten der Firma standen vergeblich vor dem Fabrikstore mit ihren Listen, um gleich die Besuche von den Böden zu scheiden. Erst einer am Dienstag dieser Woche abermals vorsprechenden Kommission wurde der Bescheid: es möge jeder einzeln kommen, der eingestuft sein wolle. Die Herren Kommissionsräte Westhorn, die „Vahnbrecher“ auf dem Gebiete der wertvollen sozialen Reformarbeit, wie sie sich früher gern nennen hörten, wollten ihre Arbeiter und Arbeiterinnen gedemütigt sehen. Den Schein ihrer „Arbeiterfreundlichkeit“ suchten die Herren bis in die letzte Zeit dadurch zu wahren, daß sie den Streik als ein Nachwerk zur Fällung der sozialdemokratischen Kassen und zur Gewinnung neuer Mitglieder für die sozialdemokratische Partei hinzustellen beliebten, ohne dafür den Schatten eines Beweises zu erbringen. — Auf den ersten Dieb fällt kein Baum. Es war der erste größere Kampf von Papierwarenarbeitern bzw. -arbeiterinnen, denn Arbeiterinnen kamen hauptsächlich in Betracht; er wird aber nicht der letzte sein. Auch in der Papierwarenindustrie ist die Zeit nicht mehr fern, wo die Unternehmer die Organisation anerkennen und sich zu tariflichen Vereinbarungen verpflichten müssen.

Gastwirtsgehilfenbewegung in Dresden.

Im Auftrage des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, des Deutschen Kellnerbundes (Genfer Verband), des Dresdener Kellnervereins „Saxonia“, des Dresdener Kellnervereins, des ersten Bierausgebervereins, des Bundes deutscher Hotelportiers und des Köcheverbandes hat eine von den genannten Korporationen gewählte Lohnkommission den Saalinhaber- und Gastwirtsvereinen in Dresden einen Rohntarif zugehen lassen, der gegenwärtig der Gegenstand lebhafter Erörterungen ist und der, da er bei den Prinzipalen keine Gegenliebe findet, Veranlassung zu einem Kellnerstreik werden kann. Der Rohntarif fordert für Aushilfsarbiten der Kellner an Wochentagen bis 12 Uhr nachts 3 M., bis 3 Uhr nachts 4 M., bis 5 Uhr nachts 5 M., und für jede weitere angebrochene Stunde 50 Pf. Aushilfsarbiten an Sonn- und Feiertagen kosten pro Tag 1 M. mehr. Es wird nur

eine Vor- und Nacharbeit gemacht, welche die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten darf; für jede weitere angebrochene Stunde sind 50 Pf. zu zahlen. Für alle Geschäfte ohne Kaffee 10 M. Servierkellner für Diner und Soupees, Höchstbauer 4 Stunden 5 M. Eine Aushilfsarbeit hat die Dauer von 12 Stunden im Höchstfalle, jede weitere Stunde kostet 50 Pf. Auskömmliche Kost oder Kostentschädigung Person und Tag 2 M. ist zu gewähren. Außerhalb des Reichsbundes der Stadt ist das Reisegeld bei Eisenbahnfahrt 3. Klasse zu zahlen. Für Kellnerinnen gelten dieselben Lohnsätze. Bei Prozentarbeiten hat der Arbeitgeber den tarifmäßigen Lohn zu garantieren. Köche erhalten wochentags 12 M., Sonn- und Feiertags 15 M., Köchinnen wochentags 7 M., Sonn- und Feiertags 5 M. Wamiells und Kaffeebaristinnen: wochentags 4 M., Sonn- und Feiertags 5 M. Hotelportiers verlangen 8 M., Hoteldiener wochentags 5 M., Sonn- und Feiertags 6 M. Hausdiener wochentags 4 M., Sonn- und Feiertags 5 M. Bierausgeber wochentags 6 M., Sonn- und Feiertags 8 M. Alle Abzüge: als Bruch, Puz-, Rehr- u. d. Gelder sind unzulässig. — Zur Beratung über den vorstehend mitgeteilten Rohntarif, der für das Gastwirts- u. d. Gewerbe von einschneidender Bedeutung ist, traten jetzt der Verein Dresdener Gastwirte, der Verein der Dresdener Gast- und Schankwirte, der Verein der Gast- und Schankwirte Dresden-Neustadt und Umgegend, Verein der Gast- und Schankwirte Dresden-Streifen und Umgegend, Verein der Saalinhaber Dresden und Umgegend, Gastwirtsverein Loschwitz, Gastwirtsverein Plauenischer Grund, Saalinhaberverein im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt, Gastwirtsverein Steglitz u. Umg., Gastwirtsverein der Lohnfortschafften, Gastwirtsverein der Elbalorkschaften Dresden-Süd, Vereinigung der Dresdener Mitglieder des Internationalen Hotelbesitzervereins, Cafetierverein Dresden u. Umg. und Verband sächsischer Bahnhofswirte zusammen. Nach eingehender Besprechung wurde der Rohntarif wegen der enormen Steigerung der bisherigen ortsüblichen Löhne einstimmig abgelehnt. Die Vereinigung sämtlicher Wirtevereine hat hierauf an die Vertretung der Hilfsorganisationen ein Schreiben gerichtet, in welchem mitgeteilt wird, daß die so hohen Forderungen seitens der Arbeitgeber nicht akzeptiert werden können. Der Sächsische Saalinhaberverband erwartet, daß, wenn an anderen Plätzen unerfüllbare Forderungen zutage treten, in gleicher Weise Solidarität von jedem Mitgliede der einzelnen Korporationen gezeigt wird.

Der Kampf im Leipziger Buchhandel.

Der vom Leipziger Buchhändler-Hilfsverband angezettelte Kampf im Leipziger Buchhandel dauert nunmehr die zweite Woche und wird mit äußerster Erbitterung geführt. Die Differenz zwischen der Forderung der Buchhandlungsmarkthelfer und der Bewilligung der Unternehmer war so gering, daß der böse Wille der millionenschweren Scharfmacher im Leipziger Buchhandel offenkundig ist. Sie wollten den Kampf, der sich gegen die Organisation richtete, sie wollten „den Buchhandel von den ewig unruhigen Elementen“ befreien und sperrten darum einfach aus. Doch zu ihrer Verwunderung mußten sie sehen, daß die Zahl der „unruhigen Elemente“ so groß war, daß von einer Aufrechterhaltung der Betriebe keine Rede mehr sein konnte. Die paar Stehengebliebenen mußten weder vorn noch hinten Bescheid und so begann dann eine förmliche Jagd nach Arbeitswilligen. Tag für Tag brachte die bürgerliche Presse Inserate und an den Anschlagtafeln prangten große Plakate, in denen unter allerhand schönen Versprechungen Arbeitswillige gesucht wurden und noch gesucht werden. Was aufgetrieben werden konnte, war aber zumeist nur Kassenpublikum, schnapsbustende Gestalten, denen die Buchhändler, wie sie selbst angeben, keinen Pfennig Geld anvertrauen können. Einige von ihnen haben auch schon nähere Bekanntschaft mit der Polizei machen müssen, davon einer, weil er einen „Reisbuchhandel“ eröffnet hatte mit Büchern, die er unter der Weste mitgehen ließ. So jagen denn die Buchhändler Rundschreiben auf Rundschreiben an ihre Kunden, in denen sie um Rücksicht auf die augenblickliche Lage bitten.

Stenbaldis ist natürlich wieder das Verhalten der Polizei. Ihre Tätigkeit ist darauf gerichtet, das Streikpostenstehen illusorisch zu machen. Sie weiß die Posten weg, konfiszieren Flugblätter und begleitet die Kauderwäuser in Zivil auf den Geschäftsmägen. Dabei stecken die Kriminalen in Markthelferkluft, greifen auch bei der Arbeit zu; kurz: verrichten im Interesse der Unternehmer praktische Streikarbeit. Höher geht es doch wohl nimmer. Und das Polizeiamt meint auf eine Beschwerde des Transportarbeiterverbandes, daß diese Tätigkeit durchaus notwendig sei. Trotz all dieser Hilfe stehen die Buchhandlungsfirmer böse in der Tinte, und sie hätten längst nachgegeben, wenn die Großen im Leipziger Buchhandel, die im Hilfsverband den Ton angeben, nicht so maßlos ihre Uebermacht geltend machen würden. Da der Buchhandel aber mit den gar nicht eingerichteten Arbeitswilligen nicht auskommen kann, muß den Ausgeperrten und Ausschändigen bei Fernhaltung des Zugangs von gelehrten Buchhandlungsmarkthelfern der Sieg zufallen.

Drohende Aussperrung in der Textilindustrie.

Ueber die Firma Zimkrantz u. Co. in Olauha u. wurde wegen Differenzen über die Ueberstundenlohnzahlung durch den Deutschen Textilarbeiterverband die Sperre verhängt. Daraufhin hat der Verband der sächsisch-thüringischen Häbereien beschloßen, am Dienstag sämtliche Betriebe zu schließen, wenn nicht bis Montag die Sperre aufgehoben ist und die Ausschändigen die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Bedeutende Fachleute

unserer Branche, bekannte Autoritäten auf dem Gebiete der Herren- und Knaben-Bekleidung haben **anerkannt**, dass das Publikum bei **unserer** Preisberechnung: **Selbstkostenpreis + 10%**, aussergewöhnlich **billig** und **reell** bedient wird. Wer sparen will und Schutz sucht gegen jede willkürliche Gewinnberechnung, decke seinen Bedarf an

Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Mass

bei der H. K. G. nach ihrem Verkaufssystem **Selbstkostenpreis + 10%**. Unser Selbstkostenpreis besteht nur aus den **baren Auslagen** für Ware und Unkosten, als **einziger Netto-Nutzen** wird lediglich eine Umsatzprovision von 10% erhoben.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges.

m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1

Ecke Weinmeister- und Münzstraße.

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Moabit, Turmstraße 73

vis-à-vis der Emdener Straße.



Eine neue Sparkasse

Ist das von uns eingeführte Verkaufssystem „Selbstkostenpreis + 10 %“.

Aber nicht nur, dass die Käufer durch diese Verkaufsart

„An jeder Mark nur 10 Pfennig Nutzen“

erhebliche Ersparnisse machen, so werden sie gleichzeitig auch vor jeder Uebervorteilung geschützt. — Gemäss ihren beim Gericht niedergelegten Statuten ist die Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H. an obige Vertriebsart gebunden und macht sich strafbar, wenn sie mehr als 10 Prozent auf den Selbstkostenpreis aufschlägt. Wir liefern z. B.:

Herren-Ulster - Paletots - Anzüge

Selbstkostenpreis:	18.—	25.—	30.—	39.—
Verkaufspreis:	19.80	27.50	33.—	42.90

Deutsche Bekleidungs-gesellschaft m. b. H.

Chausseestr. 27 (nahe Invalidenstr.) Grosse Frankfurter Str. 4 (Ecke Fruchtstr.) Turmstr. 80 (neben Kleinem Tiergarten)

Achtung! In der Turmstrasse haben wir nur das eine Geschäft Nr. 30.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 23. Nov. 1912.

Anfang 8 Uhr.
Schiller-Charlottenburg. Wallenstein's Tod.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner. Kabale und Liebe.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Bilder aus dem Orient.

Anfang 8 Uhr.
Thalia. Frau Holle.

Anfang 8 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Carmen.

Anfang 8 Uhr.
Deutsches Schauspielhaus. Ein Bassengegänger.

Anfang 8 Uhr.
Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Auf Mitterhorn.

Anfang 8 Uhr.
Kammerspiele. Mein Freund Leddy.

Anfang 8 Uhr.
Deutsches Schauspielhaus. Die fünf Frankfurter.

Anfang 8 Uhr.
Thalia. Autoleichen.

Anfang 8 Uhr.
Königsgraben Straße. Die fünf Frankfurter.

Anfang 8 Uhr.
Kleines. Michael Kramer.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. Die Lokalbahn.

Anfang 8 Uhr.
Schiller-Charlottenburg. Im weißen Röhl.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Prinzenerziehung.

Anfang 8 Uhr.
Komödienhaus. Die Generaldecke.

Anfang 8 Uhr.
Deutsches Schauspielhaus. Der guttuhende Grad.

Anfang 8 Uhr.
Thalia. Autoleichen.

Anfang 8 Uhr.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.

Anfang 8 Uhr.
Montis Operetten. Der Frauenfresser.

Anfang 8 Uhr.
Neues Opern (Krohn). Russisches Ballett.

Anfang 8 Uhr.
Theater am Rollendorfsplatz. Kismet.

Anfang 8 Uhr.
Luisen. Kismet.

Anfang 8 Uhr.
Rosa. Die goldene Eva.

Anfang 8 Uhr.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Liebesbarometer.

Anfang 8 Uhr.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Köhl. Schauspielhaus.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Luisen. Mein alter Herr.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Königsgraben-Rajino. Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Spieler.

Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Gisbalotti: Pionne.

Anfang 10 Uhr.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Anfang 8 Uhr.
Schiller-Theater O. Theater.

Anfang 8 Uhr.
Die Lokalbahn. — Die Medaille.

Anfang 8 Uhr.
König Lear.

Anfang 8 Uhr.
Die Kinder der Exzellenz.

Anfang 8 Uhr.
Schiller-Theater Charlottenburg.

Anfang 8 Uhr.
Wallenstein's Tod.

Anfang 8 Uhr.
Im weißen Röhl.

Anfang 8 Uhr.
Kammermusik.

Anfang 8 Uhr.
Das Pfarrers Tochter von Stralendorf.

Anfang 8 Uhr.
Im weißen Röhl.

Anfang 8 Uhr.
Theater am Rollendorfsplatz 5.

Anfang 8 Uhr.
Schneewittchen.

Anfang 8 Uhr.
Kismet.

Anfang 8 Uhr.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr.

Anfang 8 Uhr.
Kinderkomödie Schneewittchen.

Berliner Theater.

8 Uhr:
Filmzauber.

Theater in der Königsgraben Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der guttuhende Grad.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.

Abends 8 Uhr:
Der Frauenfresser.

Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.

Prinzenerziehung.
Salle in 3 Akten v. Maurice Donnay.

Morgen und folgende Tage:
Prinzenerziehung.

Totenfeier am Sonntag abends 8 Uhr:
Francillon.

Luisen-Theater.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-

vorstellung: Kumpelkittchen.

Abends 8 Uhr: Kismet.

Sonntag abends 8 Uhr: Die Jung-

frau von Orléans.

Montag: Die Jungfrau von

Orléans.

Dienstag: Des andern Ehre.

ROSE-THEATER
Grosse Frankfurter Str. 182.

Nachmittags 4 Uhr:
Im Zauberlande Rübengold.

Abends 8 Uhr:
„Die goldene Eva“.

Sonntag ab. 8 Uhr: Die größte Sünde.

Apollo Theater
Vorletzte Woche. Ab 8 Uhr.

Nie dagewesener Erfolg
des großen Programms!

12 erstklassige Attraktionen.
Ganz Berlin spricht von

M. Bendix und E. Schnabel
als Droschkenkutscher u. Flaker.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.

Anfang 8 Uhr.
Die Macht der Töne.

Beste von Regiel
Nachmittags-
Vorstellung
Sonntag, 1. Dezemb.

Folies Caprice.
Zum 83. Male

Die drei Schläger:
Der teuflische Joseph.
Der Rebhahn.
Der Eindreher.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!

Die HEILIGE
WEISSE
NEGERIN

und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Zirkus Busch.

Heute Sonnabend, den 23. November 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Erste Aufführung der neu-gr. Prunkpantomime
Sevilla

in 6 glänzenden Akten.

1. Akt: Das berühmte Wirtshaus bei Ossuna. Der gewaltige Sturzbach. Sturz der Wirtstochter Viarda von dem überschwemmten 42 Fuß hohen Felsen.
2. Akt: Viarda im Gefängnis. Die Flucht aus dem Kerker.
3. Akt: Die berühmte Stiergefächts-Arena in Sevilla. Anfang der großen Quadrille: Toreros, Banderilleros, Picadores und Chulos. Das Stiergefächts. (Die Stiere sind zu diesem Zweck vom Zirkus Busch aus Spanien importiert.)
4. Akt: In der Spelunke, Banditen und Gouverneurstochter.
5. Akt: Donna Claras Verlobungsfest. Noch einmal Viarda, die Banditin. Die feenhaften Festaufführungen aus der Rokokozeit.
6. Akt: Die Schlussfeier im maurischen Schloß. Das altkastilische Ballett: Blumen- und Fächertänze. Die märchenhaften neuen Wasserspiele und der Aufstieg der Syphiden aus der Tiefe.

Hierzu das große Gala-Programm.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Heute: Doppel-Konzert!

Musik. 2. Garde-Regiments z. F., Dirigent Oberm. Graf.
Musik. Garde-Füsil.-Regiments, Dirigent Oberm. Dippel.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.



Grünwaldstraße gegenüber Bamberger Straße
Elegantestes Lichtspielhaus der Neuzeit

Neu erbaut, erstes freistehendes
„Lichtspieltheater Berlins“

Eröffnung Sonnabend

23. November, abends 8 Uhr

Prolog vorgelesen von Käthe Erholz,
komponiert und begleitet von Rudolf Nelson.
Preise der Plätze 50 Pf. bis 2 M.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Bilder aus dem Orient.
Abends 8 Uhr:
Aufs Mitterhorn!
Hörsaal 8 Uhr:
Professor Dr. B. Donath:
Gleichstrommotoren im Betriebe.



THEATER GROSS-BERLIN
AM ZOO.

Täglich 8 Uhr:
So hummeln wir!

Bunte Bilder mit Gesang
und Tanz v. Gustav Kadelburg,
Leo Leipziger und Jean Gilbert

mit: Fritz Massary,
Max Pallenberg,
Karl Bachmann.

Vorher: Gr. Varieté-Teil.

Rauben in allen Räumen des
Theaters gestattet.

Der Vorverkauf findet statt
an der Theaterkasse 10-2
Uhr, im Warenhaus Tietz
und im Invalidendank.
Keine Vorverkaufsgebühr.

Urania-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Liebesbarometer.

Totenfeier am 8. U.: Das Ende der Liebe.

UT
Union-Theater

In allen 5 Union-Theatern

Alexanderplatz
Unt. den Linden
Moritzplatz
Hasenheide
Wedding
Reinickendorfer Str. 14

Ferdinand
Bonn
als Kino-Tragöde

in dem Schauspiel
„Sklaven der
Schönheit“
— 3 Akte. —

Zirkus Albert Schumann.

Heute Sonnabend, 23. Nov.,
abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.
Rendezvous der Sportwelt!
U. a.: Herr Albert Carré
in sein. neuest. Freiheitsdress.
Tommy, der einzige 88r,
welcher selbständig auf einem
Zweirad fährt u. Rollschuhläuft.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
Der Clou der Saison!
Sonntag, 24. Nov. (Totensonnt.)
findet nur eine Vorstellung
abends 7 1/2 Uhr statt.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Totenfeier am 24. November,
abends 8 Uhr:
Schuldig!

Herrnfeld Theater

8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge
aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.

10 Uhr:
Endlich allein!

Vorankündigung:
Sonntag, den 24. November,
einmalige Aufführung:

Mausierer Jockele.

Dazu
Die letzte Ehre u. Scheidungs-Souper.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse)

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis 28. d. M.
das Zug- und Rassenstück
Der Großfürst.

Am 29. November Premiere.
Sonntag 8 Uhr: Die erkaufte Frau.

Theater Königstadt-Casino.

Holzmarktstraße 72,
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das gr. Spezialitätenprogramm
und „Eins von der Wasserkant“.
Lebensbild in einem Akt.

Boigt-Theater.

Reinickendorfer Str. 58.
Sonntag, den 24. November 1912:
Nachmittags: Keine Vorstellung.
Abends 8 Uhr:

Was Gott zusammenfügt ...
Schauspiel in 5 Akten von C. Ritterfeld.
Nach d. gleich. Rom. v. E. Norgens.
Rassen-Größen. 10-2 Uhr u. ab. 7 Uhr.

Volks-Theater

Reinickendorfer Str. 20.
Sonntag 7 1/2 Uhr:

Der Glöckner von Notre-Dame.
Schauspiel in 6 Akten v. G. Sirey-Beffer.
Montag 8 1/2 Uhr:

Das Glück im Dunkel.
Schauspiel in 4 Akten v. J. Eudermann.

Passage-Theater

Unter den Linden 22/23.
Ki-Ko
Lichtspiele.
Anfang 4 Uhr, Sonntags 8 Uhr.
Heute Premiere.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Hank Messina u. Römertank-Keil
N. 4. Barisier, K. Fernap, Kgt. 13708
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O, Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung

Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 69

Bäckereien, Konditor.

**Blottner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmerdorf.

Bohdorf's Bäck., Klopbergstr. 50
Paul Dolly, Markustraße 15.

Brot-Fabrik „Vorwärts“

Hormann Ullrich, Köpenick.
Franz Faulwetter, Kaiserstr. 47.
E. Freyer, Himmelsstr. 77, E. Markstr.

Wilh. Engel
Brotfabrik
Waldense, Parkstr. 4.
Verkauf in Milchgeschäften
Berlins. Bekannt gegeben. 2 Plakate.
Georg Genz, Memelerstr. 29
Petersburgerstr. 38
A. Gessner, Thielstr. 71.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.
Gez. 1892.

Hoppelbäck. Krusek, Adlerstr. 46
Kiltes-Großbäckerei, Boßelerstr. 6
Ernst Küster, Frank. Allee 197.
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
Hermann Markau, Rigorstr. 107
Matke, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerstr. 160.
E. Martin, Gleimstr. 45.
Fritz Müller, Gröfstr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Ostle, Madalstr. 19.
Herm. Proell, Nonnenstamm.
Friedrich Probst, Adressstr. 51

Bäckerei „Nordstern“

Inh. Gust. Müller
Filialen in verschied. Stadtteilen

Richard Reinke
Steglitz,
Alsenstr. 5a,
Arthur Roemer, Feib. Damm 101
Walter Röh, Anka merstr. 26.
Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Schmidt, Adalberstr. 27.
Heinr. Schubert, Ch. aus. 56
Eilkestr. 11
E. Schuchmann, K. 11
R. Schuchmann, K. 11

Rich. Schenk
Str. 28.
A. Schreier, Urbanstr. 47.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gust. Teplitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
F. Tiedemann, Behr-Str. 4.
Filialen in allen Stadtteilen.

Turban
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 169.

Volkstrotz E. G. m. B. H.
Fehmarstr. 10, M. 11
Häckerstr. 11, E. Häckerstr. 16
Nehrdorfstr. 2, K. 11

Hermann Wendt
Chorinerstr. 33
F. Ackerstr. 1

Wilhelma
Andreasstr. 32.
Otto Winkler, Nannynstr. 78.
E. Wolff, Grüner Weg 79.

Badenanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Landsbergerstr. 107
Göllnowstr. 41.
Bad Bürgerbad
Weberstr. 40 b
Amt Kgt. 894.
Canitz-Bad, Mgnstraße 2.
Neukölln
Ansenruberstr. 25.
Neukölln,
Münchenerstr. 51

Bad Frankfurt
Gr. Frkt. Str. 136
Lieferant s. d. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen
Liesch-Allée 153
Badenstadt, Hasenheide 19.
Bad Hufeland, Hufelandstr. 48.
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. 45.

Original Loblantien Bad

früher Münsel, Wallstr. 70/71.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bohag-Str. 17
Lief. all. Kassen

Bad Ostend
Lief. all. Kassen

Passage-Bad
Kottbuser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Römer-Bad,
Bohagen-Rumbg.,
— Sonntagstr. 4, —
Schlesische Str. 31.

Silesia-Bad
Schlesische Str. 31.
Victoria-Bad
Kottbuser Damm 75
Friedrich-Wilhelmsbad
Chaussee 87.

Bandagen, Gummw.

R. Banko, Strauser Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Liepe, Schöneberg, Grusswälderstr. 11.
Meyer, P. Nils, Berlinerstr. 49-50
J. Ch. Poilmann, Lehnstr. 10.
Reiche, A., Boydelstraße 15.
Fr. Schulte, Adlershof, Harnackstr. 3
Turmstr. 34.
Wende, A., Optiker, 34.
Zarembo, Weinbergweg 1.
Drog.-hyg. Anstalt.

Beerdig.-Anst., Sargm.
Bredlow-Waldstr. 18, W. 25
Otto Dättner, Neukölln, Ringstr. 21.
Nils, Hohenzollernstr. 11
Bockow & K. K. K. K.

Max Fuchs
Oppelnerstr. 1
Frankfurter-Allee 170
Hankel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 118a
H. Petermeyer, Stralauerstr. 8
Peter-Schley, Wilh., Gipsstr. 11

W. Urban
Nannenstr. 17a, Neuk. 229

Beleucht.-Gegenst.

Carl Imme Jun., an der Markstraße
Böttner, A., Danzigerstr. 96.
Hochstr. 43
W. Schröder, Fabrikpreise

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Berufsbekleidung

Keiner, Otto, Gerichtstraße 86.
Roter-Laden, Schönha., Hauptstr. 104

Bettfedern u. Betten
G. Behrendt, Henk. Essbeckstr. 109
Hullnisch, Fehrbellnerstr. 1, E. Schick
Carl Henze, Adressstr. 5, Selbig
Landberger Allee 149
roell und billig.
M. Zynarski, Alt Moabit 82.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeltung & A. Hoffmann
Akt.-Brauer, Potsdam, Eg. Niddel.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
Brandenburg, H. Wilhelmstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli
Weiß- u. Malz-
Bier-Brauerei,
Fruchtstr. 37

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.
Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.

Deutsche Bierbrauerei A. G.
Berlin-Fischelndorf

Groterjans
Malzbier, Schick-Allée 134, T. III, 5043.

C. Habels Brauerei
hell - Nabelbräu - dunkel.
Hempel, E., Müllerstr. 138 d.

Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.

Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.

Löwen-Brauerei
vorzügliches Faß- und
Flaschen-Biere.

Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.
Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weißbier, C. Breithaupt,
Pallasenstr. 37, Tel.-A. VII, 2634.

Blumen und Kränze
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Bunk, K., Anklamerstr. 76 K. 11
E. Hahn, Neukölln, Hermannstr. 70
G. Hahn, Neukölln, Hermannstr. 70
Brunnenstr. 63
Petersburgerstr. 11
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtner A. G. Meitner, Skl. Ringstr. 17
W. Rutschko, Nils, Hermannstr. 62

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann
20 Filialen in Berlin u. Carl
Davidsohn

Drei Kronen
Fried. Göseke, 7 Filialen.

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holtz
15 Detail-
Geschäfte.
Kosmalla, E., 4

Gebrüder Manns
48 eigent. Detailgeschäfte

Schulz, Arth., Nils, Hermannstr. 65

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte 48
Pommersche Verkaufs-
stellen.
Melereien

Cacao, Chocolate
Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.
Althaus, Krüger-Beck, Lützowstr. 16.

STOLWERCK
Gold Silber Kupfer
Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aroma.

Cyliax, G.
Filialen in
Stadtteilen

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Ferd. Hahn, Berlin, Perlebergstr. 72
Seiffert, B., Filial. in Berlin
und Vororten

**Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg**

Cigarrenhandlungen
P. Hofer, Kottbuser-Damm 19
Ritterstr. 77, Adalberstr. 116

Klein, Wiil.
Müllerstr. 104,
Oberbaum 1.
J. Nothmann, NW 87, Turmstr. 59.
G. S. Peters, S. O. Kottbuserstr. 14.
W. Schuster, N., Nonanderstr. 23.
Alb. Werner, Ecke Eisler'scher Str.

Damenkonfektion
Neukölln, Kerpstr. 181.
Gelegenheitskäufe.

Dombrowsky
Restat, J.
Königsbergerstr. 78
Brunnenstr. 13

Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Drogen u. Farben
Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Gustav Bezug, Weidenweg 90.
A. Diepow, Tauroggenstr. 12.
Haberlein, Trept. Gracia-Beckstr.
Klause, H., Nils, Kaiser-Friedrichstr. 119
Neukölln

Rnesebeck-Drog.
Knechtel, Hermannstr. 119.
Erbsengasse-Drogerie, Rantierstr. 7.
P. Lehke, Kottbuser-Damm 12, Parf. 1.
Rath. Marack, Cuhstr. 37.
Rathaus-Drogerie, Nils, Dammstr. 24.

Prinzenstr. 103
Alfred
Hoffmann
Fr. Schlusmann, Liebaustr. 22.
Hugo Schütz, Müllerstr. 169 a.
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
Werder-Drogerie, Br. 11, W. 11, 50.
Zobel, Georg, N., Ackerstr. 50.

Eisen- u. Stahlw., Waff.
Aln, O., Nils, Kaiser-Friedrichstr. 6
Otto Anders, Kottbuserdamm 6.
W. Almer, Mulastr. 24.
Beutel, C., Boxh., Neuh. 11, 24
Horn, Braun, Landag, Allee 48.
Grüner Weg 49
Otto Belg

Emil Braun, Adressstr. 78, Ecke Trept.
G. Brucklacher, Oranien
F. Beutel, Nils, Kaiser-Friedrichstr. 77
Flack, E., Spandau, Schönebergstr. 34.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Franz Pfeifer, O. Frank, Allee 109.

H. Rockstroh,
Berl. 110, 25.
Rühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Beest.
F. Schubert, Volpt, 10, E. Schickstr. 19.
Sollach, Th., Nils, Hermannstr. 49
E. Timm, Schief., Waldemarstr. 79
Herm. Warschade
Müllerstr. 29.
Frankfurt.
Allee 138.

Arthur Weigel
Alex Weimert
Alexandrinenstr. 14
Reichenbergerstr. 100
(Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Rähmasch.
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischauf
Brunnenstr. 35.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrr., Schallpitt, Weidenbergstr. 47a
W. Malloschky, Oberbaumstr. 3, Kap
A. Tschow, Nils, Schillerstr. 22

Färberien, Wäscher.
Groß-Dampfwäsche
„Sprengel“
Berlin S. O., Forststr. 5-6
Tafelberg Wäsche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen
Groß-Berlin.

D. W. A. Hansa
Gerichtsstr. 22
Tel. III 1909

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damengarder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kullick, Färb., Wäscherei
P. Gustav Adolfstr. 1, Weidenbergstr. 41
S. 11, W. 11, 1909
Hallerstr. 56, Weidenbergstr. 41
Hallerstr. 56, Weidenbergstr. 41

Fleischhandlungen
Neukölln
Berliner Str. 43.
Bergstr. 5 u. 37.
Nils, W. 11, 1909

Fleischer u. Wurstw.
Glasgower-
Str. 5.
G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birnsteln, Dunkerstr. 78.
Kaiserin
Augusta Allee 9.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik,
Speck- und Schinkonsalzerel.
Berlin-Schöneberg, Kaiserstr. 17-18
Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

Hans Böhm, Waldenweg 31.
Anton Duchsheim, Allee 11, 21.
A. Bentele, Thierstr. 21.
K. Christ, Ebbingstraße 58.
Darge, O., Finowstr. 5.
W. Dör, Schönebergstr. 27.
August Fenger, Grünauerstr. 8
Feytherm, F., Alt-Bohagen 11.

W. Friedmann, Nils., W. 11, 1909.
Fr. Gerlach, Tauroggenstr. 1a.
Gustav Gira, Waldemarstr. 21.
Rob. Gleue, W. 11, 1909, G. 11, 1909.

Otto Grube
Gesinde, Rich.
Gutschmann's
Fleisch-u. Aufbehn-
Centr., W. 11, 1909.
O. Gleich, Neukölln, Harnackstr. 19.
F. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 22.
Helmrich Höhn, Kolonnenstr. 22.
Köpenicker-
str. 5.
Fr. Jost, Kottbuser-Damm 18, Fleisch, W. 11, 1909.
H. Immling
Manteuffelstr. 103.
Heinr. Jochmann, Zietenstr. 41.
Max Kallier, Zietenstr. 27.
Wilhelm Klitz, Klopbergstr. 118.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Fritz Klasse, Markusstr. 31.
Moabit
Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alto Jakobstr. 17.
Fritz Koebke, K. Adressstr. 11.
W. Korte, Neukölln, W. 11, 1909.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 25.
Ernst Kolbe, O. 112, Weidenbergstr. 15.
Königsbergerstr. 37.
A. Krump, O. 112, W. 11, 1909.
M. Kopp, Reichenbergstr. 154.
A. Lange, Reichenbergstr. 118.
Neukölln,
Niemeistr. 8.
Wilhelm Lindner, Weiden
weg 79.
August Lincke, Alto Jakobstr. 24.
Emil Lindigkeit, Michaelstr. 5.
Lochmann, Malpagastr. 22.
Rostockerstraße 42.
Fleisch u. Wurstfabr.
Ang. Nasar, Schulstraße 109.
M. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
M. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
R. Müller, Frankow, Wollankstr. 101.
Georg Nautmann, Gärtnerstr. 19.
Frankfurt
Allee 178.
Stolpische
Str. 23.

Bruno Keller
Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alto Jakobstr. 17.
Fritz Koebke, K. Adressstr. 11.
W. Korte, Neukölln, W. 11, 1909.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 25.
Ernst Kolbe, O. 112, Weidenbergstr. 15.
Königsbergerstr. 37.
A. Krump, O. 112, W. 11, 1909.
M. Kopp, Reichenbergstr. 154.
A. Lange, Reichenbergstr. 118.
Neukölln,
Niemeistr. 8.
Wilhelm Lindner, Weiden
weg 79.
August Lincke, Alto Jakobstr. 24.
Emil Lindigkeit, Michaelstr. 5.
Lochmann, Malpagastr. 22.
Rostockerstraße 42.
Fleisch u. Wurstfabr.
Ang. Nasar, Schulstraße 109.
M. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
M. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
R. Müller, Frankow, Wollankstr. 101.
Georg Nautmann, Gärtnerstr. 19.
Frankfurt
Allee 178.
Stolpische
Str. 23.

Paul Nuss
Frankfurtstr. 12.
P. Nuss, W. 11, 1909.
Allee 130, Sp. Roll-
schink-Nusschink, Schickstr.

Riedel, B.
Hermannstr. 46.
Rodewald, Franz Allee 2, Tel. 1206.
Franz Rosen, Frank. Allee 2, Tel. 1206.
Ottomar Rüdolph, Gärtnerstr. 17.
Herm. Rüdolph, Zietenstr. 11.
A. Rehmet, Moab., Parlobergerstr. 15.
W. Segling, Christenburgerstr. 43.
Max Schlack, Langestr. 87.
Th. Scheuermann, Helmholzstr. 1.
Otto Schmalz, Jahstr. 1.
L. Schramm, Parf. 12, T. 11, 1909.
Otto Schläpfer, Nils, W. 11, 1909.

Aug. Seczygiel, Nils, Teupenerstr. 110.
Otto Schreiber
Hohenfried-
burgerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
E. Scherberg, Reichenbergstr. 9.
Max Schubert
Müllerstr. 106a.
Stapp, Fleisch-Zentrale, S. 11, 1909.
T. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
E. Trapp, W. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
Teuchener, Stralauerstr. 8.
Max Tümmel, Christenburgerstr. 34.
Nannynstraße 17
E. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
Uhig, Paul, Koppenstr. 28.
Grüner Weg
57 - 57

G. Vettin
Warschauer Fleisch-u. Wurst-
Centrale, Warschauerstr. 83
A. Wenzel, Woldenbergstr. 50
Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale
F. Zimmermann, S. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
Paul Zwarz, Landag-Allee 136.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 27.

Glas u. Porzellan
O. Krüger, Weidenburgerstr. 79.

Grammoph., Sprechm.
W. Becker, Ch. G., W. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.

Haar-Artikel
W. Becker, Ch. G., W. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.

Berliner Zopf-Zentrale
Inh. Rich. Müller
nur Kottbuser Strasse 1
Spez. Champou, Friseur-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Anst. gewährt 10% Rabatt.

Haus- u. Köchengeräte
Kamnick,
Spandau, Schöneberg, S. 11, 1909.
Rockstroh, Karl,
Gaskoch, W. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
R. Stöbe, Waschg., Nannynstr. 91.

Herrn-Artikel
H. Bock, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 16.
Veteranenstr. 7.
E. Flörecke
Schim. Straw. W. 11, 1909.
Krause, Wilh., Nils, Herm. - St. 168
Nils, Schim.
Nördring, Brunnenstr. 84.
A. Samuel, O. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
Ri. Bergstr. 141.
Scholz, Osw., Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 5.

Herrn-Moden-Vertrieb
zum Selbstkostenpreis + 10%
Charlottenburg-Wilhelmsplatz

Leske & Stupecki, Schick-Allée 79 u.
Nils., Bergstr. 44-45
Marcus, S., S. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
Monatgarderoben v. Kavalieren
Zum Kalmann
Prinzenstr. 64, Ecke Annenstr.

Rosner, Max
Schneidermeister,
Nils., Bergstr. 2033,
Lager fertig und nach Maß

J. Scholl
Friedenauerhainstr. 9
Vorz. d. H. 5%.

Hüte, Mützen u. Pelzw.
Hermann Haase, Invalidenstr. 129

Huthaus Norden
Brunnenstraße 52.
Bodestraße 65
Chausseestraße 55.
Dresdenerstraße 120

Beise, Rud., Chausseestr. 56.
M. Grund
Brunnenstr. 177

Berl. Hut-Centrale
Essenhalerstr. 2
W. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.

Hut-Engr.-Lager, S. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.

Rieck, Em.
Schoer, Herm., Wilmersd.-St. 46.
Damm 18/19.

Vester, E.
Damm 18/19.

Zum Hutwinkel
S. Kobl, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.
Unverleibt 40 Pf. pro Pfd.
Edel-Mala-Kaffee Marke Mal-K
Generaldepot Berlin, Chausseestr. 110
Veraprecher Amt S. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
Filialen SW, Gipsstr. 104 und
Höckerstr. 14.
Bei Abnahme von 5 Pfund frei Haus.

Kaffee-Surrogate
Otto Goetze, Kottbuserdamm 18/17 Hof

Kaufhäuser
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Hermann Bernhard
Hermann-
Platz 8.

Kaufhaus Friedenau Rheinst. 48
Lieferant d. Konsumgenossenschaft.

B. Hennig & Co.
Landberger-
Allee 29.

Kohlen, Koks, Brikette
W. Pieper
Hoch-
meisterstr. 12.

Stemon, A. R., Klebahn, Wedding
Karl Werner, Neuk. G. 11, 1909.

Kolonialwaren
Habel & Hauke, Wilmersd. 47.
G. Behrens, Schöneberg, Alexanderstr. 9
Budech, Franz, O., G. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
Georg Burow, Stromstraße 39.
Gg. Feist, Nils., W. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.
A. Fiedler, Köpenick, W. 11, 1909, Nils, W. 11, 1909.

Reik
Neukölln
Filialen

Partei-Angelegenheiten.

Friedrichsfelde. Die Parteigenossen treffen sich Sonntagvormittag zur Hausagitation in den Bahnhöfen.

Nieder-Schöneweide. Genossen, die sich bei der „Vorwärts“-Agitation am Sonntag, den 24. d. Mts., beteiligen wollen, treffen sich heute, abends 6 1/2 Uhr, bei Knoke, Grünauer Straße.

Kaufweg. Die Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 27. November, fällt aus, dafür am Montag, den 25., abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Dohn, Kaiser-Wilhelm-Straße. Tagesordnung: 1. Feuerbestattung mit Vorführung des Modells eines modernen Krematoriums. 2. Die Feuerung und die Maßnahmen der Gemeinde.

Reinickendorf-Ost. Morgen Sonntag, früh von 8 Uhr ab: Flugblattverbreitung.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 24. November 1912, von mittags 12 Uhr bis 6 Uhr nachmittags: Jugendschriften- und Wandschmuck-Ausstellung in Hermsdorf im Lokal „Zum Forsthaus“, Auguste-Viktoria-Str. 18. Die Verteilung ist völlig frei und werden darüber die nötigen Erklärungen gegeben. — Im Saale am selben Tage nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Thema: „Jugendliteratur und Wandschmuck im proletarischen Heim“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Staken. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gnädigs Lokal eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Spandau. Sonntag, den 24. November cr., vormittags 8 Uhr, findet von sämtlichen Bezirkslokals aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt, an der sich sämtliche Wahlvereinsmitglieder recht reger beteiligen wollen.

Berliner Nachrichten.

Die Mädchen-Fortbildungsschulen Berlins

haben zwar seit einer Reihe von Jahren eine ziemlich ununterbrochene Steigerung ihrer Schülerinnenzahl gehabt. Im ganzen aber ist es doch immer nur ein kleiner Kreis von Mädchen geblieben, die hier eine Fortbildung suchten. Lange hat es gedauert, bis man daran ging, auch für Mädchen eine Pflichtfortbildungsschule zu schaffen. Berlin hat die Pflichtfortbildungsschule seit 1905 für Knaben und wird voraussichtlich von 1913 ab sie auch für Mädchen haben. Gegenwärtig bestehen als Lehranstalten der Stadt neun Wahl-Fortbildungsschulen für Mädchen, in denen unterrichtet wird in Deutsch, Französisch, Englisch, Rechnen, Buchführung, Handelskorrespondenz, Handelskunde, Kontorarbeiten, Schönheitslehre, Stenographie, Schreibmaschine, Geometrie, Geographie, Zeichnen, Handarbeit, Nächennähen, Nähmaschinen, Schneidern, Ausbessern, Wäschezuzneiden, Plätten, Putzmaschinen, Selbsten, Kochen, Frödelarbeiten, Nahrungsmittellehre, Gesundheitslehre. Diese neun Fortbildungsschulen hatten im Schuljahr 1911/12 eine Besuchsziffer von 5419 Schülerinnen im Sommer und 6478 Schülerinnen im Winter. Daneben gibt es noch drei private Mädchen-Fortbildungsschulen, die von Vereinen oder Kuratorien geleitet, aber von der Stadt mit Geldmitteln oder durch Vergabe von Schulräumen unterstützt werden. Es sind die Viktoria-Fortbildungsschule, die gewerbliche und kaufmännische Bildungsaufstalt für Mädchen und Frauen, die Handelsschule und kaufmännische Fortbildungsaufstalt für Mädchen. Die letztgenannte Anstalt wird von der Berliner Korporation der Kaufmannschaft unterhalten und benutzt nur Schulräume der Stadt unentgeltlich. Diese drei Schulen zusammen hatten im Schuljahr 1911/12 im Sommer 2536 Schülerinnen, im Winter 2743. Hiernach ergibt sich für die zwölf Fortbildungsschulen des weiblichen Geschlechts eine Schülerinnenzahl von zusammen 7955 im Sommer und 9216 im Winter. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die bevorstehende Einrichtung einer Pflichtfortbildungsschule für Mädchen nicht ohne Einfluß auf die Besuchsziffer der bisherigen Mädchen-Fortbildungsschulen bleiben wird. Sie wird ihnen manche Schülerin entziehen, wie ja auch nach Eröffnung der Pflichtfortbildungsschule für das männliche Geschlecht bei den bisherigen Jünglings-Fortbildungsschulen ein Frequenzrückgang beobachtet wurde. Andererseits wird aber die Pflichtfortbildungsschule zahlreiche Mädchen miteinbeziehen, die bisher gar keine Fortbildungsschule besuchten. Allein die Gemeindeschulen entziehen nach Vollendung der Schutzfrist (einstufige Dispensationen nach vor Vollendung der Schutzfrist) im Schuljahr 1911/12 19 942 Mädchen, in den drei Schuljahren 1909/10, 1910/11, 1911/12 zusammen 41 839 Mädchen.

Verbesserungen beim Omnibus. Eine Reihe von Verbesserungen führt die Allgemeine Omnibusgesellschaft gegen das Ende des Monats durch. Eine neue Automobillinie 9 eröffnet sie am 27. November. Die Linie tritt an Stelle der bisherigen Werdelinie 9, die im Norden bis zum Aninplatz an der Schönhauser Allee, im Westen bis zur Ecke der Grünwald- und Köpenickerstraße in Schönberg verlief. Die Automobillinie 9 heißt dann Schönhauser Allee (Aninplatz) — Schönberg, Grünwaldstraße (Ecke Köpenickerstraße). Sie kreuzt folgende Brennpunkte des Berliner Verkehrs: Dadescher Markt, Werderischer Markt, Friedrichstraße, Potsdamer Platz, Potsdamer und Bülowstraße. Zum Potsdamer Ringbahnhof wird gleichzeitig die Werdelinie 16 geführt und vom Spitzeplatz über die Wolf-, Neue Hof-, Neue Jakob- und Köpenicker Straße bis zur Köpenicker Brücke verlängert. Die Linie heißt dann Potsdamer Ringbahnhof (Köpenicker Straße) — Köpenicker Brücke. Am 30. November wird ferner die Endhaltestelle der Automobillinie 24, Görlitzer Bahnhof — Stettiner Bahnhof im Norden nach der Ecke der Brunnen- und Demminer Straße verlegt. Die Linie geht von der Ecke der Weinmeister- und Rosenhaler Straße durch die Rosenhale- und Brunnenstraße. Die Linie heißt dann 24 Görlitzer Bahnhof — Brunnenstraße, Ecke Demminer Straße.

Unter den Patienten der Heilstätte Voelch herrscht seit kurzem wieder eine lebhaftere Erregung. Der Grund ist in einer erneuten Verkürzung der Besuchzeit zu suchen. Für die Wintermonate ist die Besuchzeit von 1/12 Uhr bis 4 Uhr festgesetzt worden. Viele Patienten fühlen sich wegen dieser Verkürzung der Besuchzeit beschwert und wandten sich mit dem Ersuchen um Ausdehnung der Besuchzeit an den Landesversicherungsamtsrat, erhielten aber ablehnenden Bescheid. Der Vorstand ist der Ansicht, daß die Besuchzeit in Voelch erheblich länger sei, als in allen Krankenanstalten, zumal in den Wintermonaten es frühzeitig dunkel ist. Während der Dunkelheit soll aber Besuch unter keinen Umständen mehr in den Anstalten geduldet werden. Es ist zu hoffen, daß in den Sommermonaten eine längere Besuchzeit wieder zugelassen wird. Soweit wir unterrichtet sind, soll diesen Wünschen nichts im Wege stehen.

Besondere Erbitterung hat unter den Patienten die Tatsache hervorgerufen, daß an mehreren Sonntagen die Besucher, die mit dem Zug 11 1/2 Uhr in Voelch eintrafen, bis 1/12 Uhr vor dem Tore der Anstalt stehen müssen, obwohl es stark regnete. Es wurde allseitig gemißbilligt, daß eine Verwaltung, die auf die Gesundheit der Patienten bedacht sein muß, es fertig bringt, die Angehörigen der Patienten in Wind und Wetter am Saun-

warten zu lassen. Es ist eingewandt worden, daß die Besucher doch mit dem nächsten Zuge fahren könnten, der um 1/12 Uhr in Voelch eintrifft, dann sparten sich die Besucher die Unannehmlichkeiten. Dagegen wird aber von vielen Patienten eingewendet, daß der erstere Zug viel bequemer ist als der zweite, der von Charlottenburg fährt und der oft wiederholtes Umsteigen erforderlich macht, ehe man ihn von den verschiedenen Stadtebenen erreichen kann, was besonders für Frauen, die ihre Kinder mitnehmen wollen oder müssen, viel Unannehmlichkeiten mit sich bringt. Wir müssen offen gestehen, daß uns das Verständnis fehlt, wegen der halben Stunde so viele Scherereien zu machen. Was verliert die Verwaltung, wenn sie die Heilstätte anstatt um 1/12 Uhr um 11 Uhr für den Besuch öffnet. Doch nicht das geringste! Aber sie schafft viel unnötigen Ärger aus der Welt. In den letzten Tagen hat eine neue ärztliche Verordnung unter den Patienten Aufregung hervorgerufen, die sich auf die Liegezeit an den Sonntagen bezieht. Bisher brauchten die Patienten an den Sonntagen nach dem Besuch nicht mehr zu liegen, weil sie schon vormittags zwei Stunden länger liegen müssen als an den Wochentagen. Am Sonntag wurde angeordnet, daß auch in den späten Nachmittagsstunden zwei Stunden Liegezeit festgesetzt sind. Die Ärzte erklären diese Maßnahme aus gesundheitlichen Rücksichten, diese Patienten dagegen empfanden die neue Verordnung als Schikane.

Man findet immer der Meinung, daß in Kranken- und Heilanstalten der Arzt zu bestimmen und der Patient sich den ärztlichen Anordnungen zu fügen hat; allein es muß dringend vermieden werden, daß die einzelnen Anordnungen auch nur den Schein erwecken, die Patienten irgendwie zu reizen. Es ist allgemein bekannt, daß Kranke Personen auch für die kleinsten Ungechtigkeiten außerordentlich empfindlich sind und sich dann leicht aufregen. Das beeinträchtigt aber in erheblichem Maße den Heilerfolg der Kur. Die fortgesetzten neuen Verordnungen und Bestimmungen sind aber sehr geeignet, immer neue Erregung unter die Patienten zu tragen. Andererseits müssen auch die Patienten alles vermeiden, was der Verwaltung auch nur den geringsten Anlaß zu neuen Bestimmungen geben kann. Wer sich in eine Heilstätte begibt, muß sich darüber klar werden, daß er sich den in der Anstalt geltenden Bestimmungen zu unterwerfen hat. Durch gegenseitiges Vertrauen zwischen Verwaltung und Patienten kann der Heilerfolg gefördert werden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir einige kleinere Beschwerden, die uns unterbreitet worden sind, erwähnen. Früher war es Usus, daß den Angehörigen von Patienten heißes Wasser verabfolgt wurde, um sich eine Tasse warmen Kaffee aufbrühen zu können. Uns wird jetzt mitgeteilt, daß diese kleine Vergünstigung nicht mehr gewährt werden soll. Wir finden das sehr hart. Man soll doch bedenken, daß die Besucher frühzeitig von Berlin fort müssen, Mittagbrot zu kaufen, ist ihnen nicht möglich, weil sie schon das hohe Fahrtgeld ausgehen müssen. Ist es denn da in einer solchen großen Anstalt ein Unglück, den Besuchern etwas heißes Wasser zu liefern? Früher bestanden noch mehr Annehmlichkeiten für die Besucher, die aber leider durch das unvernünftige Verhalten einiger Personen beseitigt worden sind. Das kleine Entgegenkommen in der Abgabe von heißem Wasser sollte die Verwaltung wirklich leicht erfüllen können, auch dann, wenn eine von der Verwaltung verpachtete Restauration besteht.

Die Sandkästen, die in einzelnen Straßen aufgestellt sind, bilden oft den Tummelplatz der Kinder. Sie springen hinein oder sperren sich dort ein. So passierte es einem kleinen Knaben am Korduser, daß er von seinen Spielgefährten in einen solchen Kasten mit Dedel gesteckt wurde. Die Kinder liefen davon, der Kleine Junge war nicht in der Lage, den schweren Dedel heben zu können. Entschuldig bemerken diesen Vorgang und so konnte der Knabe aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. In einem anderen Falle an derselben Stelle wurde aber diese Spielerei gefährlich, als der Knabe Th. seine Hand zwischen den Dedel und Kasten hielt. Der schwere Dedel sank auf die Hand hernieder und verletzte sie so schwer, daß wahrscheinlich die Hand dauernd geschädigt bleiben wird. Es wäre doch ratsam, die mit Dedel versehenen Sandkästen zu verschließen oder die Dedel überall zu entfernen. Es sind doch auch Sandkästen ohne Dedel aufgestellt.

Das Seppelinschiff „Ganja“ machte gestern vom Potsdamer Luftschiffhafen aus eine zweitägige Fahrt über Berlin und die Vororte, bei welcher es längere Zeit in 500 bis 600 Meter Höhe über der Reichshauptstadt schwebte. An Bord der „Ganja“, die von Oberingenieur Dorr geführt wurde, befand sich Bürgermeister Rodig aus Potsdam, Stadtrat Pama, der Fahrleiter des Berliner Vereins für Luftschiffahrt, Brödelmann, Hauptmann Horn und Oberleutnant von der Leyen vom Luftschiff-Regiment Nr. 3 in Köln, sowie der bekannte Parafeldführer Altesdorfer Stöder. Nach längerer Fahrt kehrte die „Ganja“ nach Potsdam zurück. Für Sonnabend ist ein Flug nach Halberstadt in Aussicht genommen.

Ein Fliegerunfall hat sich gestern morgen auf dem Flugplatz in Johannisthal ereignet. Der Offiziersflieger Leutnant von Winterfeldt hatte auf einem Doppeldecker in der neunten Stunde Flugübungen unternommen. Er hatte die Bahn mehrmals umkreist und wollte dann wieder landen. Beim Abgleiten überlag er es jedoch, den Motor abzustellen und inselgeheßen überschlug sich der Apparat vollständig. Der Fliegerplan stürzte mit ziemlicher Gewalt in die Tiefe und schlug so heftig auf den harten Erdboden auf, daß er vollständig in Trümmer ging. Leutnant von Winterfeldt wurde unter den Trümmern begraben. Hingeworfene Rettungsmannschaften befreiten den Verunglückten und sorgten sogleich für ärztliche Hilfe. Es wurde festgestellt, daß der Flieger schwere äußere Quetschungen erlitten hat, daß er es nicht unwahrscheinlich, daß auch innere Verletzungen vorliegen, da der Verletzte über innere Schmerzen klagt. Von W. wurde ins nächste Krankenhaus gebracht. Erst nach einigen Stunden erlangte er dort das Bewußtsein, das er bei dem Unfall verloren hatte, wieder.

Um sich das Leben zu nehmen, ist der 60 Jahre alte Tischler Emil Welter aus Deuben bei Dresden, wo er mit seiner Familie wohnte, nach Berlin gekommen. Am Dienstag nachmittag nahm er in einem Pensionat in der Lindenstraße ein Zimmer. Am Montag ging der Mann schon früh morgens weg und kam erst spät abends wieder. Als die Wirtin ihn gestern morgen wegen wolle, fand sie ihn tot am Kleiderbügel hängen. Auf dem Tische stand eine Glühbirne, die der Mann gereizt hatte, bevor er sich erhängte. Nach einer hinterlassenen Aufzeichnung haben Familienzuständige Welter in den Tod getrieben.

Wetterford einer Fliegerin. In Johannisthal hat am gestrigen Freitagvormittag die junge russische Fliegerin, Fräulein Lubo Wolantinskow eine glänzende Leistung vollbracht. Sie erreichte auf einem Pflanz-Emdecker in 30 Minuten eine Höhe von 2400 Metern und verbesserte den bisherigen Wetterford im Tarnenobfluge, den Wally Beale mit 820 Metern aufgestellt hatte, fast um dreifache.

Das Weihnachtsgeschäft der Taschendreiecke geht schon glänzend, obgleich es bis zu den Feiertagen noch geraume Zeit hin ist. Die immer, so haben diese „Spezialisten“ auch diesmal wieder ihre „Arbeit“ pünktlich mit dem Beginn der Weihnachtsausstellungen in den Warenhäusern begonnen. Die besten Gelegenheiten bieten sich ihnen hier in den Spielzeugabteilungen. So blühte eine Dame in einem Warenhause der Leipziger Straße für 1300 M. Schmuck-

sachen ein, die sie in ihrer Handtasche trug. Ein Platin-Halsband mit Brillanten, das allein 600 M. wert ist, zwei Trauringe, eine Kravattenkrawatte, ein Armband mit dem Wappen der Stadt Wiesbaden usw. Nach Beobachtungen an verschiedenen Stellen gehört zu den Langfingern auch eine Bande von jungen Burken, die sich bald hier, bald da bemerkbar machen.

Aus Anlaß des Inkrafttretens der Angestelltenversicherung hat die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag eingereicht: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr in gemiselter Deputation über eine Abänderung des Gemeindebeschlusses vom 9. Mai 1901 betreffend die Bewilligung von Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberechtigung im Dienste der Stadt dauernd beschäftigten Personen insbesondere nach der Richtung zu beraten, daß in den §§ 1 und 2 dieses Gemeindebeschlusses bezeichneten Personen durch Ortsstatut ein Rechtsanspruch auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversicherung gewährt wird, und die Beratungen so zu beschleunigen, daß dieses Ortsstatut noch vor dem 1. Januar 1913, dem Tage des Inkrafttretens des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911, Geltung erlangt.

Generalam nach der Igl. Universitätsbibliothek. Am Freitag nachmittag kurz vor 2 Uhr wurde die Feuerwehrt nach der königlichen Universitätsbibliothek in der Universitätsstraße gerufen. Die Meldung galt sofort als „Mittelfeuer“, so daß in kurzer Aufeinanderfolge sechs Löschzüge, der Rettungswagen und die Pufferpumpe anrückten. Auch Branddirektor Reichel eilte alsbald nach der Bibliothek. Wie sich herausstellte, war im Fahrstuhl der Bibliothek Kurzschluß entstanden. Die Gefahr konnte mit Leichtigkeit beseitigt werden, so daß die Feuerwehrfahrzeuge nach wenigen Minuten wieder in ihre Depots zurückkehren konnten.

Arbeiter-Bildungsschule. Am Sonntag, den 24. November, abends 7 Uhr, findet im Schulkafé, Grenadierstr. 33, eine Mitgliederversammlung statt. Genosse Brunwald hält in ihr einen Vortrag über die bürgerlichen Werttheorien. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Gäste sind willkommen.

Männerchor Noabit (Mitglied des D. A. S. V.). Chorleiter: R. Weinrich. Sonntag, den 24. November 1912 (Totensonntag), im Noabiters Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24: Großes Konzert unter Mitwirkung der Rahatinschen Solistenkapelle. Nach dem Konzert Ball. Anfang präzise 1/3 Uhr. Billet 50 Pf.

Töbliche Verletzungen zog sich am Sonntagabend der 7 Jahre alte Sohn Erich der Kaufmanns Eheleute, Gabriel-Roxit, 16, zu. Der Knabe machte sich an dem Treppengeländer zu schaffen, wobei er plötzlich über das Geländer in den Schacht hinabstürzte. Dort blieb er bewußtlos liegen. Auf der Unfallstation wurde festgestellt, daß das Kind einen Schädelbruch erlitten hatte. Der Knabe wurde nach der Charité gebracht, dort ist er am Donnerstag früh seinen Verletzungen erlegen.

Wer ist die tote? Aus dem Testonkanal gelandet wurde bei der Adlershofer Brücke die Leiche eines jungen Mädchens, das nach Erscheinung und Kleidung den besser gestellten Kreisen angehört zu haben scheint. Die tote, die nach der Leichenhalle in Adlershof gebracht wurde, ist etwa 20 Jahre alt, mittelgroß und kräftig und trug ein schwarzes Kleid mit einer reichen Halskrause, eine graue Korsett, weiße Wäsche, braune Strümpfe, braune Schürchen, einen braunen Mäntel, graue Stoffhandschuhe und eine graue Pelzboa. Einen Hut trug sie nicht. Bei ihr vorgefunden wurde eine goldene Uhr mit Kette und eine Brosche.

Fußballspiele der Arbeiter- und Sportvereine. Am kommenden Sonntag finden in der 1. Klasse folgende Spiele statt: Fichte 17 gegen Nichte 1 in Reinickendorf, Teite-Allee; Weisknee gegen Charlottenburg in Weisknee, Falkenbergstr. 132; Spandau gegen Schöneberg in Spandau, Egerplatz, Seeburger Straße. Spielbeginn: nachmittags 1/3 Uhr.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadtverordnetenversammlung. Am Donnerstag wurden in der Stadtverordnetenversammlung Klagen über Verkehrsmissstände laut, die glouben machen könnten, Lichtenberg mit seinen 160 000 Einwohnern sei ein hinterwäldlerisches Dorf. Unter der Eisenbahnüberführung Frankfurter Allee haben sich infolge der Verkehrszunahme lebensgefährliche Zustände herausgebildet. Der Eisenbahndirektor denkt aber nicht daran, den Verkehrsverhältnissen entsprechende Umbauten an der Brücke vorzunehmen. Allerdings müßte er auch an eine Verbreiterung der Ueberführung denken, um einen geordneten Verkehr zu sichern. Es müssen, wie die Eisenbahnverwaltung zugeht, zwei neue Gleise eingebaut werden. Da aber die in Aussicht stehende Elektrifizierung der Stadtbahn bedeutende Aufwendungen erfordert, sei an den Einbau der nötigen Gleise und eventuellen Neubau der Ueberführung auf Jahre hinaus nicht zu denken. Der Fiskus rechnet anscheinend darauf, daß, wie in anderen Fällen, auch hier die Stadt ihr die Sorge für die dem entwidelten Verkehr angepöhlten Umbauten einfach abnehme. Ironisch bemerkte Genosse Kerpcher, der Fiskus verjage sich hinter Ausreden. Bei Ueberführungen jammere ihn nicht der Verkehr unten durch, und bei mangelhaften Brücken nicht der drüber her! Genosse John lenkte die Aufmerksamkeit auf die Verkehrsmissstände an der sogenannten großen Tonne, das ist eine Unterführung, die den Rummelsburger Ortsteil im Zuge des Kordrings mit Berliner Gelände verbindet. Vier verkehrsreiche Straßen münden hier in einem tunnelartigen Gang, der aus einem starken Strom von Schulkindern und Arbeitern als unvermeidbare Passage dient. Es kommt hinzu, daß die einmündenden Straßen ein starkes Gefälle besitzen. In manchen Tagesstunden zeitigt der Verkehr hier lebensgefährliche Zustände. Man darf sich nicht wundern, wenn sich dabei eines Tages eine Katastrophe ereignet. Die Stadt Berlin und der Eisenbahndirektor zeigen sich leider wenig bereit, das öffentliche Verkehrshindernis zu beseitigen. Als Genosse John die Sache anschnitt, wurde es im Magistrat und, wie von gleichen Beweggründen geleitet, auf den Vänten der Bürgerlichen sehr unruhig. Man wollte merkwürdigerweise die Erörterung dieses Verkehrsmissstandes unterdrücken. Genosse John gab seiner Meinung Ausdruck, der Polizeipräsident trete wohl nicht energisch genug für die Interessen der Stadt Lichtenberg ein. Das mobilisierte den Vorsteher und den Oberbürgermeister, die beide in sehr erregter Weise den Polizeipräsidenten als Schutengel Lichtenbergs herausstrichen. Der Oberbürgermeister wiederholte, daß in den Verordnungen, die der Präsident in dieser Sache, wie auch bei anderen Gelegenheiten, sehr eifrig für die Interessen Lichtenbergs, lieber den Stand der Verhandlungen betreffend die große Tonne werde er nur in einer geheimen Sitzung Mitteilung machen; die öffentliche Erörterung könne der Stadt ungezählte Tausende kosten. Genosse Grauer bemerkte, es sei unbedingt notwendig, die Verkehrsmissstände öffentlich zu besprechen. Oberbürgermeister Bietzen rief hierauf: „Verabte das ist gefährlich!“ Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die den Magistrat ersucht, energische Schritte zur Abstellung der Missstände zu unternehmen. — Weiter beschäftigten die Versammlung postale Missstände. Ein Antrag auf Einrichtung der Hochpostverbindung nach Lichtenberg ist abgelehnt worden. In der Begründung erklärt die Post, daß in Lichtenberg verhältnismäßig wenig Eilsendungen ausgegeben würden. Die Antwort ist grandios! Die unglaublich mangelhafte Zu- und Abgangsbefestigung in Lichtenberg zwingt die Gewerbetreibenden, ihre eiligen Boten-

fachen durch Boten nach Berlin zu bringen. Das geschieht in zahl- reichen Fällen. Und nun erklärt die Post mit muselmännischer Gelassenheit: Lichtenberg befördert wenig eilige Briefe usw.! Das geht wirklich über die Hausnummer. Oberbürgermeister Zieschen teilte mit, daß beispielsweise in Lichtenberg Telegramme nachts überhaupt nicht bestellt würden. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß viele Einwohner ihre erste Post morgens erst nach 9 Uhr erhalten. Als Mißstand sei auch zu bezeichnen, daß die Post an der Bezeichnung Kummelsburg für den diesbezüglichen Ortsteil fehlerhaft. Daraus ergaben sich sehr viele Verzögerungen in der Bestellung und große Schädigungen für die Einwohner. Die Post machte den lächerlichen Einwand, die Bezeichnung Kummelsburg habe sich eingelebt. Auch in diesem Falle erhielt der Magistrat den Auftrag, höheren Orts vorstellig zu werden. Rügt das nichts, sollen die Mißstände in den Parlamenten zur Sprache kommen. — Eine lebhafteste Erörterung knüpfte sich an drei Vorlagen, die Zurücknahme der gegen die Stadt Berlin erhobenen Klagen auf Leistung eines Zuschusses zu den Volksschulassen fordern. Stadtverordneter Schachtel erklärte sich gegen die Zurücknahme der Klagen. Die Sozialdemokraten befürworteten die Vorlagen, wobei Genosse Grauer eine freundschaftliche Verständigung mit der Stadt Berlin anregte. Eine endgültige Stellungnahme soll erfolgen, wenn auch das noch fehlende Material für das Jahr 1904 vorliegt. — In Beantwortung einer Anfrage, betreffend die Errichtung einer Reichsanstalt in Lichtenberg, teilte Bürgermeister Linger mit, daß die Interessenten in den nächsten Tagen zusammenberufen würden, um über die Ausbringung der erforderlichen Garantiesummen zu verhandeln. In eine Kommission, die mit der Frage der Errichtung einer städtischen Hypothekenanstalt sich beschäftigen soll, wurde Genosse Grauer gewählt. Bei dieser Gelegenheit erhoben unsere Genossen Protest dagegen, daß die Interims-Stadtverordnetenversammlung jetzt, nach Wähl der ordnungsmäßigen Vertretung, noch Beschlüsse von weittragender Bedeutung fasse. — Der beantragten Errichtung eines Gemüshausens mit Arbeitsraum in der Stadthausgasse gab die Versammlung ihre Zustimmung. — Der Vorsteher machte bekannt, daß Genosse John die Klage auf Ungültigkeitserklärung der letzten Stadtverordnetenwahlen eingereicht habe. Ueber die Vertretung der Stadt in diesen Rechtsstreit soll später Bescheid kommen. Auf eine Anfrage betreffend die beabsichtigte Dreifachanlage in Müdersdorf erklärte der Magistrat, daß die Stadt bei dieser Angelegenheit wenig interessiert sei. Aus der Versammlung wurden lebhafteste Proteste gegen das Projekt laut.

Stimmwahlen. Die in der zweiten Abteilung vorzunehmenden Stichwahlen erfolgen am 9. Dezember. Es sind daran beteiligt: der vierte Bezirk mit einem Mandat, um welches Genosse Grauer mit dem Herrn Cantin von der Vorkühnbankgruppe zu kämpfen hat. Auch im 8. Bezirk ist ein Mandat noch nicht endgültig besetzt, doch stehen sich hier die beiden Genossen John und Lenger als Bewerber gegenüber. Das Mandat ist uns also sicher. Im 7. Bezirk ist ebenfalls noch ein Mandat zu besetzen. Hier steht der Genosse Kerschbamer im Kampfe gegen den Vorkühnbank- kandidaten Wöber. Im 8. Bezirk muß über alle drei Mandate in der Stichwahl entschieden werden. Hierbei sind beteiligt die Genossen Grauer, Erikt und John. Wenn es den Mittelständ- lern wirklich darauf anläge, die Macht der Vorkühnbankgruppe zu brechen, sie hätten die Gelegenheit dazu. Sie geben im 4., 7. und 8. Bezirk den Ausschlag. Nach dem, was sie vor der Hauptwahl von der Vorkühnpartei behaupteten, müßte den Mittelständlern eine Unterstützung jener Schädiger der Allgemeininteressen un- möglich sein. Nun ist es doch, dann sollen sie nicht verlangen, als ernst- hofte Politiker bewertet zu werden.

Die Doppelwahl der Genossen Grauer, Eisenstädt und Hedert macht eine Nachwahl im 2., 7. und 8. Bezirk der dritten Abteilung erforderlich. Diese Bezirke sind sicherer Besitz der Sozialdemokratie.

Steglitz.

Die Weislose. In Ausführung eines Beschlusses der letzten Gemeindevorstandssitzung macht der Gemeindevorstand jetzt bekannt, daß vom 1. Dezember 1912 ab folgende Zeitkarten eingeführt werden: 1. Schüler-Monatskarten für die ganze Strecke Anaspay- Bahnhof Steglitz zum Preise von 2 M.; 2. solche mit Lebergangsberechtigung auf die elektrische Straßenbahn Steglitz-Grunewald, und zwar für die Zeitkarten Wochen- und Monatskarten gültig. Die Ausgabe dieser Karten erfolgt ebenso wie die der Schüler- karten zur Grunewaldbahn in der Steuerklasse Schloßstraße 80 an den vier letzten und vier ersten Tagen des Monats in der Zeit von 8-9 und 5-7 Uhr. Die Einführung der Monatskarten ist zu begrüßen; sie wird nicht nur dem Publikum, sondern auch der Gemeindefasse nützen. Aber man hätte gleich ganze Arbeit tun und auch Arbeiter-Wochenkarten einführen sollen die gleichfalls Bedürfnis sind. Ein wirklich praktisches und zugleich finanziell für die Gemeinde nützlich Verlehrsmitel wird die Weislose aber erst dann werden, wenn man sich entschließt, den jetzigen „Toten Punkt“, die Endhaltestelle Anaspay, zu über- winden und die Bahn bis an den Wannseebahnhof Friedenau zu verlängern. Die Befürchtungen unserer Arbeiterpolitiker, daß dadurch die Steglitzer Geschäftslage ge- schädigt würden, weil dann der Verkehr nach Friedenau und Berlin abgelenkt würde, sind so kleinlich und ohnehin unzutreffend, daß man sie ernsthaft nicht zu widerlegen braucht. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Nicht nur das Interesse der Hausbesitzer, nein auch das der Gemeinde gebietet dringend die Verlängerung, damit jener Ortsteil erst einmal bewohnt wird, in dem jetzt nicht nur einzelne Häuser, nein fast ganze Straßenzüge leerstehen, eben weil eine günstige Verkehrsverhältnisse fehlt. Erst wenn eine Be- wohner dort vorhanden ist, kann Handel und Gewerbe entstehen und gedeihen. Doch das dann nicht gerade den jetzigen Steg- litzer Gewerbetreibenden, auf die man so ganz und falsch ange- brachte Rücksichten nimmt, zugute kommt, ist allerdings möglich, darf aber nicht ausschlaggebend sein. Der Verkehr der Vororte gravitiert nach Berlin, und da ist es geradezu widersinnig, von jemandem zu erwarten, daß er erst von Berlin über Friedenau nach Steglitz und dann mit der Weislosen wieder zurückfahren soll, um seine Wohnung in dem fraglichen Ortsteil zu erreichen. Wenn die Weislose dann auch von Bewohnern des angrenzenden Schöne- bergers Ortsteils frequentiert wird, brauchen wir nicht neidisch zu sein, weil wir den finanziellen Vorteil davon haben. Deshalb muß gefordert werden: Durch bis Bahnhof Friedenau!

Für Arbeiter-Wochenkarten auf unserer Grunewaldbahn tritt ebenfalls eine neue Bestimmung in Kraft. Bisher galten diese Karten für eine Kalenderwoche, was für die Benutzer manche finanziellen Nachteile bedeutete. Auf Anregung unserer Genossen in der Gemeindevorstellung werden nunmehr diese Karten mit Gültigkeit von jedem beliebigen Tage für sechs aufeinanderfolgende Arbeitstage ausgegeben.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Mittwoch, den 4. Dezember 1912, findet im Volkshaus, Kottbusstr. 3 (Großer Saal) eine große Vortragsaufführung statt. Zur Aufführung gelangt: Der Märchen- brunnen oder Bügenmäuschen und Wahrheitsmündchen. Märchen- spiel in 2 Akten (3 Bilder) mit Gesang und Reigen von Berthold Schröder. Aufgeführt von 55 Kindern der Mitglieder. Soalöff- nung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr. Eintritt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Billets sind zu hohen Kommissar-Expedition, Selenbamer Str. 1, Konjum-Niederlage, Wallstr. 23, Gräß, Spre- straße 56, Feilcke, Neue Christstr. 7, Liermann, Kaiserin-Augustia- allee 91, und im Volkshaus, Kottbusstr. 3 (Stiehhierhöle).

Wilmerdorf.

Genz, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Wilmerdorfer Festhällen, Johann Georgstraße 19, der vom Bildungsausschuß veranstaltete

Seitene Abend fest. Eintritt für Erwachsene 30 Pfennig, Jugendliche unter 18 Jahren frei. Am regen Besuch wird gebeten.

Britz.

Ueber Kriegsgefahr, Volkserziehung und Volkseid sprach in einer öffentlichen Versammlung im Veders Gesellschaftshaus Genosse Kuch. Hierauf erläuterte Gemeindevorsteher Genosse Brenzlows die Umstände, welche es verschuldeten, daß in allen Vor- orten Berlins russisches Fleisch zu haben sei, nur in Britz nicht. Er sprach seine Bewunderung darüber aus, daß nach keine Ueber- einkunft mit Berlin erzielt sei. Auch die Schlächtermeister von Britz tragen ein groß Teil Schuld daran, weil diese in einer Innungsversammlung beschlossen hätten, kein russisches Fleisch zu verkaufen. Die Bauerngenossenschaft Ideal habe einen Laden kosten- frei zur Verfügung gestellt und trotzdem wäre es bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Britzer Einwohner mit frischem russi- schem Fleisch zu versorgen. Da müßte die Schuld wohl auf beiden Seiten, bei der Gemeindeverwaltung und bei den Schläch- tern liegen. An beide Vorträge knüpfte sich eine sehr lebhafteste Debatte. Eine Genossin erklärte, sie würde bei den Britzer Schlächtern aus diesem Grunde gar kein Fleisch mehr kaufen und es sich lieber aus Berlin holen. Zum Schluß wurde folgende Reso- lution einstimmig angenommen: Die öffentliche Volksversamm- lung protestiert gegen das in der hiesigen Gemeindevorstellung ge- übte Verfahren betr. Fleischversorgung der Britzer Einwohner- schaft. Die Tatsache, daß kleinere Orte mit weniger Arbeiter- bevölkerung schon lange die Fleischversorgung in die Hand ge- nommen, zwingt zu der Annahme, daß die hiesige Gemeindevor- stellung nicht ernsthaft gewillt ist, die Not zu lindern. Andererseits hat die Gemeinde Britz, ohne daß die Bedürfnisfrage vorhanden, Tausende von Mark übrig zur Errichtung einer höheren Schule, die doch einer verschwindenden Minderzahl zugute kommt. Die Versammlung erwartet, daß die Gemeindevorstellung nun endlich energische Schritte unternimmt, um der herrschenden Teuer- ung zu begegnen. Als Maßnahmen hierzu betrachtet die Ver- sammlung neben dem Verkauf ausländischen Fleisches in eigener Regie vor allem: Speisung armer Kinder. — Erhöhung der Ar- menunterstützung. — Nichterhebung der Steuern bis zu 900 M. Verpachtung billigen Laublandes und Förderung der Anbau- zucht. Die Versammlung beauftragt das Verwaltungsbureau, diesen ihren Beschluß zur Kenntnis der Gemeindevorstellung zu bringen, und verpflichtet sich, nur solchen Gemeindevorstellern künftig ihre Stimme zu geben, die gewillt sind, ihren gerechten Forderungen auch Rechnung zu tragen.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevorsteherung. Die Jahresrechnung für 1911 schließt mit einem Verfallüberschuß von 22 000 M. ab. Davon sollen 7000 M. auf den Kanalisationsfonds vorgetragen und der Rest zur Deckung des Fehlbetrages für 1910 im Betrage von 46 000 M. verwendet werden. In einer Auseinandersetzung führte der Antrag des Herrn Hoffmeister, die Verlehrsmission um ein Mitglied zu verstärken. Anlaß zu diesem Antrage gab wohl die Tatsache, daß bei der kürzlich erfolgten Neuwahl, der Vertreter Benz als Direktor der Straßenbahn nicht wiedergewählt wurde. Namens unserer Vertreter erklärte Ge- nosse Kuch, daß es ein Unbegriff sei, diesen Herrn, welcher der Sachwalter derselben Gesellschaft sei, mit der man wohl ausschließlich in der Kommission zu tun haben werde, zu wählen; es sei ganz selbstverständlich, daß in diesen Fragen die engsten Interessen der Gesellschaft auf dem Spiele stehen, die zu vertreten der Direktor berufen sei. Trotz der heftigen Gegenwehr der Vertreter der ersten Klasse wurde der Antrag abgelehnt. Für die Schaffung einer Trinkerfürsorge wurde der Saal im Feuerweh- gebäude in der Siemensstraße bereitgestellt; es soll dort wöchentlich abends eine Sprechstunde abgehalten werden. Der Forderung von Mitteln für den Ankauf von Plastersteinen für den im nächsten Jahre beginnenden Einbau des zweiten Straßenbahnsteiges in der Wilhelmshof- und Ostendstraße wurde zugestimmt.

Am Schluß der öffentlichen Sitzung wurde ein Dringlichkeits- antrag unserer Genossen verhandelt, welcher eine Erweiterung des Fleischverkaufs der Gemeinde verlangt. Die Genossen Grunow und Kuch verurteilten scharf das Vorgehen der be- teiligten Fleischhändler, welche dem Publikum einmal den Einkauf zu erleiden suchten und sich ohnedem große Ungedrigkeiten in der Behandlung der Käufer zuschulden kommen ließen; auch sei die Bereitstellung des einen Ladens völlig unzulänglich. Von dem Schöffen Dr. Kühn wurden die Mißstände allgemein zugegeben. Es sei wohl bewiesen, daß durch die Maßnahmen der Gemeinden der Tenierung nicht nennenswert begegnet werden könne; Pflicht der Gesetzgebung müsse es darum sein, hier helfend einzugreifen. Herr Engel rief, den Verkauf, der durch die Gemeinde nie ideal gestaltet werden könne, einfach aufzuheben. Herr Kachelny hielt eine Vorunter- stützung an Bedürfnis für zweckmäßiger. Der Antrag, den Verkauf an allen Tagen stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt. Der Schlächter- eintragung ist der Verkauf jedoch entzogen und anderen Fleischhänd- lern übertragen.

Am Totensonntag, abends 8 Uhr, veranstaltet der Wahlverein im Restaurant „Wilhelmshof“ eine Aufführung von „Stützen der Gesellschaft“. Es werden dabei dieselben Schauspieler mit- wirken, welche am Vortage so vorzüglich „Johannissener“ spielten. Diesmal muß der Zuspruch jedoch ein größerer sein, wenn die Kosten dieser Veranstaltung gelohnt werden sollen.

Wariendorf.

Aus der Gemeindevorstellung. Das Provinzialschulkollegium hat die Zustimmung erteilt, daß die Mädchenschule des Direktor Jander aus einer Privat- in eine Gemeindefestung umgewandelt wird. Mit der Eröffnung des Antrages zum 1. April 1913 soll in dem Gebäude in der Ringstraße gleichzeitig die III. Gemeindefestung eingerichtet werden. Die Schule soll gebildet werden aus 8 Klassen der I. und 4 Klassen der II. Schule; außerdem soll eine Klasse neu eingerichtet werden. An Kosten entstehen der Gemeinde für neu anzustellende Lehrkräfte: einen Vektor 4250 M., eine Lehrerin 1920 M. und eine technische Lehrerin 1620 M.; die anderen Lehrstellen werden von der I. und II. Schule mit übernommen. Bei dieser Gelegenheit wies Genosse Reichardt darauf hin, daß die des öfters vorgebrachten Beschwerden berücksichtigt werden müßten, es seien nur solche Lehrkräfte anzustellen, welche in jeder Hinsicht den pädagogi- schen Ansprüchen voll und ganz Genüge leisten. Der Gemeindevorsteher wird diesem Wunsche Rechnung tragen. Auf eine Anfrage des Gemeindevorstellers Sauer, ob der pensionierte frühere Ge- meindevorsteher Westphal noch als Vertreter der Gemeinde Wariendorf im Kreisrat Sitz und Stimme habe, meinte der Vorsteher Dr. Prütz, daß dies zuträfe. Genosse Reichardt erklärte, die Kreis- ordnung darauf hin zu prüfen, ob Herr Westphal dieses Amt noch zu Recht ausübt. Beschlossen wurde, diese Angelegenheit der Wahl- kommission zur Prüfung zu überweisen, um dann einer späteren Sitzung der Gemeindevorstellung darüber zu berichten. Zum Schluß brachte der Vertreter Sauer einen Fall zur Sprache, wonach einem hiesigen Einwohner bei einem Unglücksfall, welcher demselben zugestoßen war, nur unter ganz erschwerenden Umständen ärztliche Hilfe zuteil wurde. Schöffe Wöhrer wies darauf hin, daß ein Krankenwagen vom Verband für erste Hilfe in Berlin in dringenden Fällen sehr bald zu haben sei. Genosse Reichardt brachte in Er- innerung, daß ein Weidlich, einen Gemeinde-Krankentransportwagen anzu schaffen, schon vor Jahren vorgelegen habe. Er ersuchte den Gemeindevorsteher, bei dem Neubau des Feuerwehrdienstgebäudes einen solchen mit zu berücksichtigen und den Krankentransport in der Weise zu regeln, wie es in Schönberg und anderen Vororten jetzt bereits durch die Feuerwehr geschieht. Der Gemeindevorsteher will diesen Anregungen Rechnung tragen, ebenso mit den Ärzten des Dries befaßt Regelung des Nachwachtendienstes in Verbindung treten.

Tempelhof.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins hielt Genosse Linger-Lichterfelde einen recht beifällig aufgenommenen

Vortrag über: „Kirche und Sozialdemokratie.“ Derselbe gipfelte darin, daß die Sozialdemokratie große Duldsamkeit über gegen jeden einzelnen, der sich ihr anschließen wolle, um ein treuer Kämpfer zu sein, ohne mit jenem Glauben in Konflikt zu geraten. Andererseits sollten aber alle diejenigen, die innerlich schon lange mit der Kirche gebrochen haben, auch die letzte Konsequenz ziehen und aus der Kirche ausscheiden.

Friedrichsfelde.

Der Verkauf russischen Fleisches vollzieht sich nicht so glatt, wie dies im Interesse der Bevölkerung wünschenswert wäre. Dies dürfte wesentlich daran liegen, daß der Gemeindevorstand, dem die nötige Fälligkeit mit allen Kreisen der Bevölkerung fehlt, die Not- standsmassnahmen allein regelt. Die Einsetzung einer besonderen Kommission wurde bekanntlich abgelehnt. Und anstatt eigene Ver- waltungsstände der Gemeinde zu errichten, wurde der Verkauf den an- fälligen Schlächtermeistern übertragen, die wöchentlich wechseln. Der Verkauf findet in Stunden von 1/2 bis 8 Pfund statt. Bessere Sorten Fleisch können in unbegrenzten Mengen abgegeben werden. Viele Hausfrauen klagen darüber, daß bessere Sorten immer aus- verkauft sind. Auch der sonstige Verkauf vollzieht sich nicht glatt. Brätknochen, die sonst extra verkauft und gekauft werden, müssen mit dem üblichen Fleischpreis bezahlt werden. Sogar bei reinem Fleisch wie Roulade wird eine zehnjährige Anwesenheitsdauer ein- gemoggen. Den Schlächtern war ein Aufschlag von 15 Pf. pro Pfund gegenüber dem Einkaufspreis gestattet. Dieser Aufschlag ist nun- mehr auf 10 Pf. pro Pfund ermäßigt. Die Gemeinde geht außer- dem an die Schlächter pro Woche für Transport und Veräußerung 10 M. Hoffentlich gelingt es, die bisher empfundenen Mängel beim Verkauf des Fleisches durch geeignete Maßnahmen zu be- seitigen.

Spandau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Eine lange Debatte zief die erste Vorlage betreffend Einrichtung einer Polizeiwache in der Neustadt für das dritte Polizeirevier vom 1. April 1913 ab und Anstellung von zwei Polizeiergeanten hervor. Es wurde kriti- sirt, daß die Polizeibeamten viel mit nebenhändlichen Arbeiten be- schäftigt werden, so z. B. mit Schreibarbeiten und mit Botengängen für den Militärstatistik. Würden die Beamten mehr zum Sicher- heitsdienst verwendet, so wären sie vollständig ausreichend. Es könnten auch zwei Polizeiwachen im neuen Rathaus untergebracht werden und es wäre nicht nötig, deshalb eine neue Polizeiwache einzurichten, weil sich die beiden Polizeikommissionen nicht vertragen könnten. Genosse Pieper betonte, daß die Polizei bei sozial- demokratischen Begräbnissen völlig überflüssig sei. Bei Streiks werde die Polizei lediglich im Interesse der Arbeitgeber gegen das Streikpolizisten verwendet. Ebenso überflüssig sei es, die Polizei im Dienste der militärischen Institute zu verwenden. Auch sei es schon vorgekommen, daß die Polizei sozialdemokratische Versamm- lungen überwache, um teilzunehmen, oder Militärwerkstättenarbeiter daran teilnehmen. Aus alledem ergebe sich, daß ein großer Ueber- schuß an Polizeibeamten vorhanden sei. Die Vorlage wurde schlich- lich angenommen. Dem Kostenanschlag betr. weiteren Ausbau der Weissenburger Straße zwischen Jäger- und Föderichstraße in Höhe von 28 850 M. stimmte die Versammlung zu. — Eine Magistrats- vorlage verlangt Genehmigung des Kostenanschlages betr. Ausbau des Bräuhändlerplatzes und Bewilligung der Kosten a) für den gärtnerischen Ausbau 40 000 M., b) für Errichtung eines Café- Restaurants 68 000 M., zusammen 108 000 M. aus dem Kapital- vermögen. Der durch Verkauf der Baustellen an der Bräuhändler- straße erzielte Erlös soll zur Wiedererrichtung der Ausgaben ver- wendet werden. Wie der Referent mitteilte, ist im südlichen Teil der Anlage ein 230 Quadratmeter großer Sitzplatz, dahinter ein geräumiges Wasserbecken mit Springbrunnen, auf beiden Seiten desselben Rosenflächen, die Vorderterrasse, das Restaurations- gebäude und die Hinterterrasse angeordnet. Auf beiden Seiten sollen vier Meter breite Wege und fünf Meter breite Rosenstreifen angelegt werden. Außerhalb dieser Anlage liegt der Booshafen sowie ein Rinderplatz, für Promenadenwege und Sitzplätze ist reichlich gesorgt. Zur Bedienung sollen 2140 Quadratmeter ab- getrennt werden. Der Magistrat rechnet mit einem Rinderplatz- preis von 50 M. pro Quadratmeter, so daß eine Gesamtsumme von 107 000 M. herauskommen würde. Redner beantragte, für die gärtnerischen Anlagen 28 000 M. zu bewilligen und die Terrassen und das Café-Restaurant wegzulassen zu lassen. Einigen Stadt- verordneten war die Anlage zu kostspielig. Der Magistrat wolle mit der Parkanlage nur dem nächstjährigen, hier selbst stattfindenden Städtetag etwas Besonderes bieten. Stadtbaurat Gebensleben meinte, daß eine derartige Anlage durchaus notwendig sei. Die Stadt müsse sich mindestens 7 Proz. als Freischaffen erhalten. Da auch eine Reihe Wandelungsanträge zu dem Projekt gestellt sind, wurde nach lebhafter Debatte beschlossen, die Vorlage dem 1. Aus- schuß zur weiteren Durchberatung zu überweisen. — Die Vorlage betr. Abmachung mit dem Kultusministerium wegen Ueberlassung von 75 000 M. Beitrag zu den Kosten des Halbschweinebades wurde angenommen. — Bei der Bewilligung der Mittel für den Weisenschlag usw. auf der Gasanstalt in Höhe von 14 300 M. fragte ein Stadtverordneter, wann der Magistrat die Anfrage über die Mißstände in der Gasanstalt zu beantworten gedenke? Der Magistrat hüllte sich in Schweigen. — Die Einrichtung zweier Assistenzarztstellen am städtischen Krankenhaus vom 1. April 1913 ab zur Durchführung der Schwefeltherapie im Krankenhaus und Neuregelung des Schwefeltherapie sowie zur Entlastung der auch ohne die bevorstehenden Kurse schon überlasteten Kranken- hausärzte wurde beschlossen. Der Referent bemerkte u. a., daß im Spandauer Krankenhaus 33 Kranke auf einen Arzt entfallen. Das sei die höchste Zahl von allen Städten. Genosse Pieper hielt es für angebracht, die Ordensschweizer abzulassen und dafür weibliche Pflege zu bestellen. Oberbürgermeister Kaelke er- widerte, daß Spandau bezüglich der Krankenpflege außerordent- liches geleistet habe. Das Krankenhaus erfordere einen Zuschuß von 60 000 M. — Nach Erledigung bezug. Vertagung einer Reihe kleinerer Vorlagen wurde die Vertagung der jeden zur Beratung stehenden Gats beschlossen, damit soll sich eventuell eine besondere Sitzung beschließen. — Es lag noch ein Antrag Werner u. Gen. vor, die auf der geheimen Sitzung stehende Vorlage betr. Erlaß der auf die Stadt fallenden Wertzunachsteuer der Firma Weder Söhne in Höhe von 38 860,79 M. in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Stadtverordnetenvorsteher Lüdke beantragte, die Frage aus „Pa- ramentarischen“ der Firma Weder Söhne in geheimer Sitzung zu erledigen. Genosse Pieper nannte diesen Vorschlag einen Juristen- kniff; nicht sei über solche Dinge öffentlich verhandelt worden. Nach stürmischer Debatte wurde die Verhandlung der ganzen Vor- lage in die geheime Sitzung verlegt.

Alt-Landberg.

Die Stichwahl zwischen unserem Genossen Studier und dem bürgerlichen Kandidaten findet Montag, den 23. November, abends zwischen 5-6 Uhr statt. Da es auf jede einzelne Stimme ankommt, ersuchen wir die Arbeiter und Genossen, vollständig zur Wahl zu erscheinen, auch Arbeitskollegen und Freunde auf die Wahl aufmerksam zu machen. Die inzwischen von Alt-Landberg ver- zogenen Wähler haben unter allen Umständen die Verpflichtung, ihre Wahlkraft auszuüben.

Neu-Zittau (Kreis Beeskow).

Die Gemeindevorstellung lebte in ihrer letzten Sitzung eine von dem Wernsdorfer Einwohner Herrn Gerlich gestellten Antrag, eine ihm gehörige auf Herzfelder Gebiet gelegene Eprenwiese der Ge- meinde Neu-Zittau gegen eine ihm zu zahlende Entschädigung von 800 M. einzuzugewinnen. Ab. Nach der Erledigung einiger anderen unwichtigen Angelegenheiten verließ der Gemeindevorsteher das in der Verwaltungstreitliche der Genossen Schulz und Pettey ergangene Urteil. Von der Verurteilung gegen dieses Urteil sah die Gemeindevor- stellung ab, so daß unsere Genossen nunmehr als Gemeindevor- treter eingeführt werden können.

Notizen.

Im Volksgarten-Theater, Priesterstr. 31, kommen am Sonntag zwei Werke von Hermann Sudermann zur Aufführung und zwar der Einakter „Reigen“, sowie das vieraktige Schauspiel „Johannfeuer“, dargestellt vom Berliner Schauspielensemble unter Direktion von Heuser und Sohn.

Die untere Ruche kein öffentliches Gewässer? Die von der Gemeinde in Verbindung mit den übrigen Rucheinteressenten gemachten Versuche, die Aufnahme der unteren Ruche in das neue Wasserrecht, d. h. die Anerkennung als öffentliches, vom Staate zu unterhaltendes Gewässer, durchzusetzen, sind bisher erfolglos geblieben, obwohl in einem früheren Streitverfahren mit dem Ruchschauverband die damalige Gemeinde Neuenhof erfolgreich blieb. Die Gemeinde beabsichtigt daher, nochmals die Feststellungsklage anzustrengen und zwar unter Nebenahme eines Drittels der Kosten. Die zwei anderen Drittel werden jedenfalls die Stadtgemeinde Potsdam und die übrigen Rucheinteressenten tragen.

Straßenanlage auf der sog. „Kleinen Sandstraße“. Der Berliner Beamtenheimstättenverein, der vom Forsthaus das hinter dem Friedhof an der Goethestraße gelegene Waldgelände erworben hat, um darauf für seine Mitglieder, etwa 80 besser situierte, zumeist im Dienste staatlicher Behörden stehende Beamte, Eigenheime zu schaffen, hatte an die Gemeinde das Ersuchen gestellt, ihm eine Beihilfe zu den Pflasterungskosten zu gewähren. Die Gemeindevertretung gab diesem Ersuchen statt, indem sie für die Anlage der Straße 7 einen Beitrag von 548 M. bewilligte, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß sie eine Verpflichtung zur Beteiligung an den Pflasterungskosten übernimmt. Die Gemeindevertretung erklärte sich auch mit dem beantragten Geländeankauf am nördlichen Ende des Friedhofs im Prinzip einverstanden. Die Chauffierung der Straße will die Gemeinde für Rechnung des Vereins gegen Sicherheit übernehmen. In den Sanierungsarbeiten sollen die Pflasterer in Gemäßheit des Ortsstatuts herangezogen werden.

Aus aller Welt.

Die Schuldigen der Ermordung Canalejas.

Endlich sind die intellektuellen Urheber des Attentats auf den spanischen Ministerpräsidenten gefunden. Das Verbrechen gehörte dem frommen konservativen „Reichsboten“, der vor kurzem in einer glücklichen Stunde in einer Erörterung des Attentats schrieb:

Wir erinnern daran, daß zu Pfingsten dieses Jahres der anarchistische Kongress im Berliner sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus am Engelufer tagte, ein politisch sehr bedeutendes Ereignis, das die liberale Presse aus guten Gründen verschwiegen hat, dem aber auch in der rechtsstehenden Presse leider nicht die genügende Beachtung geschenkt worden ist.

Wie wir vorzutragen können, ist das Attentat wirklich auf dem im Gewerkschaftshaus tagenden Anarchistenkongresse beschlossen worden. Um dem überwachenden Beamten nicht vorzeitig Kenntnis zu geben, wurde der Beschluß gefaßt, als die heilige Hermandad gerade ein menschliches Bedürfnis verrichtete. Mit der Ausführung des Attentats war ein bekannter liberaler Abgeordneter beauftragt worden. Um ihn nicht zu kompromittieren, bewachte die gesamte liberale Presse Stillschweigen über den furchtbaren Plan. Schließlich aber bekam der Liberale — wie so oft — Furcht vor der eigenen Courage und es mußte mit der Ausführung telegraphisch ein in Argentinien lebender Spanier betraut werden. Schuld an all dem Unheil aber tragen die Genossen Ato in Körten und Johannes Sassenbach, die das Kongresslokal den Anarchisten zur Verfügung stellten. Wie wir noch erfahren, wird den beiden Genannten mit Hilfe des Dolus eventualis in Kürze der Prozeß gemacht werden. Hoffentlich entriuen sie nicht der harten, aber gerechten Strafe.

Auch ein Notleidender!

Im Inzeratenteil der „Deutsch Tageszeitung“ sucht ein königlicher Domänenpächter ganz besonderer Umstände wegen einen Nachfolger für seine Pacht. Er schildert die Annehmlichkeiten der über 900 Morgen großen westpreussischen Domäne — Herrenhaus mit 16 Zimmern, viel Zubehör, im großen alten Park sehr

gute Jagd auf Rehe, Wildschwein und Niederwild, auch sehr gute Fischerei — und fügt zum Schluß hinzu:

Bei diesen rationaler Bewirtschaftung kann und muß jeder Pächter hierauf reich werden, da die Pacht sehr niedrig ist.

Das Eingeländnis wird Herrn Dr. Vertel freilich nicht abhalten, die Agrarier auch weiterhin als die einzig notleidende Bevölkerungsklasse hinzustellen. Und in diesem edlen Vorhaben ist er der vollsten Zustimmung des Landwirtschaftsministeriums sicher.

Die Unwetterverheerungen auf Jamaica.

Neueren Nachrichten zufolge sollen während der Stürme auf Jamaica in der Nacht von Montego mehr als hundert Personen ertrunken oder von einfallenden Häusern getötet worden sein. In Lucca sind bedeutende Verluste an Menschenleben zu verzeichnen und an der Nordseite der Stadt blieben von dreihundert Häusern nur fünf stehen. In Green Island und anderen kleinen Städten im Nordwesten wüthete der Sturm am schärfsten. In der Nacht von Montego sanken sechs kleine Schoner, andere gingen in anderen Teilen der Küste unter. Im nordwestlichen Teile der Insel ist in den Tabak-, Bananen- und Kokospflanzungen bedeutender Schaden angerichtet worden, während die Vermählungen im Innern der Insel unbedeutender Natur sind. Montego ist noch immer von dem Winne-lande abgeschnitten und der Eisenbahndienst ist in einem Umkreise von 65 Kilometern unterbrochen.

Strafendemonstration höherer Staatsbeamten.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses fand Dienstagabend eine Massenversammlung der höheren Staatsbeamten statt, in der namentlich gegen die Verweigerung des automatischen Zeitvorrückens und gegen die Antastung der Koalitionsfreiheit der Beamten durch die Regierung protestiert wurde. Es wurde u. a. ausgesprochen, daß die Vorgesetzten die durch die Teuerung verschärfte wirtschaftliche Notlage einzelner Beamten ausnützen, um von ihnen direkt den Verzicht auf ihre Organisation zu erpressen. Vielfach wurde von der Versammlung gefordert, daß die Kampfmittel der passiven Resistenz oder sogar des Streiks benutzt werden mögen. Als die Beamten aus der Versammlung auf den Rathausplatz traten, sahen sie sich einem riesigen Polizeikordon gegenüber, der ihren Abzug hindern wollte. Es kam zu stürmischen Plutrusen gegen die Regierung und gegen die Polizeimassregeln. Wegen der Plutrusen wurden mehrere Staatsbeamten verhaftet, was zu erneuten stürmischen Demonstrationen Anlaß gab.

Gottesdienst und Hengstbescheidung.

Im Amtsblatt für das oberbayerische Bezirksamt Pfaffenhofen findet sich folgende Bekanntmachung: „Althergebrachter Sitte gemäß findet in der Gastwirtschaft „Zur Post“ in Hohenammer am Kordianstag, den 20. November 1912, 10 Uhr vormittags, nach vorangehendem Festgottesdienst die diesjährige Hengstbescheidung statt. Hengstbescheider werden hierzu aufmerksam gemacht.“ Unterzeichnet ist die Bekanntmachung von einem approbierten Tierarzt und einem Posthalter und Gastwirt. Dem Gerechten müssen alle Dinge zum besten dienen!

Kleine Notizen.

Drei Kinder verbrannt. Ein furchtbares Brandunglück hat sich am Freitagvormittag in Altona zugetragen. Dort sind in der Bahnhofsstraße in einer Dachwohnung während der Abwesenheit der Mutter drei Kinder im Alter von drei bis sieben Jahren verbrannt. Der Brand ist, wie es scheint, infolge Spiels mit Streichhölzern entstanden. Erplösch auf einem französischen Unterseeboot. Auf dem französischen Unterseeboot „Gourault“ erfolgte durch Selbstentzündung von Schmieröl eine heftige Explosion. Sechs Mann erlitten dabei schwere Brandwunden. Das Unterseeboot konnte in den Hafen von Cherbourg einlaufen. In den Tod geföhrt. Ein schreckliches Familiendrama hat sich am Donnerstag im Arbeiterviertel von Calais ereignet. Die 29jährige Frau Sued ertränkte sich mit ihren drei Kindern in einem Tümpel. Als Beweggrund ihrer Tat

gab die Frau in einem hinterlassenen Briefe Nahrungsmitteln an.

Ein todsüchtiger Hauswirt. Auf dem Montmartre in Paris tötete am Freitag der Hauswirt Fugol seine mit ihm in Scheidung liegende Frau und seinen Schwager durch Giftanschläge. Vertontete eine Mieterin des Hauses und entließ sich Johann selbst.

Briefkasten der Redaktion.

N. B. 146. Falls ein Sachverständiger erhebliche Gesundheitsgefährdung begünstigt, können Sie sofort ziehen. Anderenfalls fordern Sie unter Festsetzung Befreiung unter der Androhung, daß nach Ablauf der Frist der Vertrag gelöst wird. Erfolgt innerhalb der gestellten Frist keine Befreiung der Mängel, so klagen Sie auf Vertragsgeldung.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Zeitstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigeldern sofort ihre Adresse einreichen, da der verspätete Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. November, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15/17, Reutlin: „Idealpflege“ und Tegel: Schleierstraße 30: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. H. Wille: „Start wie der Tod ist die Liebe.“ — Nachmittags 4 Uhr, Doppelallee 15-17: Herr H. Schönb: „Wahrheit und Gerechtigkeit.“ — Damen und Herren alle Gattin sehr willkommen. Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Arnswalde-Friedeberg. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 24. November, nachm. 3 Uhr: Mitgliederversammlung im Lokal von Paul Thimm, Köpfer Str. 79.

Marktbericht von Berlin am 21. November 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste (Rheinland) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—35,00. Linen 35,00—35,00. Kartoffeln (Reinhl.) 5,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Straße 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Gemüßfleisch 1,40—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,50—6,50. 1 Kilogramm Karphen 1,20—2,40. Kals 1,20—3,20. Jander 1,40—3,60. Federn 1,40—2,80. Barfje 0,80—2,40. Schiere 1,60—3,20. Steie 0,80—1,60. 60 Stück Rechte 3,00—3,00.

Witterungsübericht vom 22. November 1912.

Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	W. u. N. in 24 St.	Stationen	Barometer-stand mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	W. u. N. in 24 St.
Swinemünde	771	SW	1	heiter	1	Neubrandenburg	757	SW	1	bedeckt	-7
Hamburg	771	SW	1	1/2 heil. bb.	2	Berlin	772	SW	3	bedeckt	-2
Berlin	772	SW	3	1/2 heil. bb.	3	Schlitz	773	SW	3	bedeckt	11
Frankfurt a. M.	772	SW	1	Regen	4	Worms	763	SW	3	bedeckt	9
München	772	SW	1	2malig 1	1	Paris	772	SW	1	bedeckt	6
Wien	769	SW	3	bedeckt	4						

Wetterprognose für Sonnabend, den 23. November 1912.

Wetter mäßig, nachmittags neblig oder wolfig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21.11.	am 20.11.	Wasserstand	am 21.11.	am 20.11.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Elbt	294	-16	Saalz, Spandau	178	-4
Fregel, Havel	10	0	Havel, Spandau	70	+4
Reichel, Elbe	272	+8	Kathenow	60	-3
Oder, Rastow	207	-3	Spree, Spremberg	86	0
Kroffen	288	+5	Seefflaw	95	+2
Frankfurt	246	+12	Weser, Minden	338	+48
Warthe, Spandau	114	+6	Weser, Minden	423	+20
Landesberg	58	+5	Rhein, Rheinfelden	406	-1
Rege, Sorbun	25	0	Raub	249	-2
Elbe, Zeitz	66	-9	Rhein	298	-8
Dresden	49	-6	Reder, Heilbronn	99	-3
Berlin	282	-25	Rhein, Bonn	237	-4
Magdeburg	236	-18	Weser, Arver	114	0

+) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpegel.

PROBLEM
"MOSLEM"
Cigarettes

H. D. ERDT

Empfehle meine Fleisch- und Wurstwarenfabrik mit elektrischem Betrieb. 48972
Paul Boigk, Schreinerstr. 8.
Sieben erschien in 3. u. 4. Auflage

Kinderhändler
Kocherchen und Hülfsfertigkeit von
Schwester Henriette Arendt, Polizeiaffizientin a. D., Stuttgart.
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag: Heinz Clausnitzer, Stuttgart, Colnerstr. 19. 193/16

Reparaturen, Spez.: Unerschütterlich laudbare Reparatur für Schüler, Tonnerbefferung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone ähnelnd ähnlich ist. Besondere Vorteile und eventuelle Katalogabgabe für Vorwärtsabonnenten. Ungewöhnlich ebene Annehmungen.
Smil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgegenbau in Berlin N. 24, St. Domburgerstr. 17.

Gänse-Artikel täglich frisch
in großer Auswahl 193/13
Gänseklein, Gänsekeulen, frisch u. gepökelt, Gänseleber, Gänsefleisch, Gänsefleisch, Gänseknochenfleisch, große geräucherte Gänsekeulen usw.
Hermann Leissner, Berlin C., Klosterstr. 93-95.
Ich unterhalte keine Filialen!
Nur Eckhaus Kaiser-Wilhelm-Straße.

Tadellos 1 M.
wöchentliche Teilzahlung
lieferer elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.
J. Kurzberg
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Straße 36, I, am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104, part. Ecke Friedenstraße
Reinickendorfer Straße 4, am Weddingplatz

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Videlswerder**, an der neuen Heerstraße beim Alten Freund.

Monatsgarderobe
Von Kavallern getragene Ulster, Jackett, Rock-, Frack-, Smoking-Anzüge, teils auf Selde gearbeitet sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe zu bekannt billigsten Preisen
Türkischer, Prinzenstr. 79 am Moritzplatz

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine
Monats-Garderobe
direkt an Private.
Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Friedrichstr. 108, Eing. Johannistr., vis-a-vis der Karlstr.

Millionen gebrauchen gegen **Husten** **Kaiser's Brust-Caramellen** mit den 3 Tannen gegen Heiserkeit, Verschleimung, Brust-Katarrh
6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Ärzten und Patienten verbürgen den sicheren Erfolg. Kaffeebohnen, teilschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Zu haben in Apotheken, Drogerien, Konfekt- und Kolonialwaren-Handlungen; man lasse sich nichts anderes aufreden.

Die Verteuerung der Fahrpreise auf der Stadtbahn.

Daß die Fahrpreise auf der Berliner Stadtbahn und den Vorortbahnen verteuert werden, kann man heute schon als feststehend ansehen, nachdem in der Kommission des Abgeordnetenhauses...

Nach wiederholter ausdrücklicher Betonung des Ministers ist die Verteuerung keine Folge des geplanten elektrischen Betriebes. Es soll nur die Gelegenheit der neuen Einrichtung benutzt werden...

Begründet wird sie damit, daß angeblich der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr gegenwärtig seine Betriebskosten nicht deckt. So wenigstens heißt es in der Denkschrift, welche die Regierung im April dieses Jahres dem Abgeordnetenhause vorlegte...

Gegen den Gedanken, daß die Stadt Berlin nicht ihren Vorortgemeinden für den lokalen Verkehr selbst zu sorgen haben, ist an sich nichts einzuwenden. Aber man braucht ihn nur in diesem bestimmten Falle bis zu seinen Konsequenzen durchzudenken...

Was nun das angebliche Defizit des Berliner Lokalverkehrs anbetrifft, so hat es die Denkschrift im Frühjahr auf fast 2 Millionen Mark für 1912 „veranschlagt“.

Jedoch, wer an die oben erwähnte Tatsache denkt, daß sich der Betrieb der Stadtbahn von dem der Fernbahn in der Wirklichkeit gar nicht trennen läßt, der wird all diese Zahlen nur mit Kopfschütteln betrachten können.

Die Durchführung der Staatseisenbahnverwaltung... zeigt... keine Verlegung nach Strecken und Verkehrsbezogen, weil die Einnahmen und Ausgaben sowohl der verschiedenen Strecken wie der verschiedenen Verkehrsweize in der Regel derart ineinander greifen, daß eine zutreffende Ertragsberechnung für die einzelnen Strecken und Verkehrsweize sachlich unmöglich ist.

Aus diesem Grunde kann eine (gleichfalls gewünschte) Bilanz für die Strecke Dessau-Bitterfeld nicht gegeben werden. Bei der Stadtbahn soll es anders liegen, weil sie besondere Faktoren hat, so daß die Einnahmen mit Sicherheit feststehen.

Auch die Ausgaben lassen sich mit weit größerer Sicherheit als anderswo ermitteln, da der Verkehr sich größtenteils auf besonderen Gleisen abspielt. Voraussetzung für eine zuverlässige Ermittlung ist allerdings die Vornahme besonderer Aufzeichnungen, die schon wegen ihres Umfangs nicht lauffeind geführt werden können, sondern jedesmal einer besonderen Anordnung bedürfen.

Mit anderen Worten: wie es der Natur des Betriebes entspricht, ist die Durchführung derart eingerichtet, daß sich die Ausgaben für die Stadtbahn allein nicht erheben lassen. Nur für das Jahr 1911 sind auf besondere Anordnung besondere Aufzeichnungen gemacht worden; die Ausgaben für 1910 beruhen wiederum nur auf Schätzung.

Das zeigt sich auch auf Schritt und Tritt, sowie man einen Blick in die von der Regierung angegebenen Zahlen wirft. Da werden z. B. angeführt Löhne für Handwerker, Fuhrer und Kohlenläufer für Lokomotiven. Was diese Leute wirklich bekommen haben, ist nur für den ganzen Direktionsbezirk Berlin bekannt, und es folgt eine höchst verzwickte Prozentberechnung, um herauszufinden, wieviel davon auf die Stadtbahn entfällt.

Diese wenigen Tatsachen zeigen, daß es eben nicht möglich ist, die Ergebnisse der Stadtbahn von denen der Fernbahn zu trennen. Die Stadtbahn bildet einfach einen Teil des preussischen Eisenbahnnetzes und muß mit ihm zusammen behandelt und berechnet werden.

Wenn es schon wahr wäre — was nach den oben angeführten Tatsachen in keiner Weise bewiesen ist —, daß die Berliner Stadtbahn Defizit macht, und daß dieses Defizit 2 Millionen Mark jährlich beträgt, so wäre es immer noch keine Billür, hiermit die Berliner allein zu belasten. Mit Recht ist in der Kommission darauf hingewiesen worden, daß die Stadtbahn zur Hebung des Verkehrs in Berlin wesentlich beiträgt, daß aber diese Hebung des Berliner Verkehrs wiederum den gesamten Eisenbahnverkehr befördert.

Es ist also einfach nicht wahr, daß hier die „Allgemeinheit“ zugunsten der Berliner Bevölkerung ein Opfer bringt. Dieses Opfer wird nur künstlich herausgeredet, um den Berlinern eine neue indirekte Steuer von 8 Millionen Mark aufzuerlegen.

Aus Industrie und Handel.

Von der europäischen Petroleumproduktion.

Die Begründung des Petroleummonopolgesetzes glaubt die Auffassung vertreten zu können, daß eine Besetzung vom amerikanischen Trust in der Versorgung des deutschen Marktes möglich wäre. Sie verweist insbesondere auf die Produktion Rußlands, Rumäniens und Oesterreich-Ungarns (Galizien).

Table with 4 columns: Country, Production (1906), Production (1907), Production (1908). Rows include Deutschland, England, Belgien, Ägypten, Frankreich, Indien, Türkei, Schweiz, Italien, weiterer Orient, Gesamtexport.

Insgesamt führten alle drei Produktionsländer nur 984 500 Tonnen Leichtöl aus. Da aber Deutschland selbst mehr als 900 000 Tonnen jährlich verbraucht, konnte der Bedarf Deutschlands ohne Inanspruchnahme des amerikanischen Trusts nur dann befriedigt werden, wenn der gesamte Export nach Deutschland gelangen würde.

Es ist weiter zu berücksichtigen, daß die Produktion in Rumänien, Rußland und Galizien außerordentlich schwankend und gerade in den letzten Jahren eine nicht unbedeutende Abnahme erfahren hat.

Table with 2 columns: Year, Production (Zisternen). Rows include 1906, 1907, 1908.

In den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres sind gar nur 84 000 Zisternen gefördert worden; die Gesamtproduktion wird sich wahrscheinlich auf nicht mehr als 100 000 Zisternen belaufen. Welche Wirkung derartige Schwankungen auf die Preisgestaltung ausüben, beweist die Steigerung des galizischen Rohölpreises von 154 Kronen im Jahre 1909 auf 300 Kronen im Jahre 1910 (pro Zisterne).

Stünde für den Weltverbrauch nicht die größte und gleichmäßigere Produktion Nordamerikas zur Verfügung, so würden die

Preischwankungen weit größer ausfallen. Nur weil Nordamerika etwa 65 Proz. der Weltproduktion liefert, konnten sich die Preissteigerungen in ganz Europa nicht so geltend machen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau und die Gemeindepolitik.

Das Interesse der Frauen an der Kommunalpolitik ist noch sehr jung. Gewiß beschäftigten schon des öfteren kommunale Fragen die Frauen, doch wurden sie im allgemeinen als etwas Nebenständliches behandelt.

Betrachten wir aber die kommunalpolitischen Fragen im einzelnen, so werden wir finden, welche dringendes Interesse die Frauen an ihnen haben. Die weiten Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege werden heute schon von den Frauen mit gutem Erfolge bearbeitet.

Die Kommunen sind in Klassenstaaten zwar nur Verwaltungskörper, die der Klassenherrschaft unterliegen, und daher nicht imstande, die Wohlfahrt aller zu fördern. Dennoch ist es heute schon möglich, dem mannigfachen Elend der arbeitenden Klassen durch soziale Fürsorge wenigstens in etwas zu steuern.

Mit diesem „Vorwort“ umschreibt Genossin Aldra Wehl selbst den Inhalt der schon von uns erwähnten Broschüre „Die Frau und die Gemeindepolitik“ (Vorwärts-Verlag, 20 Pf.). Die Schrift wäre als Einführung in die Gemeindepolitik für Arbeiterinnen noch geeigneter geworden, wenn sie die Fragen in breiterer Form gebracht hätte.

Entbindungsanstalten in Preußen.

Im Jahre 1910 betrug die Zahl der Entbindungsanstalten Preußens 66, ohne die Privatankalten mit unter 11 Betten, aber einschließlich der Abteilungen für Entbindungen in allgemeinen Heilanstalten. Darin befanden sich 2671 Betten.

Familienleiterinnen für Färbereien.

Als Erwiderung auf den Artikel des Herrn Janzies vom 9. d. M. geht uns von einigen Familienleiterinnen folgende Zuschrift zu: „Herrn Janzies erscheint ein Monatsgehalt von 80 bis 85 M. für Familienleiterinnen noch zu hoch.“

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Erstes Puppen-Spezial-Geschäft und Klinik des Südostens

Becker Nachf. M. Forstreuter Neanderstr. 7 (Eck 1993).



Handtaschen, Markt Taschen, Schulmappen, Portemonnaies, Passende Geschenke

Spezial-Geschäft für Lederwaren, Neukölln, Wilhelm Langner, Bergstr. 57

Zigarrentaschen, Brieftaschen, Hosenträger, Schaukelpferde, Felltiere sehr preiswert



Leihhaus Apollo

neben Apollo-Theater, Friedrichstr. 215 I.

Kaufen Sie von Kavaliere getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig.

Gegen Vorzeigung dieser Annonce 10% Rabatt.

Sonntags geöffnet, Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

